

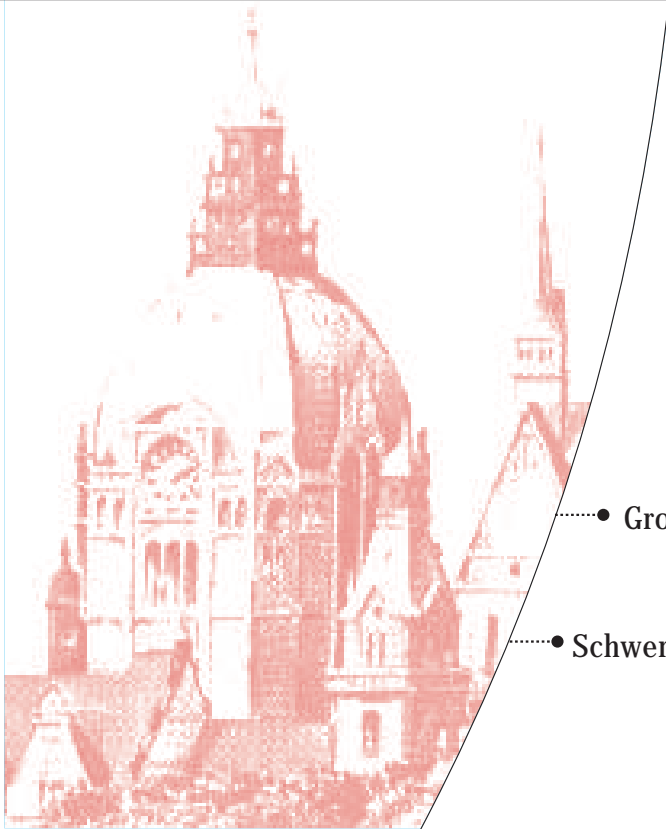
Landeshauptstadt

Hannover

Der Oberbürgermeister

Lagebericht zur
Stadtentwicklung

2002



.....• Großstädtevergleich

.....• Schwerpunktthemen

Landeshauptstadt Hannover
Der Oberbürgermeister

LAGEBERICHT ZUR STADTENTWICKLUNG

- * Großstädtevergleich
- * Schwerpunktthemen

Schriften zur Stadtentwicklung 91

Herausgeber: Landeshauptstadt Hannover
Der Oberbürgermeister
Trammplatz 2
30159 Hannover

Erarbeitung: Dr. Magdalena Kaiser, Manfred Thebes
unter Mitarbeit von Marco Deitermann, Erich Dreves, Annegret Goerzig-Swierzy,
Dr. Werner Heye, Dr. Michael Klünder und Volker Meyer

Koordinierung: Amt für Koordinierung, Controlling und Stadtentwicklung
- Referat für Stadtentwicklung -
Trammplatz 2
30159 Hannover
e-mail: 12.3@Hannover-Stadt.de
Telefon: (0511) 16 84 48 42
fax: (05 11) 16 84 50 20

Hannover, Dezember 2002

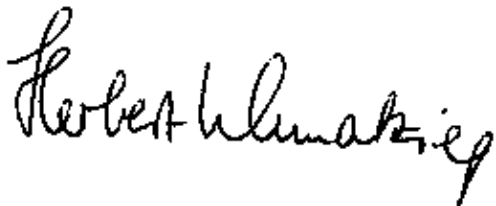
Vorwort

Die Verwaltung der Landeshauptstadt Hannover legt hiermit zum vierten Mal einen Lagebericht zur Stadtentwicklung vor. Mit dem ersten Lagebericht aus dem Jahr 1998 wurde eine breite Diskussion über die zukünftige Stadtentwicklung nach der Weltausstellung EXPO 2000 angestoßen. Als Ergebnis liegt seit Mai 2000 das Handlungsprogramm zur Stadtentwicklung (Zukunft Hannover. Handlungsprogramm zur Stadtentwicklung 2001 – 2005. Heft 84 der Schriftenreihe zur Stadtentwicklung) vor.

Die diesjährige Fortschreibung des Lageberichtes zur Stadtentwicklung wird insbesondere von zwei Entwicklungen geprägt. Zum einen spiegelt dieser Bericht in Teilen noch die Situation des Jahres 2000 mit den vielfältigen Auswirkungen der Durchführung der EXPO 2000 wider, damit verbunden ein vergleichsweise hohen Stand in einigen Bereichen. Zum anderen wird deutlich, dass in zentralen Bereichen der Stadtentwicklung strukturelle und zur Zeit insbesondere auch konjunkturelle Veränderungen stattfinden, die die Stadt in den nächsten Jahren vor größere Herausforderungen stellen werden. Dazu sind insbesondere zu zählen:

- Die strukturellen und zusätzlich auch die konjunkturellen Veränderungen in der wirtschaftlichen Entwicklung und insbesondere auch deren Wirkungen auf den Arbeitsmarkt schränken die Entwicklungsspielräume der Stadt erheblich ein. Umso wichtiger ist die Bündelung der Kräfte zur Gestaltung der weiteren Entwicklung, wie sie zur Zeit im Hannover-Projekt mit Stadt, Region, Land und Wirtschaft stattfindet.
- Der Finanzspielraum der Stadt ist erheblich gesunken. Die Schwäche der Stadt bei den Einkommensteuereinnahmen (deutlich niedriger als es der wirtschaftlichen Bedeutung der Stadt entspräche) und die Einbrüche bei den Gewerbesteuereinnahmen werden die Stadt ohne eine grundlegende Veränderung des Gemeindefinanzsystems auf Dauer überfordern.
- Die sich abzeichnenden langfristigen demographischen Entwicklungen erfordern nicht nur eine Aufwertung des Wirtschaftsstandorts Hannover, sondern auch eine weitere Stärkung der Attraktivität des Wohnstandorts Hannover.

In einer solchen Situation ist es wichtig, den Blick über den Tellerrand zu richten. Mit den Analysen dieses Lageberichtes stellt die Verwaltung der Politik und der Öffentlichkeit Materialien zur Verfügung, die eine Einschätzung und Bewertung der hannoverschen Entwicklung mit den Entwicklungen in anderen, vergleichbaren Großstädten erlauben. Damit will dieser Lagebericht vor dem Hintergrund eines breiten Informationsspektrums Anregungen geben für die kritische Auseinandersetzung mit den eigenen Ansätzen und Erfahrungen.



Im Dezember 2002

1	Einleitung	7
2	Großstädtevergleich	9
2.0	Auswahl der Vergleichsstädte.....	10
2.1	Bevölkerungsentwicklung	12
2.2	Räumliche Entwicklung	14
	- Flächennutzung	14
	- Wohnungsversorgung	16
2.3	Arbeitsmarkt und Wirtschaft	18
2.4	Einzelhandel und Innenstadt	22
2.5	Sozialstruktur	24
2.6	Sozialhilfe.....	26
2.7	Bildung, Ausbildung, Weiterbildung	28
2.8	Kultur und Freizeit	32
2.9	Verkehr	34
2.10	Fremdenverkehr	38
2.11	Öffentliche Sicherheit/Kriminalität.....	40
2.12	Finanzen	42
3	Schwerpunkthemen	47
3.1	Das Hannover-Projekt als wirtschaftlicher Motor für die Landeshauptstadt und die Region Hannover	48
3.2	Die Landeshauptstadt Hannover als Wissenschaftsstandort	54
3.3	Wohnen in Hannover	62

Anhang

Abbildungsverzeichnis
Schriften zur Stadtentwicklung

1. EINLEITUNG

Die nunmehr vorgelegte dritte Fortschreibung des Lageberichtes setzt die mit der ersten Fortschreibung (1999) begonnene Konzentration auf die Fortsetzung, Erweiterung und Vertiefung des Großstädtevergleiches insbesondere bei wichtigen demographischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen fort. Den zweiten Schwerpunkt bildet die vertiefende Darstellung von – wechselnden – Schwerpunktthemen der Stadtentwicklung.

*Kontinuierliche Fortschreibung
des Lageberichtes*

Auch diese Fortschreibung des Lageberichtes wird dabei noch geprägt von Entwicklungen, die im Zusammenhang mit der Durchführung der Weltausstellung EXPO 2000 stehen. Das Jahr 2000 kann deshalb in vielen Bereichen kein Maßstab für die zukünftige „normale“ Stadtentwicklung sein. Im zweiten Folgejahr der EXPO wird deutlich, dass es in verschiedenen Bereichen nicht gelungen ist, die von der Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung ausgehenden Impulse auf nachhaltige Weise für die zukünftige Entwicklung zu nutzen.

*Jahr 2000 stark geprägt von der
Durchführung der
Weltausstellung EXPO 2000*

Die Verwaltung der Landeshauptstadt Hannover ist intensiv darum bemüht, die Basis für die Großstadtvergleiche auszuweiten. Im Rahmen des Deutschen Städtetages, zum Beispiel im Verband Deutscher Städtestatistiker oder der Fachkommission Stadtentwicklung, beteiligt sich die Stadt an den Bemühungen, für solche Städtevergleiche eine umfassende und aktuelle Basis aufzubauen. Darüber hinaus beteiligt sich die Stadt an anderen, nationalen und internationalen Projekten, mit denen Städtevergleiche ausgebaut und insbesondere deren Zuverlässigkeit und Aussagekraft verbessert werden soll (zum Beispiel bei „Cities of Tomorrow“ oder dem Urban Audit Projekt der Europäischen Gemeinschaft). Im Vordergrund steht dabei zur Zeit die Entwicklung von – im weitesten Sinne - Indikatoren zur Lebensqualität, die bisher nur in sehr begrenztem Umfang vorliegen.

*Weiterentwicklung des
Großstädtevergleiches*

Die Stadtverwaltung dankt allen, die uns bei der Erstellung des Lageberichtes mit der Bereitstellung von Daten, mit Kritik und Anregungen unterstützt haben, insbesondere den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Statistischen Landesämter.

2. GROSSSTÄDTEVERGLEICH

2.0 Auswahl der Vergleichsstädte

Vergleichsmaßstäbe notwendig zur Einschätzung der eigenen Entwicklung

Um die Entwicklung in der eigenen Stadt besser einschätzen und im Vergleich zu anderen einordnen zu können, ist ein Blick über die eigenen Stadtgrenzen sinnvoll. Dabei stellt sich die Frage nach Vergleichsmaßstäben, die sinnvolle Hinweise und Anregungen geben können. Angaben wie zum Beispiel der Bundes- oder der Landesdurchschnitt des Flächenlandes Niedersachsen sind für eine Großstadt wie Hannover in vielen Bereichen nicht aussagefähig; zu unterschiedlich sind die dahinter liegenden Ausgangsbedingungen, Strukturen und Entwicklungen. Dieser Lagebericht konzentriert sich auf einen Vergleich mit anderen Großstädten, um aussagekräftigere Hinweise für die eigene Situation und Entwicklung zu gewinnen.

Westdeutsche Großstädte mit mehr als einer halben Million Einwohnern als geeigneter Vergleichsmaßstab für Hannover

Die Auswahl der Vergleichsstädte beschränkt sich auf westdeutsche Städte, beginnend bei Nürnberg mit 491.000 Einwohnern. Diese Auswahl bietet sich an, da zwischen Nürnberg und der nächstkleineren Stadt eine deutliche Zäsur in der Einwohnerzahl vorhanden ist (Bochum mit 400.000 Einwohnern). Mit Ausnahme von Berlin wurden alle größeren Großstädte in den Vergleich einbezogen. Hannover hat mit 516.000 Einwohnern als einzige Stadt dieser Größenordnung in Niedersachsen eine Funktion, die durchaus mit der größerer Großstädte vergleichbar ist. Der breite Vergleichsansatz wurde auch gewählt, um möglichst vielfältige Informationen zur Entwicklung der Großstädte zur Verfügung zu haben. Die ostdeutschen Städte Leipzig und Dresden wurden dabei noch nicht in den Vergleich einbezogen, da als Vergleichszeitraum in der Regel die Jahre 1991 bis 2001 gewählt wurden und hier noch eine Reihe von Sonderentwicklungen stattgefunden haben, die nicht als Vergleichsmaßstab gelten können.

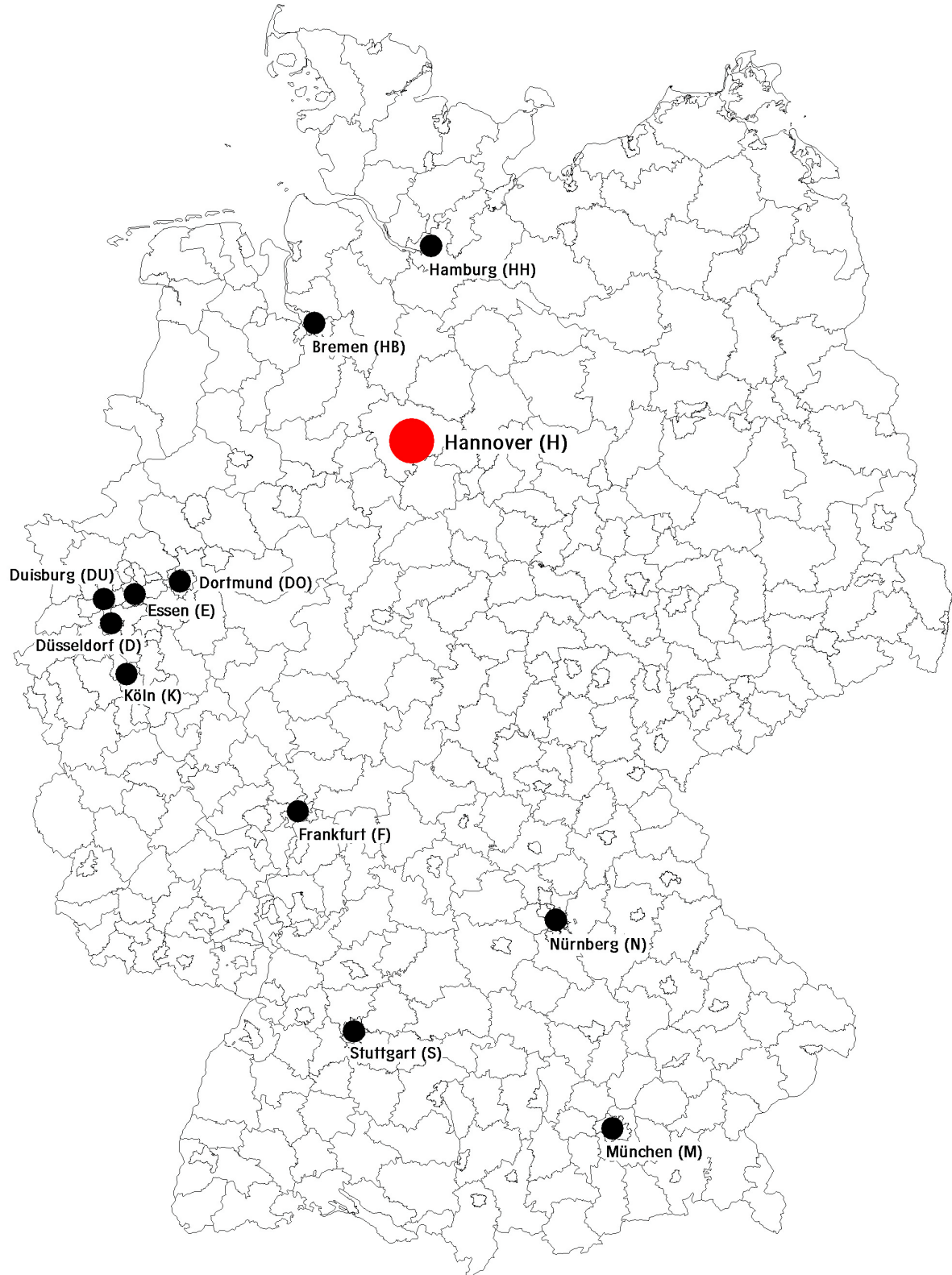
Elf westdeutsche Vergleichsstädte

Von den in den Großstadtvergleich einbezogenen elf westdeutschen Vergleichsstädten ist Hannover zwar vor Nürnberg und Duisburg die kleinste. Neun dieser Großstädte liegen allerdings mit ihrer Bevölkerungszahl eng beieinander, zwischen 490.000 und 650.000 Einwohnern. Lediglich Köln mit 968.000 Einwohnern und die Millionenstädte Hamburg und München (mit 1,7 bzw. 1,2 Millionen Einwohnern) liegen deutlich darüber. Von der flächenmäßigen Ausdehnung liegt die Mehrzahl der Großstädte bei einer Größenordnung von etwa 200 bis 300 qkm (Hannover 204 qkm), nur Köln (410 qkm) und Hamburg (755 qkm) weichen nach oben ab.

Großstädte guter Vergleichsmaßstab, aber auch unterschiedliche Ausgangssituationen

Insgesamt bilden diese Großstädte einen geeigneten Vergleichsmaßstab für eine gezielte Analyse der Situation und Entwicklung in Hannover. Allerdings sind zum Teil unterschiedliche Ausgangssituationen zu beachten. Dies gilt zum Beispiel für die aus der Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte entstandenen wirtschaftlichen Strukturen, mit eher altindustrialisierten Charakteren in den Ruhrgebietsstädten und eher dienstleistungsorientierter Ausrichtung vor allem in den süddeutschen Städten. Auch die räumlichen Strukturen zeigen deutliche Unterschiede. Hannover mit einem weiten, eher ländlich geprägten Umland hat andere Funktionen als vor allem die Ruhrgebietsstädte, aber auch Nürnberg (mit den Nachbarstädten Erlangen und Fürth) und Frankfurt (mit der Nachbarstadt Offenbach und der nahegelegenen Landeshauptstadt Wiesbaden). Die Funktion Landeshauptstadt, die neben Hannover noch Düsseldorf, Stuttgart und München haben, hat ebenfalls Auswirkungen auf die Ausgangssituation im Städtevergleich.

Städte für den Großstädtevergleich



2.1 Bevölkerungsentwicklung

Bevölkerungsentwicklung seit 1999 positiv

Die Bevölkerungsentwicklung im Jahr 2001 ist für nahezu alle westdeutschen Oberzentren positiv verlaufen, dies gilt auch und insbesondere für die Landeshauptstadt Hannover. Nach 1999 und 2000 konnte der Abwärtstrend bei den Bevölkerungszahlen im dritten Jahr in Folge durchbrochen werden.

Zuwanderung vor allem aus den neuen Bundesländern

Mit gut 516.000 Einwohner/innen lag die Zahl in Hannover um rd. 1.400 Personen über der Vorjahreszahl. Getragen wurde dieser Trend - wie in den anderen westdeutschen Vergleichsstädten auch - durch die nach wie vor extrem starken Abwanderungsbewegungen aus den neuen Bundesländern. Insbesondere Personen im erwerbsfähigen Alter ziehen aus der Peripherie der neuen Bundesländer in die westdeutschen Großstädte, um dort Arbeit oder Ausbildungsmöglichkeiten zu finden. Dies erklärt auch die Ausnahmen im Großstädtevergleich: Essen, Duisburg und Frankfurt ist es nicht gelungen, dem allgemeinen Trend zu folgen. Zurückzuführen ist dies auf die negative Arbeitsmarktsituation in Essen und Duisburg, während in Frankfurt der immer noch sehr angespannte Wohnungsmarkt für den negativen Bevölkerungssaldo verantwortlich ist. Frankfurt leidet zur Zeit mehr als alle anderen Städte unter der sogenannten „Stadt-Umland-Wanderung“.

Weniger Fortzüge über die Landesgrenzen hinweg

Neben den Trends bei den Zuzügen wirkt sich eine weitere allgemein zu beobachtende Tendenz positiv auf die Bevölkerungssalden der westdeutschen Großstädte aus: Die geringer werdende Zahl der Fortzüge - insbesondere über die Landesgrenzen hinaus - sorgt in vielen der westdeutschen Vergleichsstädte für eine positive Entwicklung bei den Einwohnerzahlen. Die Ausnahmen bilden hierbei wiederum vor allem die nordrhein-westfälischen Großstädte .

Kronsberg-Bebauung positiv bevölkerungswirksam

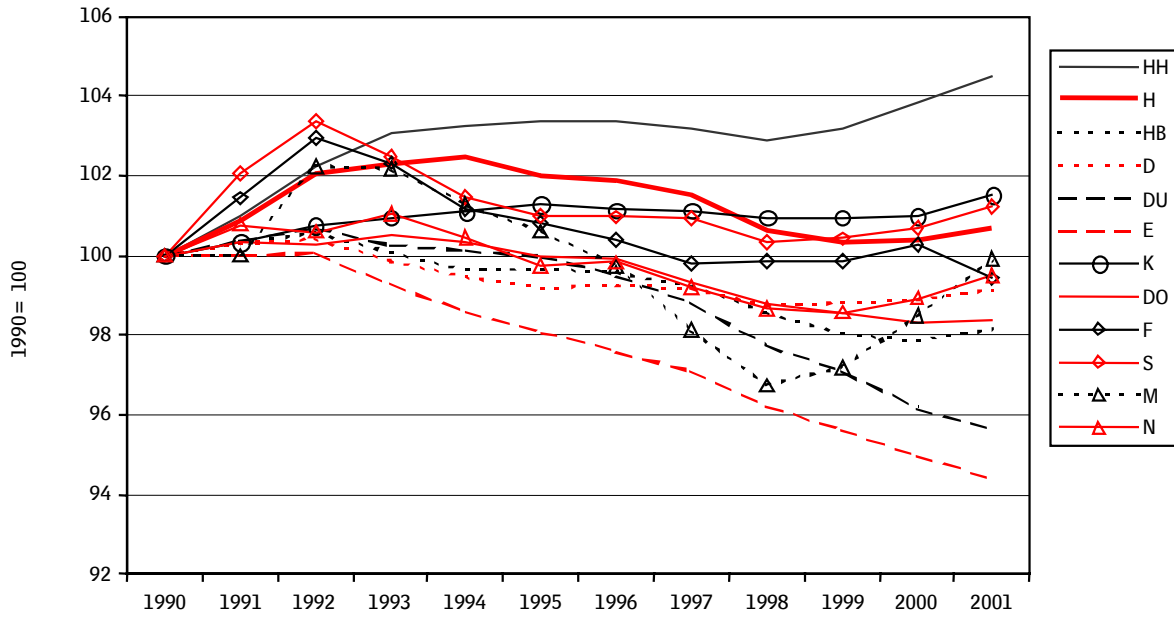
In der Landeshauptstadt Hannover kommen zu den beiden „globalen“ Trends weitere positive Effekte für die Bevölkerungsentwicklung hinzu. Zu nennen ist hier an erster Stelle die Bebauung des Kronsbergs, die vor allem in den Jahren 1999 bis 2001 bevölkerungswirksam geworden ist und die die starken Abwanderungstendenzen in den ehemaligen Landkreis Hannover abgeschwächt hat. Erstmals seit 1996 ist die Zahl der Fortzüge insgesamt unter die 30.000 Personen-Marke gefallen.

Rückgang der Geburtenzahlen zu erwarten

Das Niveau bei Geburten und Sterbefälle ist bis auf geringe Schwankungen in den letzten Jahren relativ konstant geblieben. Für die kommenden Jahre ist allerdings ein weiterer Rückgang der Geburtenzahlen als allgemeiner Trend nicht nur für die Vergleichsstädte, sondern in allen Regionen der Bundesrepublik zu erwarten. Der Grund hierfür liegt in den stark rückläufigen Jahrgangsstärken der geburtenrelevanten „Eltern“-Altersklassen zwischen 20 Jahren und 40 Jahren. Die Auswirkungen des Geburtenrückgangs in den 60er und 70er Jahren werden in einer zweiten Welle in Bezug auf die Geburtenzahlen in den kommenden Jahren immer deutlicher spürbar werden.

Abbildung 1

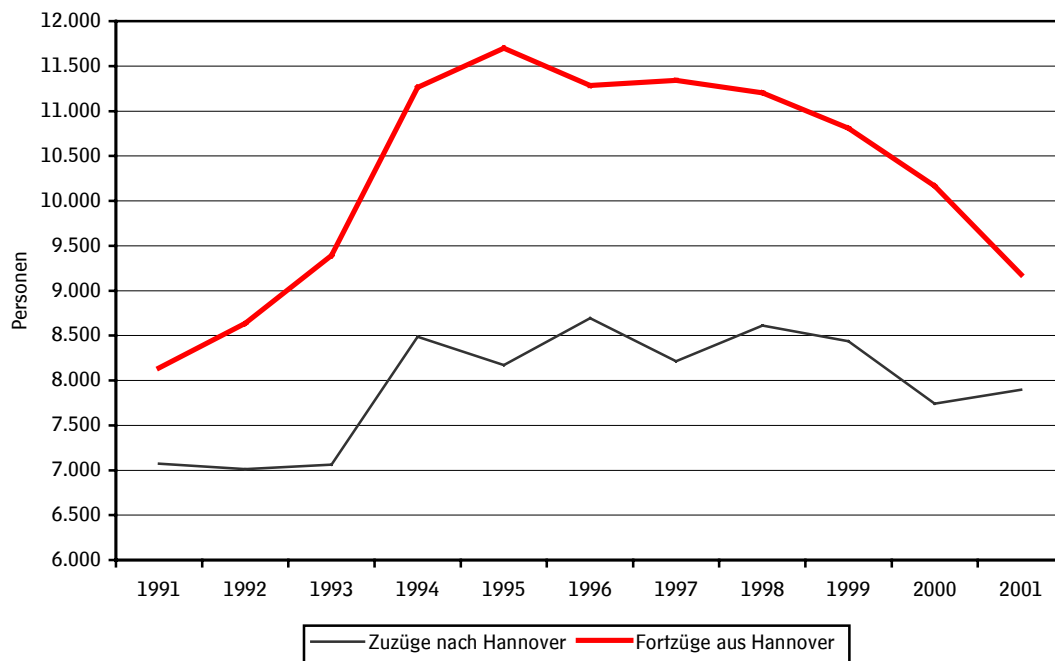
**Bevölkerungsentwicklung in westdeutschen Großstädten
1990 bis 2001**



Quelle: Statistische Landesämter

Abbildung 2

**Wanderungen zwischen Stadt Hannover und Landkreis Hannover
1991 bis 2001**



Quelle: Statistische Landesämter

2.2 Räumliche Entwicklung

- Flächennutzung

Großstadttypisches Flächenangebot in Hannover

Hannover besitzt – wie alle Großstädte – nur eine bescheidene Ausstattung mit Siedlungsflächen, bezogen auf die ansässige Bevölkerung. So stehen zum Beispiel im hannoverschen Umland mehr als acht mal so viel Fläche je Einwohner zur Verfügung als in der Stadt. Im Vergleich zu den anderen Großstädten befindet sich Hannover in einer mittleren Position (39,5 ha je 1.000 Einwohner in Hannover, 39,7 ha im Durchschnitt der anderen Großstädte). Erheblich mehr Siedlungsfläche je Einwohner stehen in Bremen zur Verfügung (59 ha je 1.000 Einwohner), daneben noch in Dortmund mit knapp 48 und in Duisburg mit knapp 46 ha je 1.000 Einwohner. Ein geringeres Flächenangebot als Hannover besitzen insbesondere Stuttgart und Essen mit rund 35 ha je 1.000 Einwohner, in Düsseldorf und Frankfurt ist es geringfügig niedriger als in Hannover (Angaben für München und Nürnberg lagen für das Jahr 2001 nicht vor).

Dynamische Umstrukturierungen im letzten Jahrzehnt in Hannover

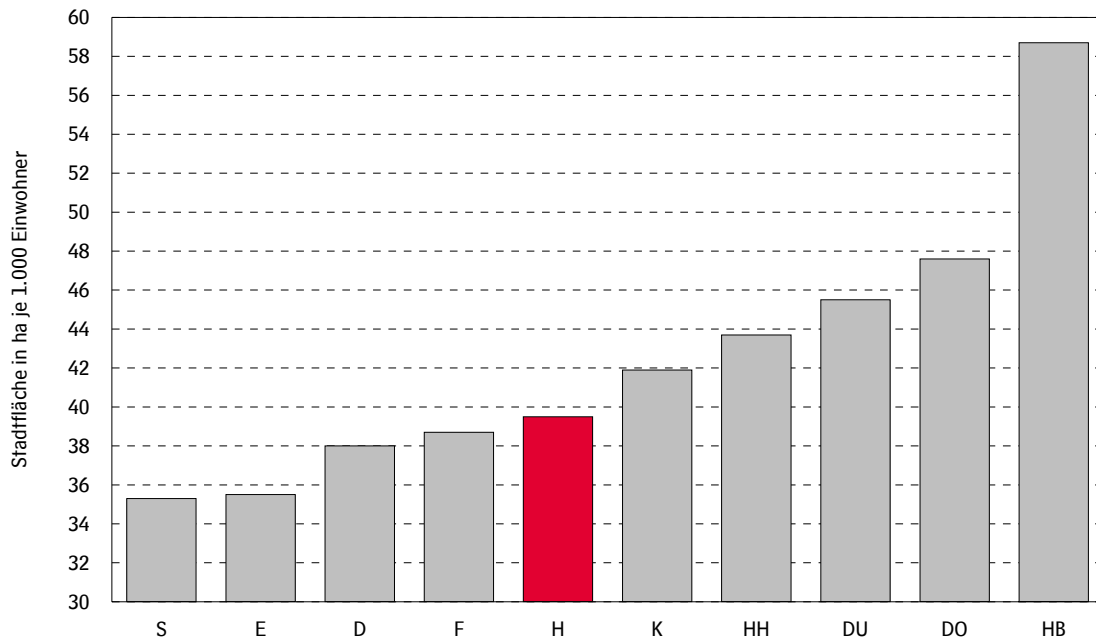
In keiner anderen der Großstädte, für die Daten zur Flächennutzung vorliegen, hat es im letzten Jahrzehnt so große Veränderungen gegeben wie in Hannover. Insbesondere die Flächen für Gebäude und die dazugehörigen Freiflächen sowie die Flächen für Verkehrseinrichtungen sind um jeweils 8 % ausgeweitet worden. Ähnliche Entwicklungen hat es nur bei den Gebäude- und Freiflächen und hier auch nur in Bremen, Frankfurt und Stuttgart gegeben. Die Zusammenhänge mit der Weltausstellung EXPO 2000, dem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und der Entwicklung des neuen Wohngebiets auf dem Kronsberg sind offensichtlich. In Hannover sind aber nicht nur die Siedlungsflächen erweitert worden, ähnliches gilt auch für einen Teil der Grün- und Freiflächen. Die Erholungs-, Wald- und Wasserflächen zusammen wurden in Hannover in den letzten zehn Jahren noch einmal in großem Umfang ausgeweitet, letztere sogar stärker als in allen anderen Großstädten (der hohe Rückgang in Bremen ist auf die Entwicklung der Wasserflächen durch die Aufgabe und Verfüllung des Überseehafens zurückzuführen). Auf der anderen Seite haben die landwirtschaftlichen Flächen im Stadtgebiet Hannovers so stark wie in keiner anderen Großstadt abgenommen, um insgesamt 25 % in den letzten zehn Jahren.

Unterschiede zu anderen Großstädten gewachsen, mehr Erholungsflächen und weniger landwirtschaftliche Flächen in Hannover

Mit dieser Entwicklung haben sich die Besonderheiten Hannovers im Vergleich zu den anderen Großstädten noch weiter verstärkt. Hannover ist mit Abstand die Großstadt mit den größten Erholungsflächen. Dies gilt sowohl für den Anteil am Stadtgebiet (12,8 %) als auch bezogen auf die Einwohner (5,1 ha je 1.000 Einwohner). Im Durchschnitt der Großstädte sind dies 7,3 % bzw. 2,9 ha je 1.000 Einwohner. Umgekehrt stellt sich die Situation bei den landwirtschaftlichen Flächen dar, hier weist Hannover jeweils die niedrigsten Werte der Großstädte auf, mit einem Flächenanteil von 15 % (andere Großstädte 25 %) und 6,1 ha je 1.000 Einwohner (andere Großstädte 10,0 ha). Bei den anderen Flächenarten liegt Hannover nahe am Durchschnitt der anderen Großstädte, bei Gebäude- und Freiflächen, Verkehrs- und Waldflächen leicht darüber, bei Wasserflächen leicht darunter. Diese Zahlen bestätigen einerseits das Bild von der „Großstadt im Grünen“, zeigen aber auch, dass Hannover bereits zu den dichter besiedelten Städten gehört (zusammen mit Dortmund, Duisburg und Hamburg hinter Essen) und bei den klassischen Flächen für die weitere Siedlungsentwicklung, den landwirtschaftlichen Flächen, nur noch relativ geringe Reserven besitzt.

Abbildung 3

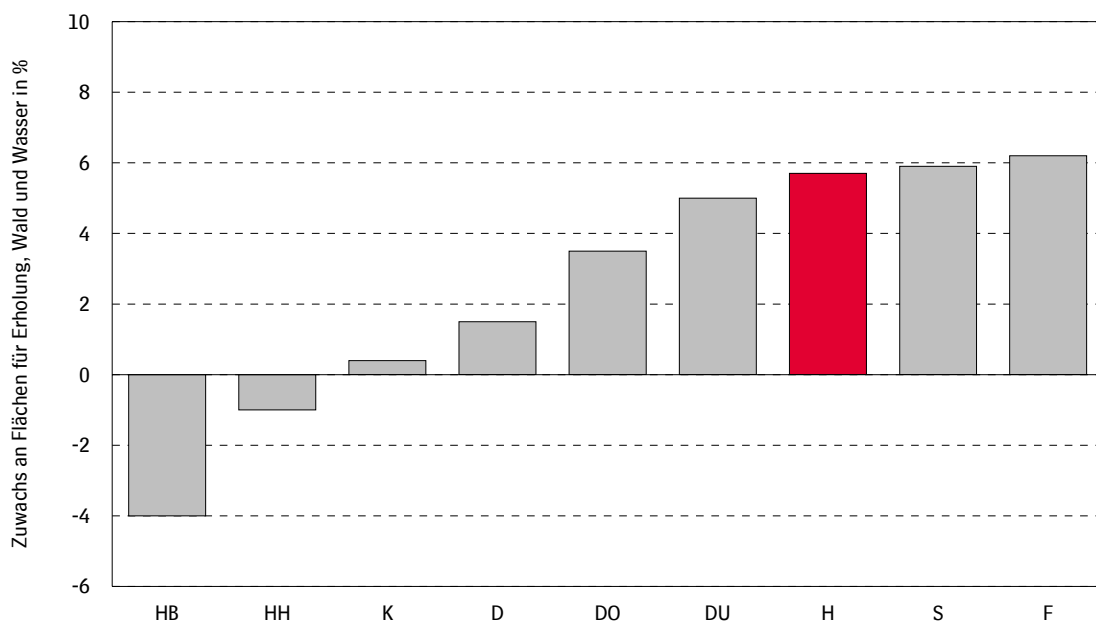
Stadtfläche je 1.000 Einwohner in westdeutschen Großstädten im Jahr 2001



Quelle: Statistische Landesämter

Abbildung 4

Veränderung der Flächen für Erholung, Wald und Wasser in westdeutschen Großstädten in den Jahren 1991 bis 2001



Quelle: Statistische Landesämter

2.2 Räumliche Entwicklung

- Wohnungsversorgung

Wohnungsbau nach EXPO 2000 erst einmal rückläufig

Nachdem der Wohnungsbau im Vorfeld der Weltausstellung EXPO 2000 mit der Errichtung der Kronsberg-Siedlung deutlich angezogen hatte, waren in den Jahren 2000 und 2001 deutlich niedrigere Fertigstellungszahlen zu verzeichnen. Dabei spielte auch eine Rolle, dass ein Teil der Wohnungen auf dem Kronsberg zunächst von Expo-Beschäftigten belegt wurde und erst Ende 2000/Anfang 2001 dem städtischen Wohnungsmarkt zur Verfügung stand. Dies hat insbesondere im Jahr 2001 die ohnehin vorhandene Zurückhaltung der Investoren noch verstärkt. Diese Sonderentwicklung hat es in den anderen Großstädten natürlich nicht gegeben, so dass Hannover im Jahr 2001 erst einmal auf den vorletzten Platz bei den Fertigstellungen von Wohnungen (bezogen auf die Einwohnerzahl) zurück gefallen ist, nur noch von Essen „übertroffen“.

Steigende Bedeutung des Einfamilienhausbaus in den letzten zwei Jahren in den Großstädten

In den letzten beiden Jahren hat in den Großstädten die Fertigstellung von Ein- und Zweifamilienhäusern erheblich an Bedeutung gewonnen. Ihr Anteil an den Fertigstellungen verdoppelte sich von etwa 15 auf rund 30 %. In Hannover stieg ihr Anteil an den Fertigstellungen sogar auf 44 % an, in den Vorjahren hatte er lediglich zwischen 11 und 26 % gelegen. Die gestiegenen Anteile für den Einfamilienhausbau sind dabei sowohl auf steigende Fertigstellungszahlen als auch auf einen Rückgang beim Geschosswohnungsbau zurück zu führen.

Durchschnittliche Wohnfläche je Einwohner in Hannover auf 40 qm gestiegen

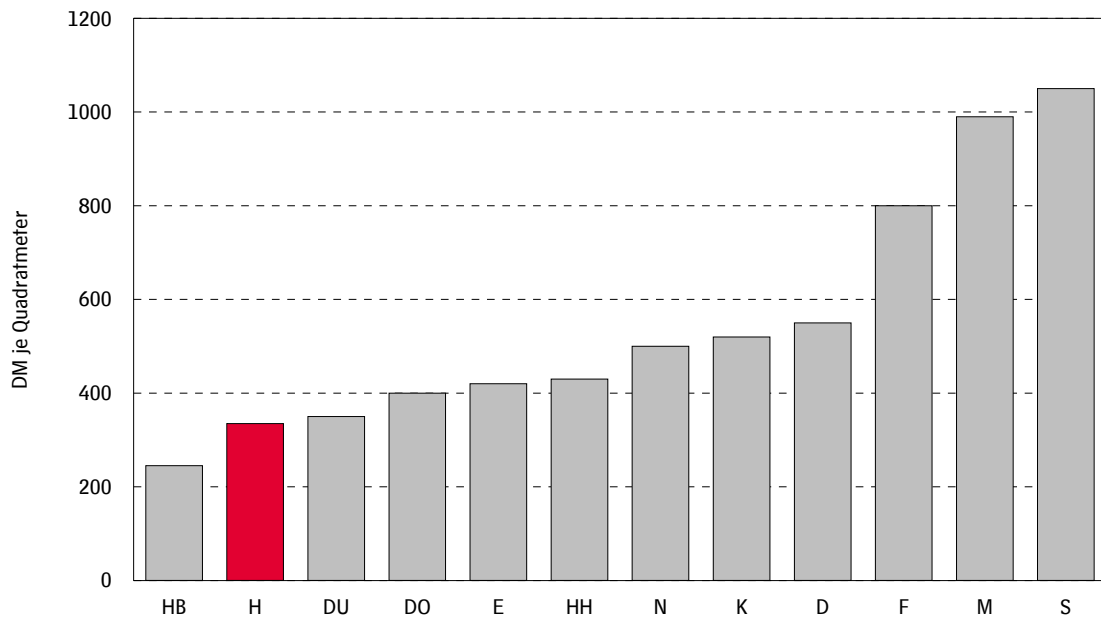
Der Rückgang des Wohnungsbaus hat den Anstieg der Versorgung nicht aufgehalten. Durch die Verschiebung hin zu mehr Einfamilienhäusern wird der Rückgang im Geschosswohnungsbau durch die wesentlich größeren Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern weitgehend kompensiert. In Hannover stehen im Jahr 2001 jedem Einwohner durchschnittlich 40,4 qm Wohnfläche zur Verfügung. Hannover bleibt damit die Großstadt mit der höchsten Wohnflächenversorgung.

Wohnkosten in Hannover bleiben auf einem sehr niedrigen Niveau

Hannover bleibt auch im Jahr 2001 eine Großstadt mit vergleichsweise sehr niedrigen Wohnkosten, sowohl hinsichtlich des Eigentumserwerbs als auch bei der Anmietung von Wohnungen. Auf dem Eigentumsmarkt kann Hannover lediglich nicht mit den Preisen in Bremen konkurrieren, das traditionell eine für Großstädte atypische Struktur und deshalb auch ein anderes Marktgeschehen aufweist. So kosteten Baugrundstücke für freistehende Einfamilienhäuser in Hannover im Durchschnitt 335 DM/qm, in Duisburg bereits 350 und in Essen 420 DM/qm. Insbesondere in den süddeutschen Großstädten ist das Preisniveau wesentlich höher, in Nürnberg kostete der qm 500 DM, in München 990 DM und in Stuttgart 1.050 DM. Ähnliche Relationen zeigen sich auch in anderen Segmenten des Eigentumsmarkts, so kostete zum Beispiel ein freistehendes Eigenheim in Hannover 390.000 DM (in Bremen 355.000 DM), in Duisburg bereits 550.000 DM, in Nürnberg 590.000 DM, in Stuttgart 680.000 DM und in München 925.000 DM. Auf dem Mietwohnungsmarkt liegen die Mieten für Altbauwohnungen noch in Dortmund, Duisburg und Nürnberg unter dem Mietniveau in Hannover mit 9,50 DM/qm, bei nach 1948 fertiggestellten Wohnungen nur in Hannover noch unter 10 DM/qm (9,50 DM) und bei der Erstvermietung von Neubauwohnungen mit 11,00 DM/qm ebenfalls niedriger als in allen anderen Großstädten.

Abbildung 5

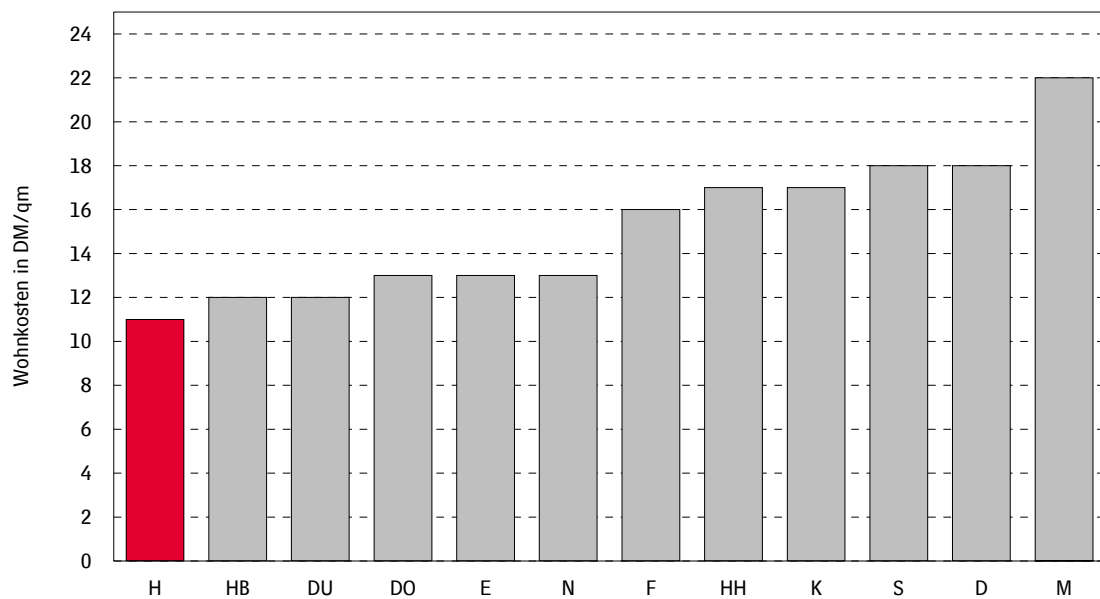
**Verkaufspreise für Baugrundstücke in westdeutschen Großstädten im Jahr 2001
(freistehende Ein- und Zweifamilienhäuser in normaler Wohnlage)**



Quelle: Ring Deutscher Makler

Abbildung 6

**Monatliche Nettokaltmiete, bezogen auf 70 qm, Neubau, Erstbezug,
mittlerer Wohnwert in westdeutschen Großstädten im Jahr 2001**



Quelle: Ring Deutscher Makler

2.3 Arbeitsmarkt und Wirtschaft

Um einen Großstädtevergleich zum Thema Arbeitsmarkt und Wirtschaft vorzunehmen, können vor allem Daten zu den Bereichen Arbeitslosigkeit, Beschäftigung sowie der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung anhand der Zahlen zum Bruttoinlandsprodukt heran gezogen werden.

Beschäftigungseffekt durch die EXPO vorüber, Hannover nähert sich wieder allgemeinem Trend an

Die Zahl der Arbeitslosen ist im Jahr nach der EXPO in Hannover wieder leicht angestiegen, während in allen anderen Städten des Großstädtevergleichs zumindest noch leichte Entlastungen am Arbeitsmarkt spürbar waren. Hannover verharrte beim Thema Arbeitslosigkeit auf sehr hohem Niveau und konnte dem positiven Trend der Vergleichsstädte nicht folgen. Zum Ende des Jahres 2001 wurde die Arbeitslosenquote (bezogen auf alle Erwerbspersonen) von 12,2 % in Hannover nur noch in Duisburg und Dortmund übertroffen. Der Grund für diese auf den ersten Blick negative Entwicklung liegt in den Beschäftigungsauswirkungen der EXPO: Durch die EXPO gelang von 1999 auf 2000 eine Senkung der Arbeitslosenquote um 2,5 %-Punkte. Damit war Hannover im Jahr 2000 im Vergleich zu den anderen westdeutschen Großstädten Spitzenreiter im Abbau der Arbeitslosenquote. Dieser EXPO-Effekt in Bezug auf die Beschäftigung ist im Jahr 2001 nicht mehr wirksam, die Arbeitslosenquote nähert sich wieder dem allgemeinen Trend der Vergleichsstädte an.

Leichter Rückgang der Zahlen der Langzeitarbeitslosen, der Arbeitslosen über 55 und unter 25 Jahren

In den besonderen Problembereichen der Langzeitarbeitslosen, der Arbeitslosen über 55 Jahre sowie der Arbeitslosen unter 25 Jahre folgt Hannover dem allgemeinen Trend, die Zahlen konnten hier jeweils weiter gesenkt werden, wenn auch, aufgrund des zuvor genannten EXPO-Effektes, nicht mehr in dem Maße wie in den Jahren von 1997 bis 2000.

Fortsetzung der negativen Arbeitsmarktentwicklung im Jahr 2002

Der oben beschriebene Trend hat sich auch im Jahr 2002 bisher weiter fort gesetzt. Bis September 2002 ist die Arbeitslosenquote in Hannover auf 13 % gestiegen, stärker als in allen anderen Großstädten. Nur noch Dortmund weist mit 13,5 % eine höhere Arbeitslosenquote auf. Ähnlich hohe Steigerungsraten weisen nur die süddeutschen Großstädte auf, allerdings auf einem erheblich niedrigeren Niveau. So lag im September 2002 die Arbeitslosenquote in München bei 5,7, in Stuttgart bei 6,2 %.

EXPO-Effekt auch bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erkennbar

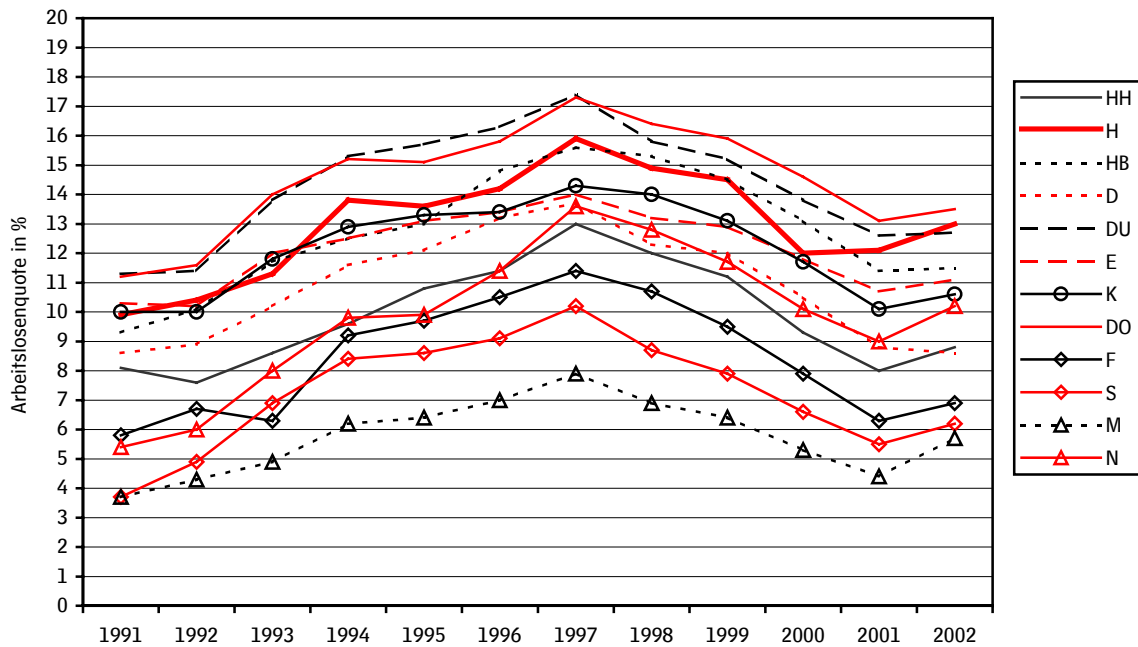
Der bereits bei der Arbeitslosenquote angeführte EXPO-Effekt macht sich ebenso auf anderen Betrachtungsebenen, wie zum Beispiel den Beschäftigungszahlen, bemerkbar. Konnte die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 1999 auf das Jahr 2000 um knapp 15.000 erhöht werden, so verringerte sie sich im Nach-EXPO-Jahr 2001 wieder um gut 10.000. Vergleicht man jedoch die Jahre 1999 und 2001, so verbleibt immer noch ein positiver Effekt von deutlich über 4.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Zuwachsraten der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Hannover jedoch deutlich geringer

Im Vergleich mit den anderen Städten des Großstädtevergleichs schneidet die Landeshauptstadt Hannover hierbei aber - wie auch bei der Arbeitslosenentwicklung - schlechter als der Durchschnitt ab. Vergleicht man die Zahlen der Jahre 1999 bis 2001, so gibt es zwar in allen Vergleichsstädten einen Anstieg bei der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, dieser fällt aber nur in Duisburg geringer aus als in der Landeshauptstadt Hannover. Alle anderen Städte können deutlich höhere Zuwachsraten verbuchen.

Abbildung 7

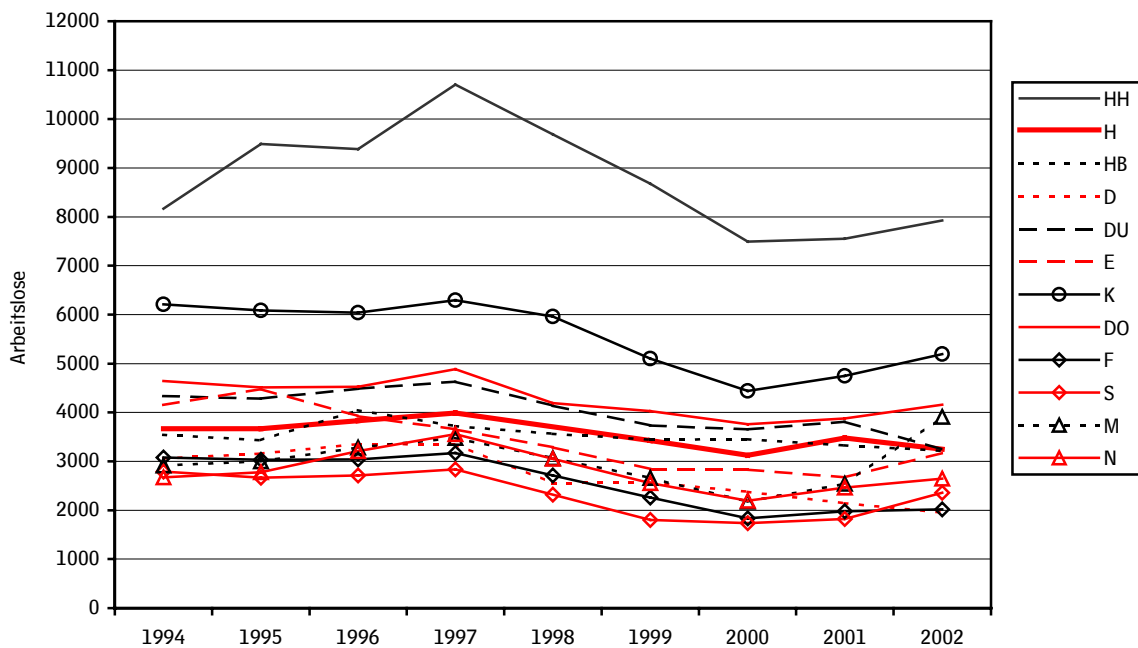
Entwicklung der Arbeitslosenquoten in westdeutschen Großstädten 1991 bis 2002



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

Abbildung 8

Arbeitslose unter 25 Jahren in westdeutschen Großstädten 1994 bis 2002



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

Positive Beschäftigungseffekte vor allem im Gastgewerbe, negative im Baugewerbe

Deutliche positive Beschäftigungseffekte der EXPO lassen sich auch noch im Jahr 2001 insbesondere noch im Gastgewerbe feststellen, mit einer gegenüber 1999 um 12 % gestiegenen Zahl von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Auch im verarbeitenden Gewerbe war mit einem Beschäftigungsanstieg um 6,5 % noch eine sehr positive Entwicklung festzustellen. Ungünstiger als in den anderen Städten hat sich dagegen vor allem das Baugewerbe entwickelt, das 1999 noch von der Vorbereitung der EXPO profitieren konnte. Aber auch bei Kreditinstituten und Versicherungsgewerbe sowie im Handel mussten in Hannover vergleichsweise hohe Beschäftigungseinbußen hingenommen werden.

Positive Beschäftigungseffekte im Umland halten länger an

Die Beschäftigungseffekte im Umland, die durch die EXPO angestoßen wurden, halten offensichtlich länger an. Einem Beschäftigungsanstieg um 8.000 im Jahr 2000 folgte im Jahr 2001 nur ein Rückgang um 1.000 Beschäftigte, also absolut und insbesondere auch relativ ein erheblich höherer Beschäftigungseffekt als in der Stadt. Auch hier gab es positive Effekte im Gastgewerbe, allerdings geringer als in der Stadt. Daneben gab es positive Entwicklungen vor allem im Verarbeitenden Gewerbe, im Handel und bei den unternehmensbezogenen Dienstleistungen.

Entwicklung der Wirtschaftsleistung ebenfalls geprägt durch EXPO-Effekt

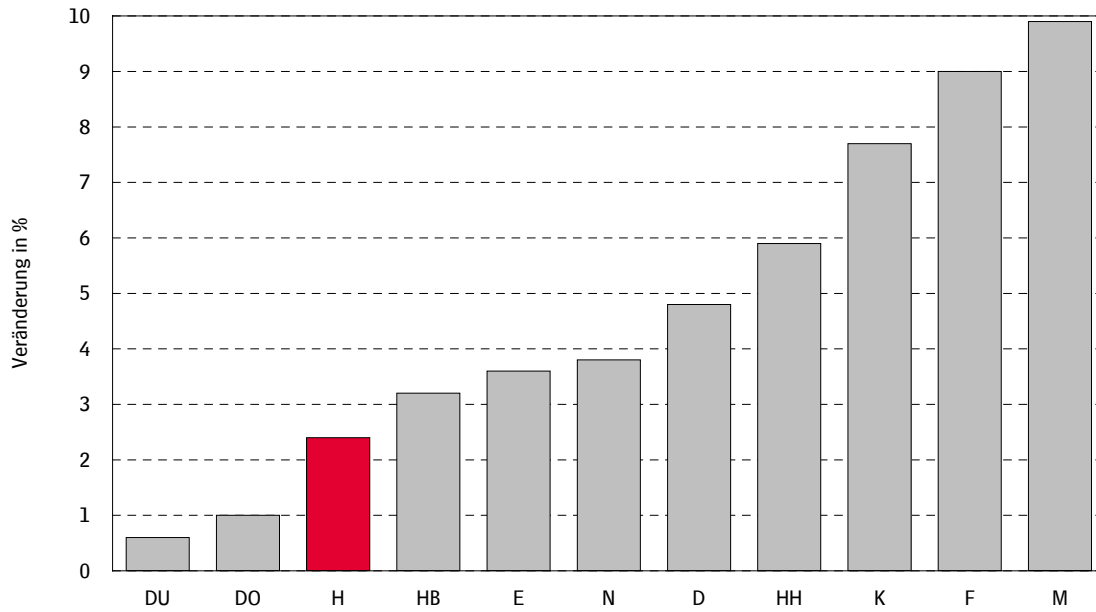
Für das Bruttoinlandsprodukt liegen bis zum heutigen Zeitpunkt nur Vergleichszahlen bis zum Jahr 2000 vor. Im Zehn-Jahres-Vergleich liegt die Entwicklung in Hannover im Mittelfeld der Großstädte, noch vor den nordrhein-westfälischen Städten. Insbesondere beim Sprung vom Jahr 1999 auf das Jahr 2000 macht sich auch in diesem Vergleich die EXPO positiv bemerkbar, die Zuwachsraten beim Bruttoinlandsprodukt Hannovers konnte gegenüber dem Vorjahr fast verdoppelt werden.

Gemeinsame Strategie der LHH und der Region Hannover für wirtschaftliche Entwicklung: „Hannover-Projekt“

Zusammenfassend lässt sich für den Sektor Arbeitsmarkt und Wirtschaft sagen, dass in den letzten Jahren insbesondere durch die EXPO positive Effekte zu verzeichnen waren. Diese konnten jedoch vor allem in der Stadt Hannover nicht erhalten und entwickelt werden. Es zeigt sich, dass sich die Hannover wieder auf dem Weg zurück in den mittel- bis langfristigen Trend befindet und sich die EXPO-Effekte deutlich abschwächen bzw. anhand der Datenlage nicht mehr nachweisbar sind. Neue Impulse für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt sind daher dringend erforderlich, um insbesondere die unbefriedigende Situation in bezug auf die Arbeitslosigkeit verbessern zu können. Die Landeshauptstadt setzt hierzu, gemeinsam mit der neu entstandenen Region Hannover, auf die Entwicklungen im Bereich des „Hannover-Projektes“, das zukünftig als Dach der regionalen Wirtschaftsförderung über eine Auswahl von Projekten insbesondere in den wachstumsstarken Wirtschaftssektoren neue zukunftsfähige Arbeitsplätze für Stadt und Region schaffen wird (siehe unter 3.1 Das Hannover-Projekt als wirtschaftlicher Motor für die Landeshauptstadt und die Region Hannover).

Abbildung 9

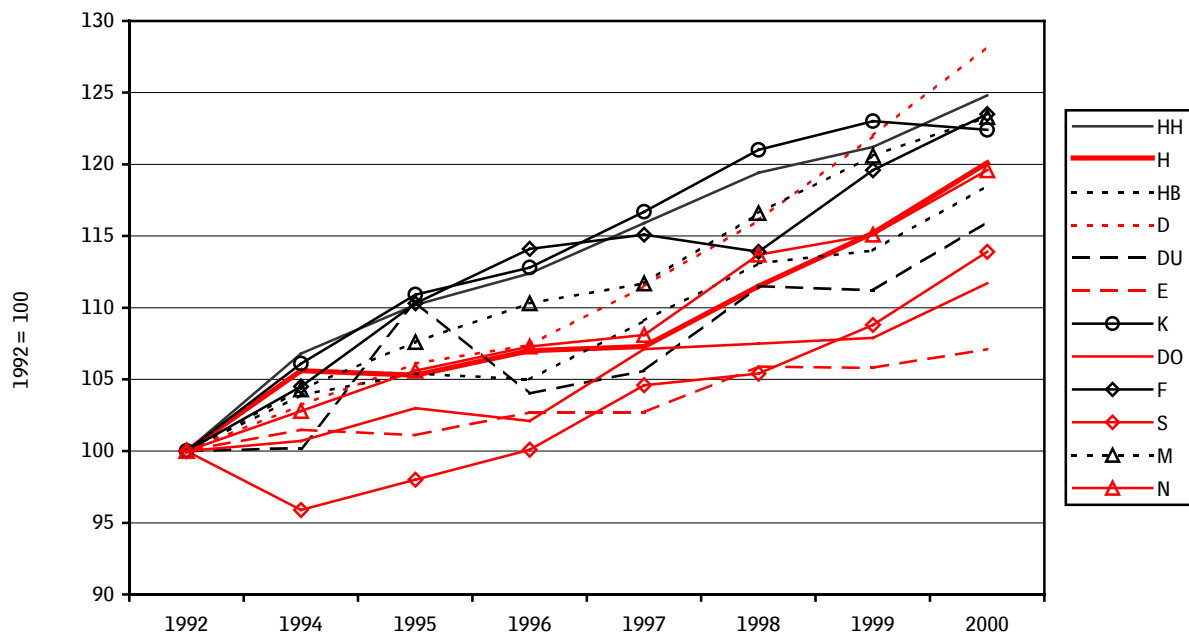
Veränderung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in westdeutschen Großstädten 1998 bis 2001



Quelle: Statistische Landesämter

Abbildung 10

Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts zu Marktpreisen in westdeutschen Großstädten 1992 bis 2000



Quelle: Statistische Landesämter

2.4 Einzelhandel und Innenstadt

Position des hannoverschen Einzelhandels wieder verbessert

Der hannoversche Einzelhandel hat traditionell eine starke Position mit einer hohen Ausstrahlung in das Umland. Die insgesamt schwierige Lage des Einzelhandels hat sich in den letzten Jahren aber auch in Hannover gezeigt, zum Teil mit spezifischen Entwicklungen insbesondere in der Innenstadt. So hatte die Innenstadt zeitweise erheblich an Akzeptanz in der Bevölkerung eingebüßt, die Umsatzentwicklung verlief im Vergleich zu anderen Großstädten auf niedrigerem Niveau. Dadurch büßte Hannover auch seine herausragende Position unter den Großstädten ein. Mit einer Umsatzkennziffer von 145,1 (Bundesdurchschnitt = 100) lag der hannoversche Einzelhandel im Jahr 2000 unter den Großstädten nur noch auf Rang vier, hinter München und nun auch hinter Nürnberg und Düsseldorf. In den letzten beiden Jahren konnte der hannoversche Einzelhandel aber wieder aufholen und liegt im Jahr 2002 wieder auf Rang zwei hinter München.

Hannover wieder die Großstadt mit der höchsten Zentralität

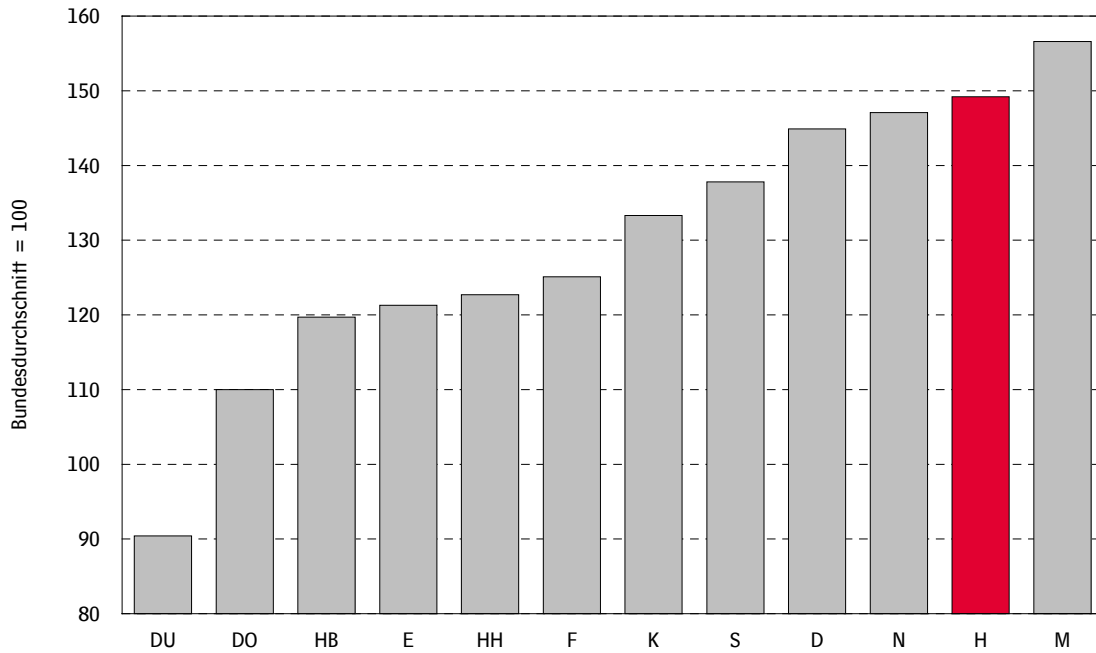
In den letzten beiden Jahren ist insbesondere die Anziehungskraft des hannoverschen Einzelhandels für das Umland wieder gewachsen, die in der Stadt vorhandene Kaufkraft stagniert dagegen. Dadurch konnte Hannover im Jahr 2002 wieder die vorübergehend an Nürnberg verlorene Position als Stadt mit der höchsten Zentralität im Einzelhandel wieder zurück gewinnen. Beide Städte liegen in ihrer Zentralität weiterhin deutlich vor den anderen Großstädten, Hannover mit 138,9 und Nürnberg mit 134,6, danach folgt Bremen mit 118,8 (ein Wert von 100 ergibt sich, wenn der Umsatz der vorhandenen Kaufkraft entspricht).

Die Maßnahmen zur Aufwertung der Innenstadt zeigen deutliche Wirkung

Die in den letzten Jahren gezielt ergriffenen Maßnahmen zur Aufwertung der Innenstadt zeigen hier offenbar Wirkung. Dabei ging es im öffentlichen Raum insbesondere um Verbesserungen in den Bereichen Sicherheit und Sauberkeit und um eine Steigerung der Aufenthaltsqualität. Darüber hinaus hat der Einzelhandel insbesondere im Hinblick auf die Weltausstellung EXPO 2000 erheblich in die Modernisierung seiner Häuser investiert, die Umgestaltung des Hauptbahnhofs eine weitere Attraktivitätssteigerung gebracht. Dies zeigen auch die Ergebnisse der Repräsentativerhebung 2002 zur Akzeptanz der Innenstadt in der Bevölkerung. Nachdem Mitte der 90er Jahre die Innenstadt erheblich an Attraktivität eingebüßt hatte (nur noch 22 % bewerteten die Innenstadt mit „sehr gut“ oder „gut“), haben in diesem Jahr 58 % der Befragten mit „sehr gut“ oder „gut“ geantwortet und damit noch die hohen Bewertungen aus den 80er Jahren übertroffen. Um diese hohe Zentralität Hannovers zu halten und zu stärken, was gerade vor dem Hintergrund der im Vergleich zu den süddeutschen Städten niedrigen Kaufkraft in der Stadt angestrebt werden sollte, wird dieser Weg der Aufwertung der Innenstadt fortgesetzt, zum Beispiel mit dem Umbau der Passerelle, dem Umbau am Kröpcke, der Aufwertung des Raschplatzes.

Abbildung 11

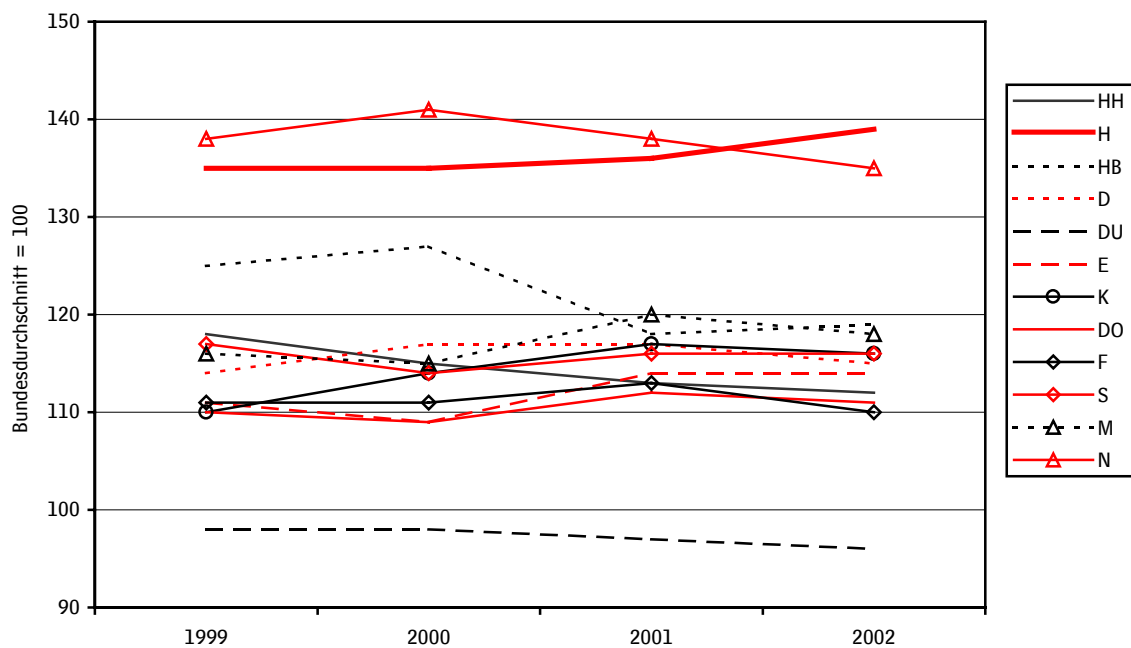
Umsatzkennziffern in westdeutschen Großstädten im Jahr 2002



Quelle: Gesellschaft für Konsumforschung (GFK)

Abbildung 12

Zentralität im Einzelhandel in westdeutschen Großstädten 1999 bis 2002



Quelle: Gesellschaft für Konsumforschung (GFK)

2.5 Sozialstruktur

Typisch großstädtische Sozialstrukturen

Die sozialen Strukturen in Großstädten weisen eine Reihe von typischen Ausprägungen auf, die mehr oder weniger auch in Hannover auftreten. Dies betrifft zum Beispiel die Haushalts- und Familienstrukturen oder auch die Alters- und die ethnische Struktur.

Sehr niedrige Haushaltsgröße

Größere Unterschiede zum Umland und auch zu den anderen Großstädten bestehen insbesondere bei den Haushaltsstrukturen. Hannover hat nach München die niedrigste durchschnittliche Haushaltsgröße (1,82 zu 1,80) und den höchsten Anteil an Ein-Personen-Haushalten mit 52 % (Daten für Hamburg lagen nicht vor). Damit hat Hannover mit 29 % zusammen mit München auch den höchsten Anteil von allein Lebenden in der Stadt, deutlich vor den anderen Städten wie Köln (26 %), Nürnberg und Stuttgart (je 24 %) und insbesondere den Ruhrgebietsstädten mit etwa 20 %. Im Vergleich zum Umland ist der Anteil der allein Lebenden in Hannover sogar doppelt so hoch.

Hohe Anteile von älteren Menschen und Studierenden

Die niedrige Haushaltsgröße hat auch damit zu tun, dass Hannover sowohl eine alte als auch eine junge Stadt ist. Hannover hat einerseits nach Essen den höchsten Anteil älterer Menschen (19 % der Bevölkerung ist über 64 Jahre alt), andererseits aber auch einen hohen Anteil junger Erwachsener durch die große Zahl von Studierenden an den hannoverschen Hochschulen. In beiden Bevölkerungsgruppen ist der Anteil der allein Lebenden sehr hoch, dadurch wird der städtische Durchschnitt in Hannover nach unten gedrückt.

Relativ wenige Familien mit Kindern

Die hohen Bevölkerungsanteile dieser beiden Gruppen tragen auch mit dazu bei, dass der Anteil der Haushalte mit Kindern relativ niedrig ist (23 %), unterschritten nur noch von München und insbesondere auch deutlich niedriger als im Umland mit 33 %. Dazu trägt darüber hinaus auch noch der im Vergleich zu den anderen Großstädten niedrige Anteil nichtdeutscher Haushalte bei, die in der Regel deutlich größer sind und höhere Kinderzahlen aufweisen als deutsche Haushalte.

Erwerbsbeteiligung und Einkommen unter dem Niveau süddeutscher Großstädte

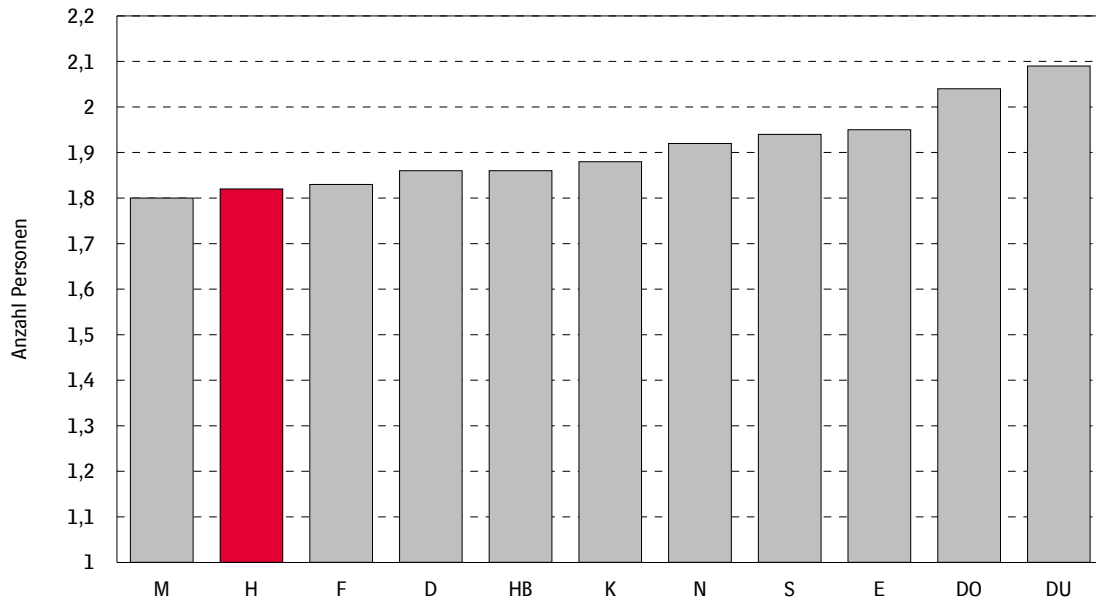
Der hohe Studierendenanteil macht sich auch bei der Höhe der Erwerbsbeteiligung bemerkbar, sie ist deutlich niedriger als vor allem in den süddeutschen Städten. Während in Hannover die Erwerbsquote der 15 bis 65-Jährigen bei 74 % liegt, reicht sie in den süddeutschen Städten bis zu 78 %. Auch in der Qualifikationsstruktur der Bevölkerung liegt Hannover, gemeinsam mit Düsseldorf, im Mittelfeld der Großstädte. In der Einkommensstruktur spiegelt sich dies allerdings nicht wieder, die hannoverschen Erwerbstätigen liegen mit ihren Einkommen zusammen mit Essen, Köln und Nürnberg nur noch vor Duisburg, in den anderen Großstädten liegen die Einkommen zum Teil deutlich höher, ebenso wie im Umland Hannovers.

Niedriges Einkommensniveau insbesondere bei Familien mit Kindern

Diese relativ niedrigen Einkommen zeigen sich auch bei den Familieneinkommen. Während allerdings die Einkommen der Familien ohne Kinder etwa im Durchschnitt der anderen Großstädte liegen, bleiben die Einkommen der Familien mit Kindern deutlich hinter der Einkommenssituation in anderen Großstädten und insbesondere auch gegenüber dem Umland zurück. In den letzten Jahren hat allerdings der Abstand zum Umland leicht abgenommen.

Abbildung 13

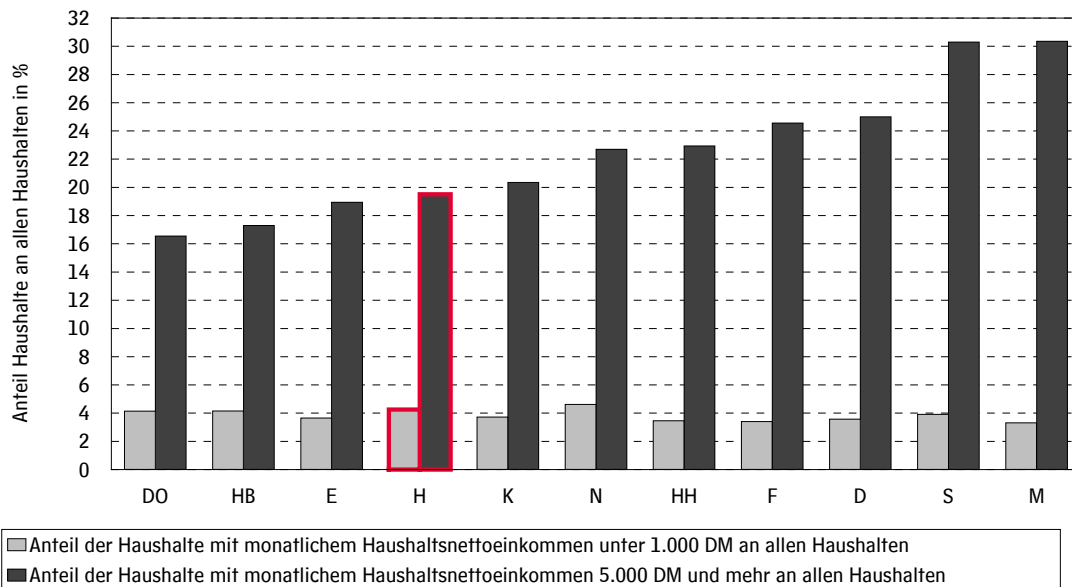
Durchschnittliche Haushaltsgößen in westdeutschen Großstädten im Jahr 2001



Quelle: Statistische Landesämter

Abbildung 14

Anteile der Haushalte mit monatlichem Haushaltseinkommen in westdeutschen Großstädten im Jahr 2001



Quelle: Statistische Landesämter

2.6 Sozialhilfe

2001 nur geringe Veränderungen

Im Jahr 2001 hat sich die Zahl der Sozialhilfeempfänger in Hannover nur geringfügig verändert, die Hilfeempfangerdichte sank um 0,7 Punkte auf 70 Hilfeempfänger je 1.000 Einwohner. Hannover liegt mit dieser Entwicklung im Mittelfeld der westdeutschen Großstädte, zum Teil sank die Hilfeempfangerdichte deutlich stärker als in Hannover, vor allem in Düsseldorf, Bremen und Köln. In anderen Städten wie Frankfurt, Essen und München war dagegen noch ein leichter Anstieg der Hilfeempfangerszahlen zu verzeichnen.

Hannover weiter mit hoher Sozialhilfedichte

Damit ist es auch dabei geblieben, dass die Sozialhilfedichte in den norddeutschen Großstädten am höchsten ist, angeführt von Bremen mit 87 Hilfeempfängern je 1.000 Einwohner vor Hannover. Bereits mit Abstand folgen die nordrhein-westfälischen Großstädte Köln (63), Duisburg und Essen (je 61) und Dortmund (60) sowie Frankfurt (59). Die mit Abstand niedrigsten Hilfeempfangerdichte weisen München (35) und Stuttgart (39) auf.

Alle Altersgruppen betroffen

Die hohe Hilfeempfangerdichte für Hannover zieht sich mehr oder weniger durch alle Altersgruppen, am geringsten ist der Abstand zum Durchschnitt der anderen Städte noch bei den 25- bis 65-Jährigen. Innerhalb der einzelnen Altersgruppen verändert sich die Reihenfolge mit Bremen vor Hannover und den übrigen Städten (Daten für Hamburg lagen nur teilweise vor) nur bei den älteren Menschen, hier hat Frankfurt die höchste Hilfeempfangerdichte vor Köln und Hannover.

Ausgaben je Hilfeempfänger in Hannover vergleichsweise niedrig

Insgesamt wurden in Hannover im Jahr 2001 rund 260 Mio. DM für Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt ausgezahlt. Pro Hilfeempfänger waren dies im Durchschnitt etwa 7.300 DM im Jahr. Hannover lag damit in der Gruppe der Städte mit relativ niedrigen Ausgaben, hinter Duisburg und Nürnberg. Innerhalb der Großstädte reichte das Spektrum der Gesamtausgaben je Hilfeempfänger von 9.800 DM in Frankfurt, gefolgt von Stuttgart mit 8.100 DM bis zu 6.500 DM in Duisburg.

Relativ niedrige Ausgaben für einmalige Leistungen

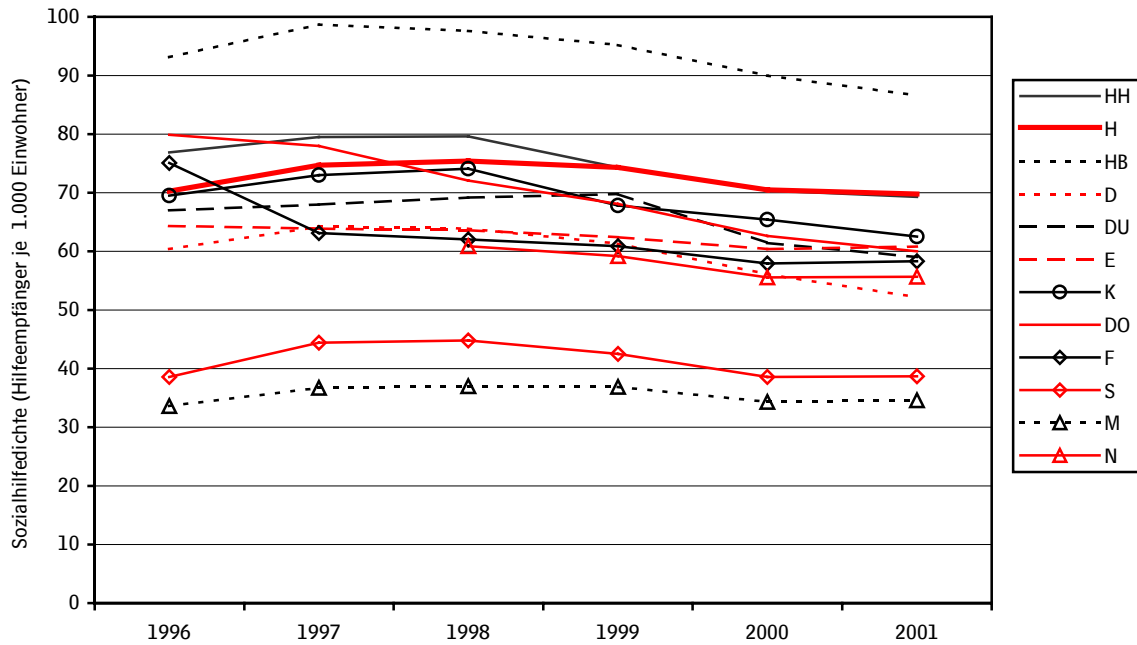
Bei der Verteilung der Ausgaben auf die laufenden Leistungen, einmalige Leistungen und die Hilfe zur Arbeit liegt Hannover jeweils etwa im Mittelfeld der Großstädte, ohne ausgeprägten Schwerpunkt. Bei den einmaligen Leistungen je Hilfeempfänger liegt Hannover mit 950 DM im Jahr mehr oder weniger deutlich unter den Leistungen der meisten anderen Großstädte, nur in Duisburg und Köln sind die Ausgaben niedriger als in Hannover. Bei den Ausgaben für Hilfe zur Arbeit, bezogen auf die vom Alter her erwerbsfähigen Hilfeempfänger, liegt Hannover mit knapp 2.000 DM im Mittelfeld. Hier reicht das Spektrum von rund 2.900 DM in Essen bis zu rund 950 DM in Nürnberg.

Hilfe zur Arbeit fortgesetzt

In Maßnahmen der Hilfe zur Arbeit waren in Hannover im Jahr 2001 6 % der Hilfeempfänger im Alter von 18 bis unter 65 Jahren beschäftigt. Allerdings stehen nicht alle Hilfeempfänger dieser Altersgruppe für eine Beschäftigung zur Verfügung. Dies gilt zum einen für Hilfeempfänger, die bereits erwerbstätig sind. In Hannover sind dies mit knapp 10 % der Hilfeempfänger im erwerbsfähigen Alter vergleichsweise nur wenige. Andererseits verhindern auch Gründe wie zum Beispiel Kindererziehung oder Krankheit zumindest zeitweise, dass Hilfeempfänger für solche Maßnahmen zur Verfügung stehen. In Hannover stehen dafür knapp 60 % zur Verfügung, so dass von den erwerbsfähigen Hilfeempfängern im Jahr 2001 gut 10 % in Hilfe zur Arbeit beschäftigt wurden.

Abbildung 15

Sozialhilfedichte in westdeutschen Großstädten 1996 bis 2001



Quelle: Arbeitsgemeinschaft der Sozialamtsleiter großer Großstädte

Abbildung 16

Ausgaben für einmalige Leistungen der Sozialhilfe pro Person in westdeutschen Großstädten im Jahr 2001 (Angaben in Euro)



Quelle: Arbeitsgemeinschaft der Sozialamtsleiter großer Großstädte

2.7 Bildung, Ausbildung, Weiterbildung

Hohe Zentralität Hannovers im Bildungswesen

Von den Großstädten hat Hannover die größte Bedeutung als Bildungsstandort in der jeweiligen Region. So hat Hannover – jeweils bezogen auf die Einwohner im Alter von 16 bis 19 Jahren - den höchsten Schüleranteil im allgemeinbildenden, insbesondere aber im beruflichen Schulwesen. Im allgemeinbildenden Schulwesen reicht der Einzugsbereich der Schulen bis in das Umland, insbesondere auch durch Schulen mit besonderen Angeboten wie Latein oder Französisch als erster Fremdsprache. Die Schülerzahl liegt deshalb bei einem Drittel der Zahl der 16 bis 19-Jährigen, ein Wert, der in keiner anderen Großstadt erreicht wird. Am nächsten reichen noch Düsseldorf und Frankfurt an Hannover heran. Im beruflichen Schulwesen reicht der Einzugsbereich noch erheblich weiter und umfasst teilweise den Regierungsbezirk Hannover, in Einzelfällen sogar das Land Niedersachsen, so dass die Schülerzahl an beruflichen Schulen in der Stadt Hannover fast doppelt so hoch ist wie die Einwohnerzahl der 16 bis 19-Jährigen. Auch hier wird der hannoversche Wert in keiner anderen Großstadt erreicht, ebenfalls noch sehr hohe Quoten gibt es in München und Nürnberg, gefolgt von Frankfurt und Düsseldorf.

In Großstädten häufiger Schulabgänger mit Hochschulreife

Bildungsabschlüsse bilden sowohl für den Einzelnen eine wichtige Voraussetzung für den Einstieg in das Berufsleben als auch ein zentrales Potenzial für die Entwicklungschancen eines Standortes. Gerade auch die Ausbildung an Hochschulen und Fachhochschulen besitzt dabei besondere Bedeutung, deshalb wird dieses Thema in diesem Lagebericht als Schwerpunktthema unter 3. Die Landeshauptstadt Hannover als Wissenschaftsstandort dargestellt. Aber bereits mit dem Abschluss im allgemeinbildenden Schulwesen werden wichtige Weichen gestellt. Dabei unterscheiden sich die Bildungsabschlüsse an großstädtischen Schulen vom Bundesdurchschnitt insbesondere dadurch, dass in den Großstädten in größerem Umfang die Fachhochschul- und Hochschulreife erreicht wird (33 zu 26 %). Entsprechend niedriger sind die Anteile bei Realschul- (35 zu 40 %) und Hauptschulabschlüssen (22 zu 25 %), nahezu gleich der Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss mit knapp 10 %.

Hannover sowohl mit hohem Anteil von Absolventen ohne Abschluss als auch mit Hochschulreife

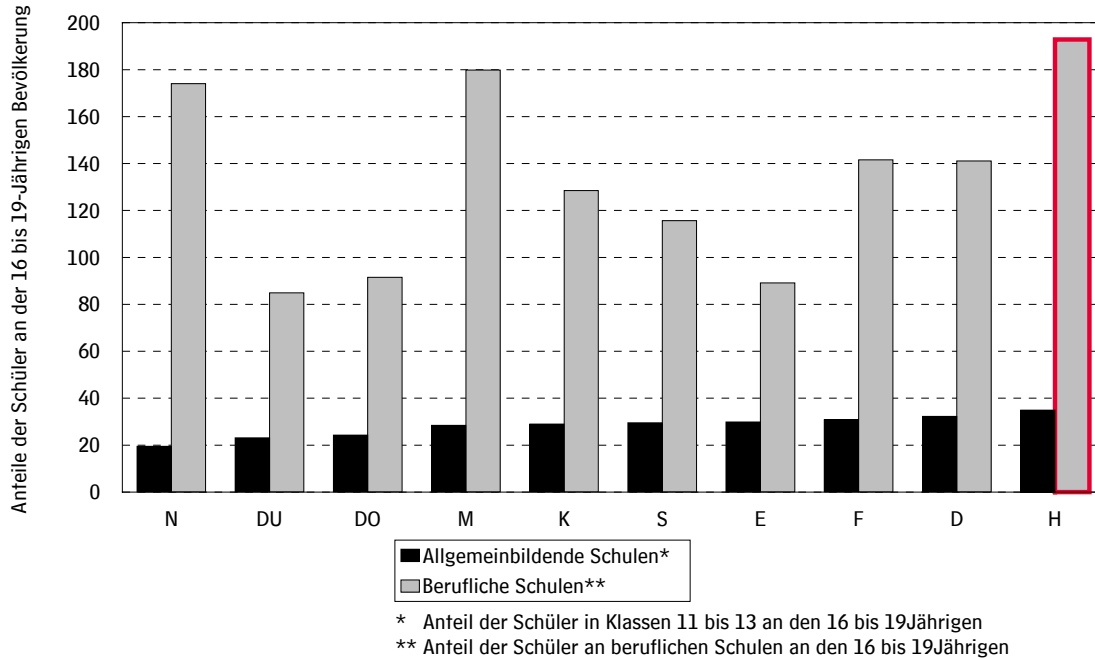
Die Position Hannovers innerhalb der Großstädte zeigt sich dabei zweigeteilt. Einerseits gibt es in Hannover nach Hamburg den höchsten Anteil von Abgängern ohne Hauptschulabschluss (gut 11 %), andererseits aber auch zusammen mit Stuttgart und Frankfurt den höchsten Anteil von Absolventen mit Fachhochschul- und Hochschulreife (jeweils gut 35 %) (Angaben für München und Nürnberg lagen nicht vor). Im Vergleich zu Hamburg, Frankfurt und Stuttgart ist in Hannover der Anteil der Hauptschulabsolventen niedriger, der Anteil von Realschulabsolventen dagegen höher. In den nordrhein-westfälischen Großstädten ist insbesondere der Anteil der Realschulabsolventen höher, der Anteil der Schulabgänger ohne Abschluss niedriger als in den anderen Großstädten.

Hannoversche Mädchen erreichen besonders häufig die Hochschulreife

Mädchen erreichen in den Großstädten höhere Bildungsabschlüsse als Jungen. Sie verlassen die Schule seltener als Jungen ohne Abschluss oder mit Hauptschulabschluss, häufiger dagegen mit Hochschulreife. Im Gegensatz zu den meisten anderen Großstädten haben in Hannover Mädchen seltener als Jungen einen Realschulabschluss, dafür liegt der Anteil der Absolventinnen mit Hochschulreife in Hannover umso deutlicher über dem Anteil der Jungen mit entsprechendem Abschluss. Mit 41 % liegt der Anteil in Hannover auch deutlich über den entsprechenden Anteilen in den anderen Städten, als nächstes folgt Düsseldorf mit knapp 39 %.

Abbildung 17

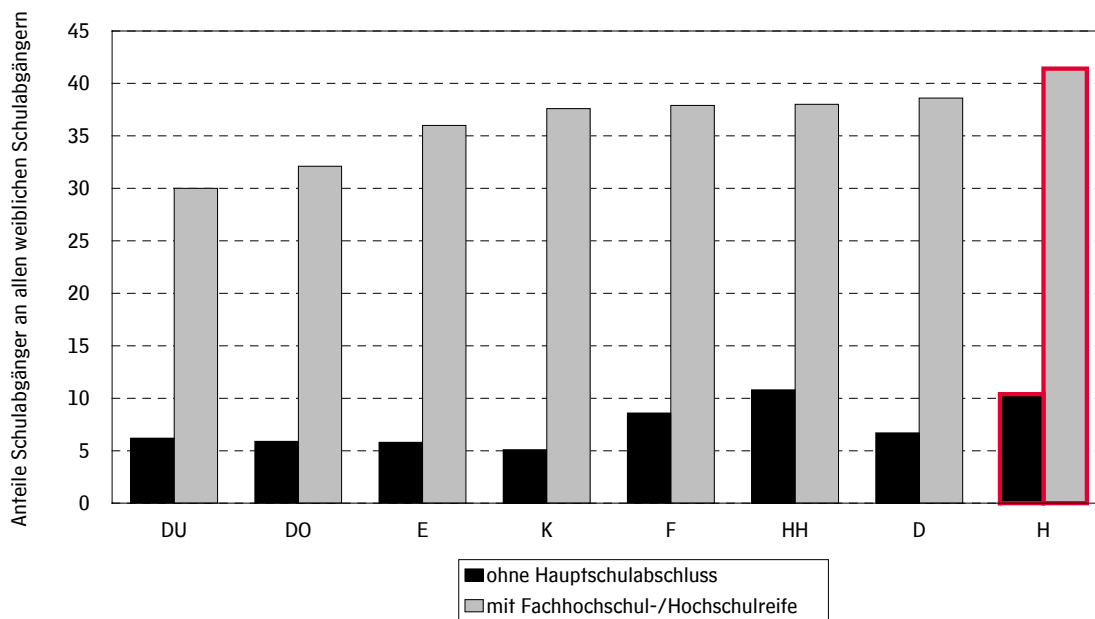
Zentralität westdeutscher Großstädte im Bildungswesen im Jahr 2000



Quelle: Statistische Landesämter

Abbildung 18

Anteil weiblicher Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss bzw. mit Fachhochschul-/Hochschulreife in westdeutschen Großstädten 2000/2001



Quelle: Statistische Landesämter

Ausländische Jugendliche mit deutlich niedrigeren Schulabschlüssen als deutsche Jugendliche

Ausländische Jugendliche haben erheblich größere Probleme als deutsche Jugendliche, einen qualifizierten Schulabschluss zu erreichen. Das zeigen auch die Schulabschlüsse der ausländischen Jugendlichen in den Großstädten. Insgesamt verlassen 16 % der ausländischen Schulabgänger die Schule ohne Hauptschulabschluss, nur 18 % mit einem Fachhochschul- oder Hochschulabschluss. Bei den deutschen Schulabgängern erreichen „nur“ 8 % keinen Hauptschulabschluss, aber 37 % einen Fachhochschul-/Hochschulabschluss. Einen Hauptschulabschluss erreichen 30 % der ausländischen Schulabgänger (20 % der deutschen Schulabgänger), der Anteil der Realschulabsolventen liegt mit 36 beziehungsweise 35 % fast gleichauf. Für Hannover zeigt sich wiederum ein zweigeteiltes Bild: einerseits hoher Anteil ausländischer Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss, andererseits aber auch hohe Anteile bei Realschulabsolventen Schulabgängern mit Fachhochschul-/Hochschulreife. Im Einzelnen:

- In Hannover verlassen 21 % der ausländischen Schüler die Schule ohne Hauptschulabschluss, im Durchschnitt der Großstädte 16 %.
- Den Hauptschulabschluss erreichen in Hannover 21, in den Großstädten 30 %.
- Den Realschulabschluss erreichen in Hannover 39, in den Großstädten 36 %.
- Fachhochschul-/Hochschulreife erreichen in Hannover 19 %, im Durchschnitt der Großstädte 16 % der ausländischen Schulabgänger.

In Hannover sowohl hoher Anteil an fehlenden als auch an höher qualifizierten Schulabschlüssen

Im Vergleich mit den anderen Großstädten weist Hannover eine relativ hohe Differenz zwischen dem Anteil der deutschen Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss (9 %) und den nichtdeutschen Schulabgängern (21%) auf. Bei den Schulabgängern mit Fachhoch-/ Hochschulreife liegt die Differenz in Hannover mit 20 %-Punkten etwa in der Mitte der Großstädte zwischen Frankfurt mit 29 %-Punkten und Essen mit 12 %-Punkten. Bei den Realschulabsolventen gehört Hannover zu den Städten, in denen der Anteil bei den nichtdeutschen Schulabgängern höher ist als bei den deutschen (39 zu 37 %).

Qualifizierungspotenzial bei ausländischen Jugendlichen noch nicht ausgeschöpft

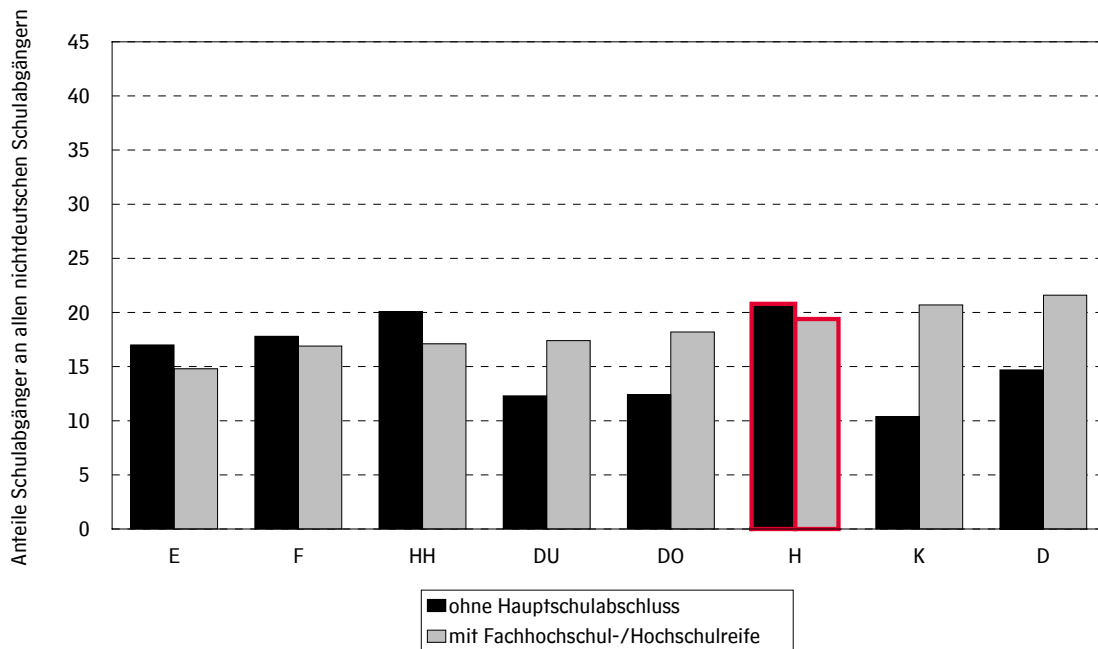
Auch wenn hier nur ein Vergleich der formalen Schulabschlüsse vorgenommen werden kann, so zeigen sich doch schon deutlich zwei Ansätze für Handlungsbedarfe: Insgesamt ist das Potenzial für qualifizierte Absolventen bei nichtdeutschen Schülern noch nicht ausgeschöpft. Dies gilt auch für Hannover, wo insbesondere die Reduzierung des Anteils von nichtdeutschen Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss angestrebt werden muss. Gerade für die Großstädte mit ihren hohen Anteilen von nichtdeutschen Kindern und Jugendlichen ist eine ausreichende Qualifizierung dieser Gruppe sowohl im Hinblick auf ihre Bedeutung als Standortfaktor als auch im Hinblick auf eine tragfähige Lebensperspektive für die Jugendlichen, die nicht zuletzt auf einer qualifizierten Ausbildung aufbauen muss.

Hannoversche Volkshochschule mit großem Angebot zur Weiterbildung

In allen Großstädten sind die Volkshochschulen eine zentrale Säule der Weiterbildung für die Bevölkerung, mit jeweils unterschiedlichen Profilen. Die hannoversche Volkshochschule ist diejenige mit dem höchsten Angebot an Kursstunden, bezogen auf die Bevölkerungszahl, vor München und Nürnberg. Neben dem traditionellen Schwerpunkt des Volkshochschulangebotes, den Sprachkursen, werden in Hannover von der Volkshochschule insbesondere auch Kurse zur beruflichen Bildung und zum Erreichen von Schulabschlüssen und auch anderen Zertifikaten angeboten.

Abbildung 19

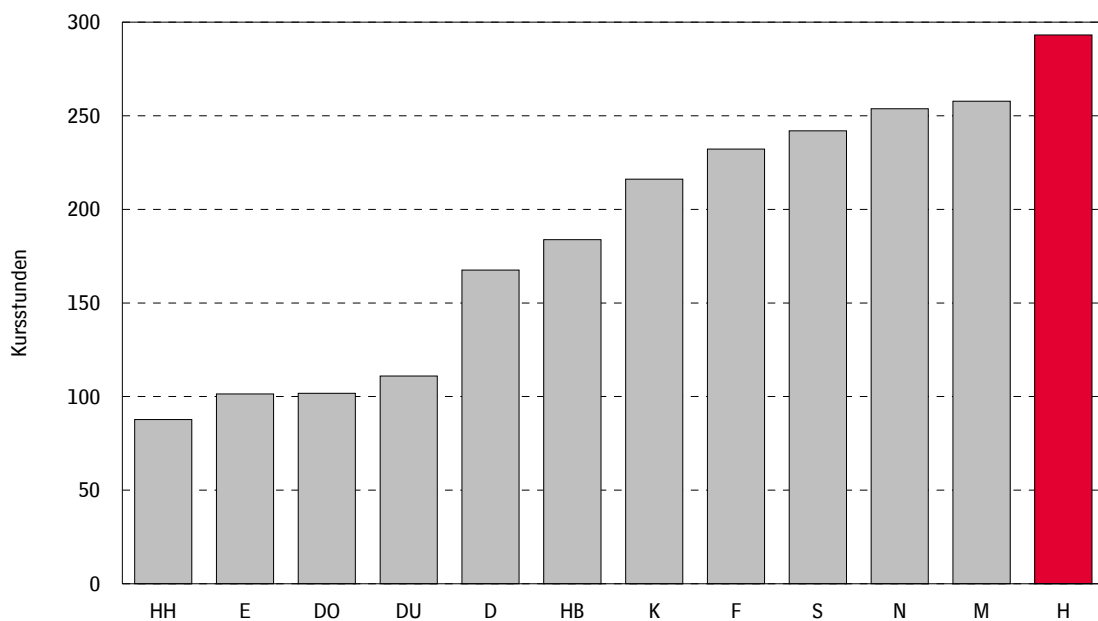
Anteil nichtdeutscher Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss bzw. mit Fachhochschul-/Hochschulreife in westdeutschen Großstädten 2000/2001



Quelle: Statistische Landesämter

Abbildung 20

Kursstunden an Volkshochschulen je 1000 Einwohner in westdeutschen Großstädten im Jahr 2001



Quelle: Deutsches Institut für Erwachsenenbildung (DIE)

2.8 Kultur und Freizeit

Bild von der „Provinz“ Hannover trifft nicht zu

Das weit verbreitete Vorurteil von der „Provinz“ Hannover findet sich nicht zuletzt auch im Hinblick auf das kulturelle Leben. Dabei lassen sich keine Fakten als Beleg für eine solche Aussage finden. Auch wenn gerade für das kulturelle Leben einer Stadt nur wenige Datengrundlagen, die sich auch für einen Vergleich eignen, zu finden sind, so können daraus dennoch auch Aussagen zum kulturellen Leben in einer Stadt abgeleitet werden.

Große Zahl von Angeboten und hohe Besucherzahlen in öffentlichen Theatern

Eindeutige Belege für die Bedeutung des kulturellen Lebens in Hannover finden sich zum Beispiel im Bereich der Theaterlandschaft. Sowohl bei den Angeboten als auch der Nutzung dieser Angebote liegt Hannover im Bereich der öffentlichen Theater unter den Großstädten auf einem vorderen Rang, übertroffen nur von München und teilweise von Stuttgart und Düsseldorf (unter Berücksichtigung der jeweiligen Einwohnerzahlen). So wurden in der Saison 2000/2001 von Staatstheater und Landesbühne in Hannover rund 1.000 Veranstaltungen angeboten, die von 475.000 Menschen besucht wurden. Allerdings gilt diese gute Position nur für die öffentlichen Theater, bei registrierten privaten Theatern haben fast alle anderen Großstädte ein größeres Angebot als Hannover vorzuweisen, auch wenn die Musicaltheater nicht berücksichtigt werden.

Hohe Anerkennung für Schauspiel und Oper Hannover

Sowohl das Staatsschauspiel als auch die Staatsoper haben für die vergangene Saison 2001/2002 von den Kritikern hohes Lob erfahren. Bei der alljährlichen Kritikerumfrage der Zeitschrift „Theater heute“ zum besten deutschsprachigen Theater belegte das niedersächsische Staatsschauspiel wie im Vorjahr Rang drei, gemeinsam mit dem Schauspielhaus Bochum und dem Deutschen Theater Berlin. Die ersten beiden Plätze belegten das Schauspielhaus Zürich und die Berliner Volksbühne. Den gleichen Rang belegte die Staatsoper bei der Umfrage der „Opernwelt“ unter Opernkritikern, hinter der Stuttgarter Oper und den Salzburger Festspielen.

Eher durchschnittliche Ausstattung mit Museen

Bei den Museen liegt Hannover dagegen eher im Mittelfeld der Großstädte. Frankfurt, Stuttgart und Nürnberg haben – in Relation zu ihrer Einwohnerzahl – mehr Museen, Bremen und München etwa gleich viel, wobei eine qualitative Bewertung hiermit natürlich nicht verbunden ist. Bei den Besucherzahlen steht Hannover etwas ungünstiger da. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, dass gerade in den Jahren vor der EXPO 2000 in den Museen in großem Umfang Umbaumaßnahmen mit den entsprechenden Schließungen stattgefunden haben (Zahlen für 2001 lagen noch nicht vor).

Sehr gute Bibliotheksversorgung

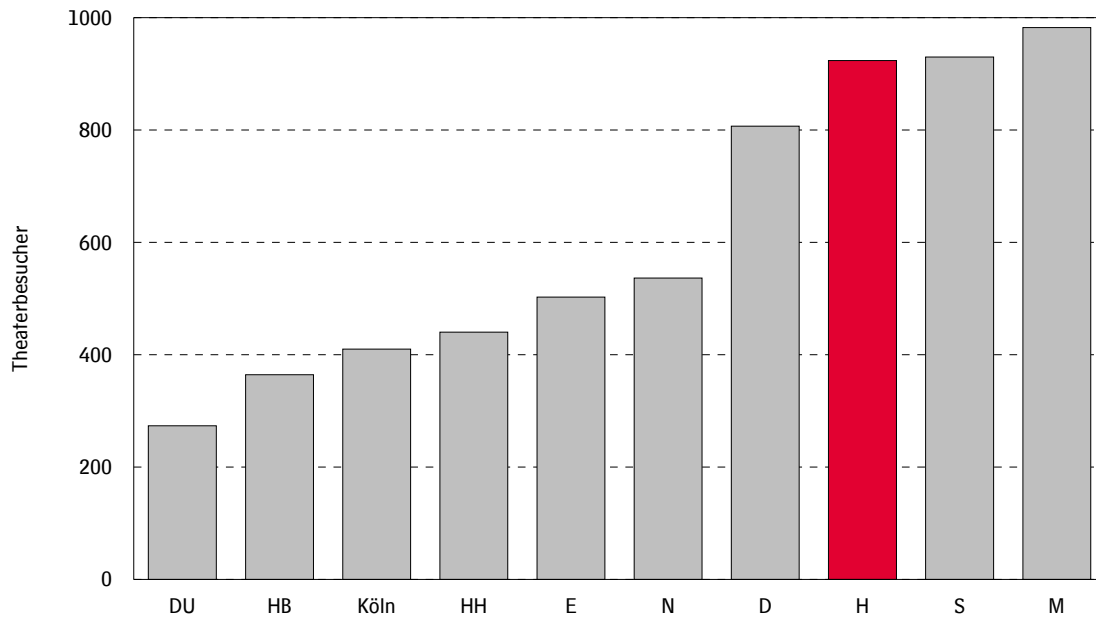
Eine sehr gute Versorgung bietet Hannover auch im Bereich der öffentlichen Bibliotheken. In der Standortdichte, den Öffnungszeiten der Einrichtungen, der Zahl der Veranstaltungen, dem Medienbesatz und der Nutzung wird Hannover wenn überhaupt, dann nur von München übertroffen. Entsprechend ist auch der Anteil derjenigen Einwohner, die die Bibliothek auch nutzen, in Hannover sehr hoch.

Kino-Situation hat sich stabilisiert

Nach einem Rückgang im EXPO-Jahr ist in Hannover die Zahl der Kinobesuche in 2001 wieder deutlich angestiegen. Damit konnte Hannover bei den Besucherzahlen wieder in das Mittelfeld der Großstädte vorrücken, bei der Zahl der Sitzplätze (jeweils bezogen auf die Bevölkerungszahl) liegt Hannover hinter Stuttgart und Frankfurt. Damit ist auch die Platznutzung wieder gestiegen, mit 227 Tagen/Jahr liegt sie aber immer noch unter dem Durchschnitt der Großstädte (240 Tage/Jahr).

Abbildung 21

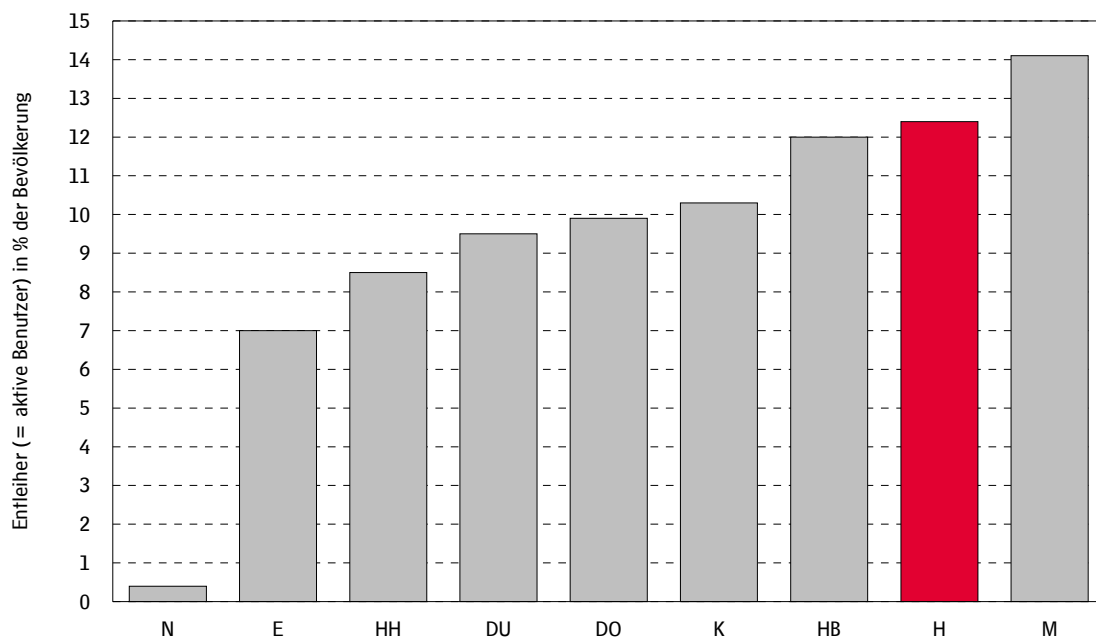
**Theaterbesucher je 1.000 Einwohner
in westdeutschen Großstädten in der Spielzeit 2000/2001**



Quelle: Deutscher Bühnenverein

Abbildung 22

Bibliotheksbenuzter in westdeutschen Großstädten im Jahr 2001



Quelle: Ehemaliges deutsches Bibliotheksinstitut

2.9 Verkehr

Intensive Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs

Die Landeshauptstadt Hannover nimmt bezogen auf Leistungsfähigkeit und Angebot des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) auch weiterhin unter den deutschen Großstädten einen der vorderen Ränge ein. Bei den Personenkilometern pro Einwohner (ohne S-Bahn-Verkehre) im Einflussgebiet liegt Hannover mit 1.114 Personenkilometern pro Einwohner im Einflussgebiet vor allen anderen zum Vergleich herangezogenen Städten auf dem ersten Rang (Daten von München wurden nicht gemeldet). Personenkilometer sind das Produkt aus beförderten Personen und der zurückgelegten Entfernung in Kilometern.

Gutes Angebot im öffentlichen Personennahverkehr in Hannover

Umfangreiche Investitionen in den Ausbau und die Modernisierung des öffentlichen Personennahverkehrs finden sich u.a. in den angebotenen Platzkilometern wieder. Diese stellen die Kapazität des Verkehrsträgers dar, und sind das Ergebnis der insgesamt zurückgelegten Kilometer aller Fahrzeuge des Verkehrsträgers multipliziert mit der Gesamtzahl der angebotenen Sitz- und Stehplätze. Im Jahr 2000 wurden in Hannover mit 8.117 Platzkilometern pro Einwohner im Einflussgebiet mehr Platzkilometer angeboten als in fast allen anderen deutschen Großstädten, lediglich München zeichnet sich durch mehr Platzkilometer pro Einwohner aus. Ein Teil dieses Angebotes war allerdings EXPO-bedingt, es wurde ein größeres Angebot vorgehalten. Das ist auch der Grund dafür, dass das Verhältnis von Personen- zu Platzkilometern in Hannover im Jahr 2000 ungünstiger war als in fast allen anderen Städten. Im Jahr vor der EXPO lag diese Verhältnis nur knapp unter dem Durchschnitt der anderen Großstädte.

Verkehrsmittelwahl der Bevölkerung (modal split)

Maßgebend für die verkehrliche Wirkung von ÖPNV-Angeboten ist jedoch die Frage der Konkurrenzfähigkeit zu den übrigen Verkehrsarten, vor allem zum motorisierten Individualverkehr (MIV). Entsprechend der letzten Erhebung zur Verkehrsmittelwahl der Bevölkerung (modal split) ist auch in Hannover der Pkw das am häufigsten genutzte Verkehrsmittel (42 % als Fahrer und Mitfahrer), obwohl sowohl der öffentliche Personennahverkehr (23 %) als auch das Fahrrad (13 %) häufiger genutzt werden als in den meisten anderen Städten. So wird Hannover bei der ÖPNV-Nutzung nur von München, bei der Fahrrad-Nutzung nur von Bremen übertroffen (allerdings lagen nur Angaben für sechs Großstädte vor).

Bundesweite Erhebung zum Verkehrsverhalten (KONTIV) mit Ergebnissen in 2003

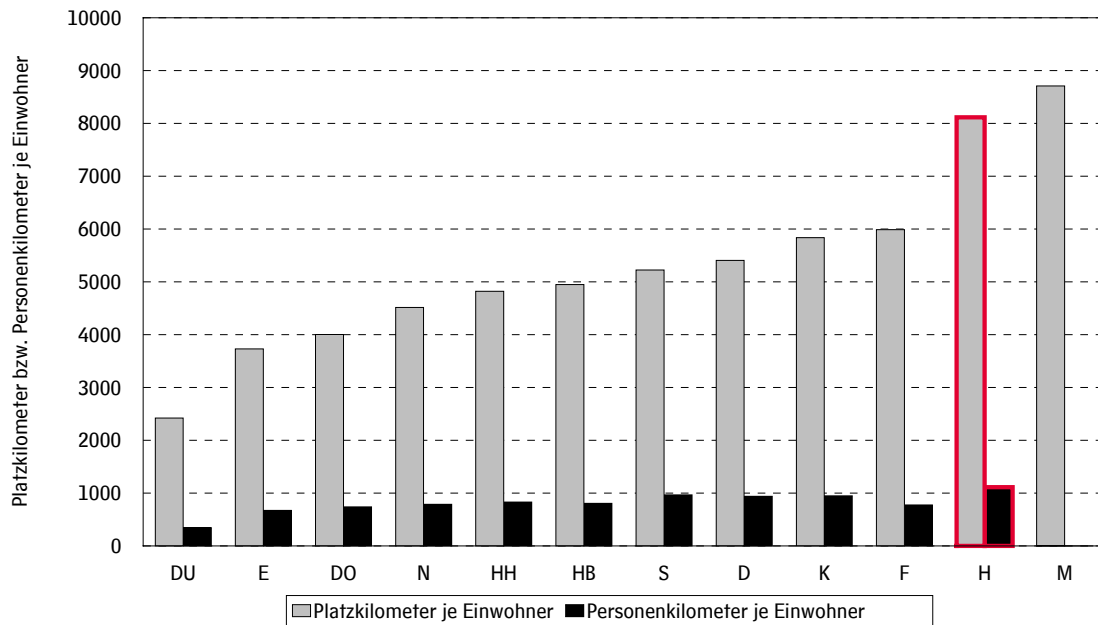
Die letzten Erhebungen zur Verkehrsmittelwahl der Bevölkerung von Socialdata liegen allerdings für Hannover bereits fünf Jahre zurück. Um die Verkehrsnachfrage der unterschiedlichen Verkehrssysteme detailliert analysieren und die Entwicklungen in Stadt und Region mit anderen Ballungsräumen in Deutschland vergleichen zu können, hat die Stadt Hannover zusammen mit der Region Hannover und anderen Beteiligten bei der laufenden bundesweiten Erhebung zum Verkehrsverhalten (KONTIV) eine Aufstockung der Fallzahlen für ihr Gebiet veranlasst. Die Ergebnisse werden 2003 vorliegen.

Zusätzlicher Motorisierungs- bedarf der Einwohner städtischer Gebiete ist gering

Die Motorisierung in Deutschland wird weiter zunehmen; allerdings gehen die jährlichen Steigerungsraten zurück. Seit 1958 hat sich der Grad der Motorisierung der Deutschen mehr als verzehnfacht. Die jährliche Fahrleistung eines Fahrzeuges ist allerdings stetig zurückgegangen. Auch in den kommenden 20 Jahren wird von Fachleuten noch keine Sättigung des Pkw-Marktes prognostiziert. Die zukünftige Motorisierung wird im wesentlichen bestimmt durch die Bevölkerungsentwicklung und die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Auch die

Abbildung 23

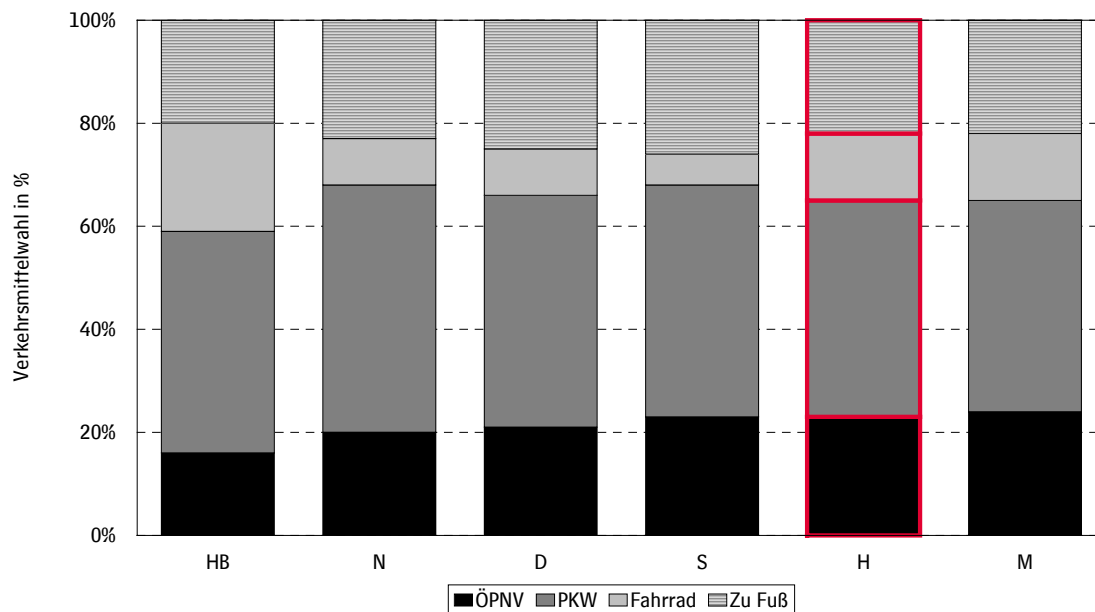
Angebote Platzkilometer je Einwohner und Personenkilometer je Einwohner in westdeutschen Großstädten im Jahr 2000



Quelle: Verband Deutscher Verkehrsunternehmen

Abbildung 24

Verkehrsmittelwahl in westdeutschen Großstädten 1997



Quelle: Socialdata

Pkw-Dichte insgesamt wird sich in Deutschland kontinuierlich erhöhen. Die Pkw-Dichte gibt den Motorisierungsgrad der Bevölkerung an und wird als die Anzahl Pkw pro 1000 Erwachsene (18 Jahre und älter) definiert, also der Teil der Bevölkerung, der in der Regel berechtigt ist, einen Pkw zu fahren. Die prognostizierte Steigerung der PKW-Dichte städtischer Gebiete ist allerdings nur noch gering und bleibt weit hinter den Flächenländern zurück, wo insgesamt bis zum Jahr 2020 mit einer Zunahme der Pkw-Dichte um weitere 9 bis 15 % gerechnet wird (Shell, Pkw-Szenarien).

Niedrigste Pkw-Dichte

Bezieht man die Anzahl Pkw auf 1.000 Einwohner insgesamt, so ergibt sich für Hannover mit 417 Pkw pro 1.000 Einwohner der niedrigste Wert für alle Großstädte. Zum Vergleich seien hier München mit 556 Pkw, Düsseldorf mit 528 Pkw und Stuttgart mit 526 Pkw pro 1.000 Einwohner genannt.

Hohe innerörtliche Unfallhäufigkeit in Hannover

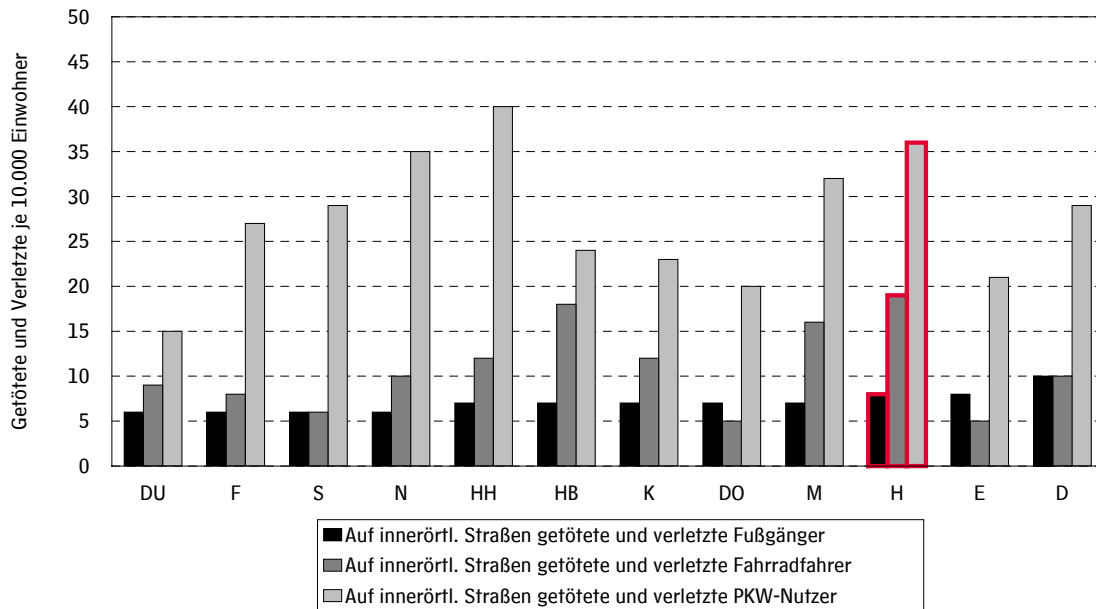
In Hannover wurden 2001 insgesamt 3.900 Unfälle mit 20 getöteten und knapp 4.200 verletzten Verkehrsteilnehmern erfasst. Bei den Innerorts-Straßenverkehrsunfällen hat Hannover den höchsten Wert vor allen anderen Vergleichsstädten. Dabei werden in Hannover 36 Benutzer von Pkw pro 10.000 Einwohner getötet oder verletzt (insgesamt 2 Getötete und 1.850 Verletzte). Damit liegt Hannover zwar hinter Hamburg mit 40 Benutzern von Pkw pro 10.000 Einwohner, die getötet oder verletzt werden, aber vor allen anderen Großstädten im Vergleich. Das gleiche gilt für Fußgänger. Hier liegt Hannover mit 8 Fußgängern pro 10.000 Einwohner (insgesamt 10 Getötete und knapp 400 Verletzte) im Vergleich zwar hinter Düsseldorf mit 10 an zweiter Stelle, aber vor allen anderen. Bei den Radfahrern liegt Hannover mit 19 verletzten oder getöteten Radfahrern pro 10.000 Einwohner (insgesamt 2 Getötete und 930 Verletzte) vor allen anderen. Bremen folgt mit 18 verletzten oder getöteten Radfahrern pro 10.000 Einwohnern. In Essen werden die wenigsten Radfahrer pro 10.000 Einwohner verletzt oder getötet, nämlich lediglich 5. Dass in Hannover ebenso wie auch in Bremen viel und gerne Fahrrad gefahren wird, scheint im Hinblick auf die ebenfalls hohen Zahlen bei verletzten bzw. getöteten Fußgängern pro 10.000 Einwohnern in Hannover keine hinreichende Erklärung zu sein.

Unfallrisiko bei Senioren hoch

Analysiert man die Unfallbeteiligten der Innerorts-Straßenverkehrsunfälle nach Altersgruppen und bezieht diese Zahl auf die jeweils tatsächliche Einwohnerzahl dieser Altersgruppe, so stellt sich folgendes dar: Bei den Kindern unter 15 Jahren liegt Hannover mit 37 Verletzten und Getöteten pro 10.000 Einwohner (kein getötetes und knapp 280 verletzte Kinder) in dieser Altersgruppe hinter Hamburg (44), Essen (40), Düsseldorf (39) und Köln (38). Bei den Senioren über 65 Jahren liegt Hannover mit 30 Verletzten und Getöteten pro 10.000 Einwohner (insgesamt 8 Getötete und 310 Verletzte) in dieser Altersgruppe lediglich hinter München mit 35 Verletzten und Getöteten pro 10.000 Einwohnern in dieser Altersgruppe (die Angaben für Bremen konnten nicht umgerechnet werden, da keine Angaben zu den Altersgruppen vorlagen).

Abbildung 25

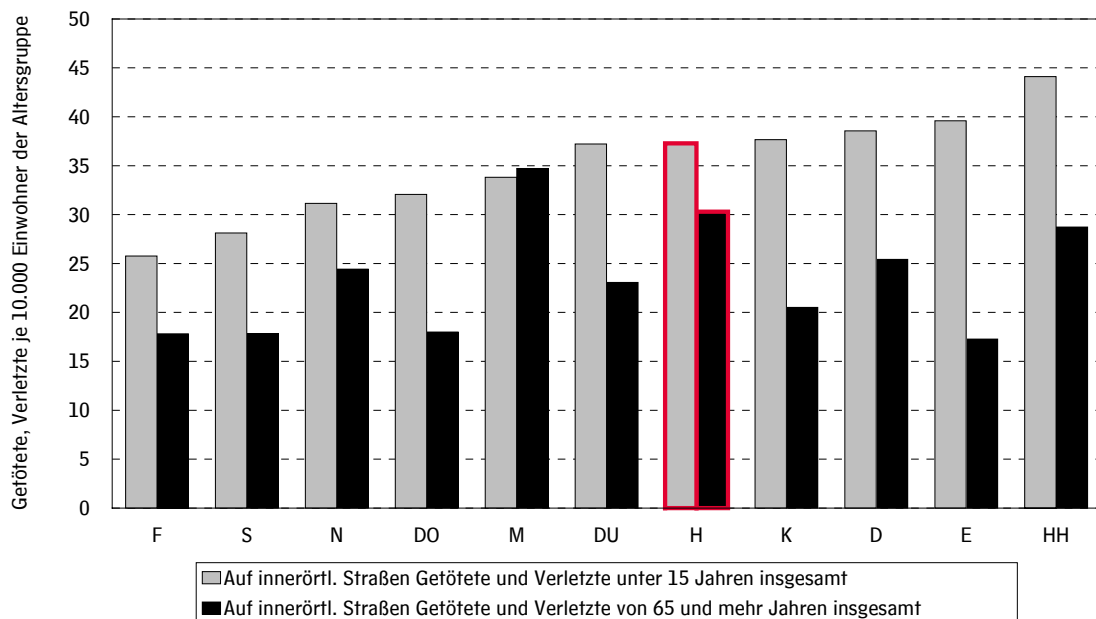
Als PKW-Nutzer, Fahrradfahrer und Fußgänger auf innerörtl. Straßen Getötete und Verletzte je 10.000 Einwohner in westdeutschen Großstädten im Jahr 2001



Quelle: Statistische Landesämter

Abbildung 26

Auf innerörtl. Straßen getötete und verletzte Kinder bzw. Senioren in westdeutschen Großstädten im Jahr 2001



Quelle: Statistische Landesämter

2.10 Fremdenverkehr

Entwicklung des Fremdenverkehrs geprägt durch EXPO 2000

Die Entwicklung des Fremdenverkehrs in Hannover wurde in den letzten Jahren am deutlichsten geprägt durch die EXPO 2000. Zu den Maßnahmen zum weiteren Ausbau Hannovers als Standort für Messen, Kongresse, Veranstaltungen und Städtetourismus (u.a. Aufwertung des Messegeländes, Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, Preussag Arena) gehörte auch eine deutliche Erhöhung der Übernachtungskapazitäten.

Stärkster Ausbau der Übernachtungskapazitäten aller Großstädte seit 1999

Lag die Bettenkapazität in der Stadt Hannover seit Mitte der 90er-Jahre bei etwa 8.700, stieg sie von 1999 auf 2000 um 31 % bzw. 2.707 auf 11.443 Betten. Von 2000 bis 2001 reduzierte sich die Zahl der Betten wieder um 521 Betten bzw. 4,6 %. Die Betrachtung der Entwicklung der Übernachtungskapazität in Hannover seit 1995 zeigt, dass Hannover mit einem Zuwachs von 24 % nur noch von Duisburg und Frankfurt übertroffen wurde. Gegenüber 1999 verzeichnete Hannover mit 25 % sogar den größten Zuwachs aller Vergleichsstädte vor Köln und Essen.

Kontinuierlicher Zuwachs der Gästezahlen durch gewachsene Attraktivität und Bekanntheit Hannovers

Die Zahl der Gäste in Hotels u.ä. erhöhte sich seit 1995 kontinuierlich von ca. 590.000 im Jahr 1995 auf ca. 640.100 im Jahr 1999. EXPO-bedingt erreichte die Zahl der Gäste 2000 ihren Höhepunkt mit ca. 1.193.700 Gästen und sank im Folgejahr auf ca. 687.600. Die Entwicklung seit 1999 zeigt, dass Hannover deutlich an Attraktivität und Bekanntheit gewonnen hat: Trotz eines generellen Rückgangs bei Geschäftsreisen und sparsameren Verbrauchern erhöhte sich die Gästezahl in Hannover seit 1999 um 47.500 bzw. 7,4 %, nur Essen und Bremen verzeichneten höhere Zuwächse.

Zweitgrößter Zuwachs aller Großstädte bei Übernachtungen seit 1999

Die Verbesserung der Situation im Fremdenverkehr durch die EXPO 2000 spiegelt sich auch in der Zahl der Übernachtungen wieder: Während von 1996 bis 1999 jährlich zwischen 1.112.000 und 1.114.000 Übernachtungen verzeichnet werden konnten, stieg die Zahl nach der EXPO auf 1.248.400 an. Dies bedeutet gegenüber 1999 einen Zuwachs um 118.700 bzw. 11 %. Mit diesem Zuwachs liegt Hannover einzig hinter Essen. Im EXPO-Jahr lag die Zahl der Übernachtungen bei 2.031.000. Die Zahl der Übernachtungen je Gast lag im Zeitraum 1995 bis 1999 zwischen 1,73 und 1,76, im EXPO-Jahr sank sie auf 1,70, danach stieg sie aber deutlich an auf 1,82 Übernachtungen je Gast.

Problem Bettenauslastung

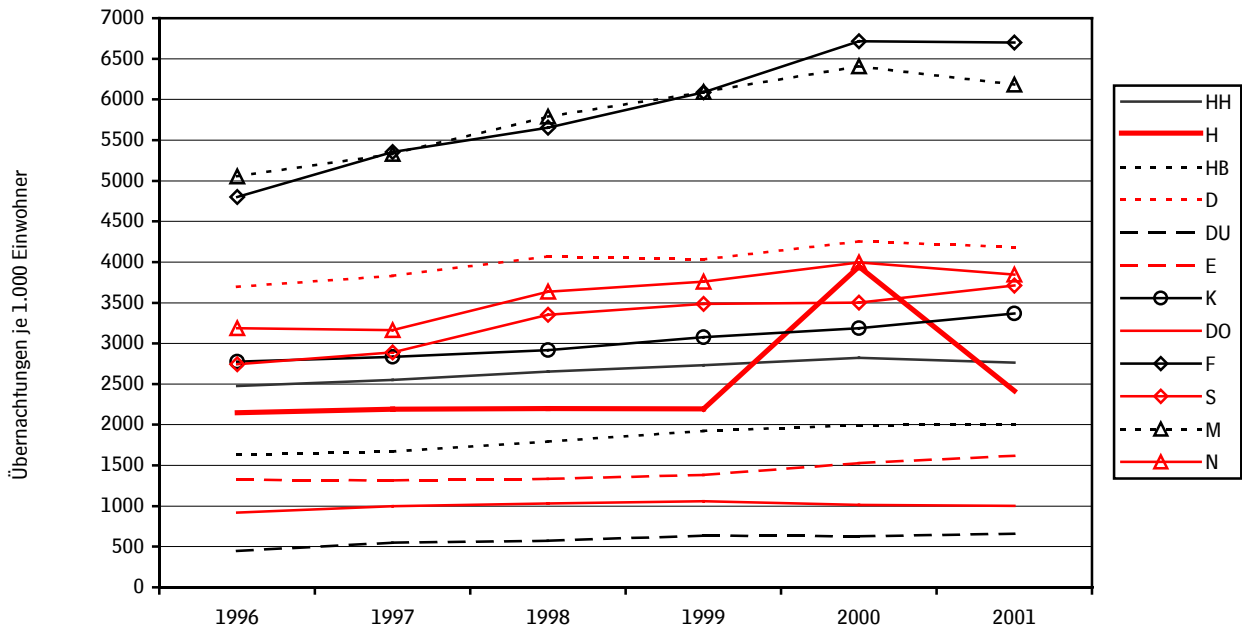
Die Bettenauslastung in Hannover erhöhte sich seit 1995 kontinuierlich von 34 % auf 38 % im Jahr 1999. Im EXPO-Jahr stieg sie auf 51 %, damit lag Hannover 2000 nur hinter München und Frankfurt. Im Jahr 2001 sank die Bettenauslastung auf 33 %, dies ist die schlechteste Quote seit 1995, erklärt sich aber aus dem erfolgten massivem Ausbau der Bettenkapazitäten im Vorfeld der EXPO.

Maßnahmen zum Standort- und Stadtmarketing weiter ausbauen

Gerade vor dem Hintergrund der veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die sich auch deutlich durch Einsparmaßnahmen im Messe-, Seminar- und Tagungsgeschäft bemerkbar machen, hat Hannover seit 1999 eine insgesamt positive Entwicklung aufzuweisen, die vor allem auf die deutliche Verbesserung der Infrastruktur, eine Attraktivitätssteigerung, aber auch auf ein verstärktes Tourismus-Marketing (u.a. HMG), einer Verbesserung der Buchungsmöglichkeiten (u.a. Pauschal-Angebote) sowie ein attraktives Veranstaltungs- und Kulturangebot gründen. Dennoch müssen die Maßnahmen zum Standort- und Stadtmarketing weiter ausgebaut werden, um die Auslastungsquote wieder zu erhöhen.

Abbildung 27

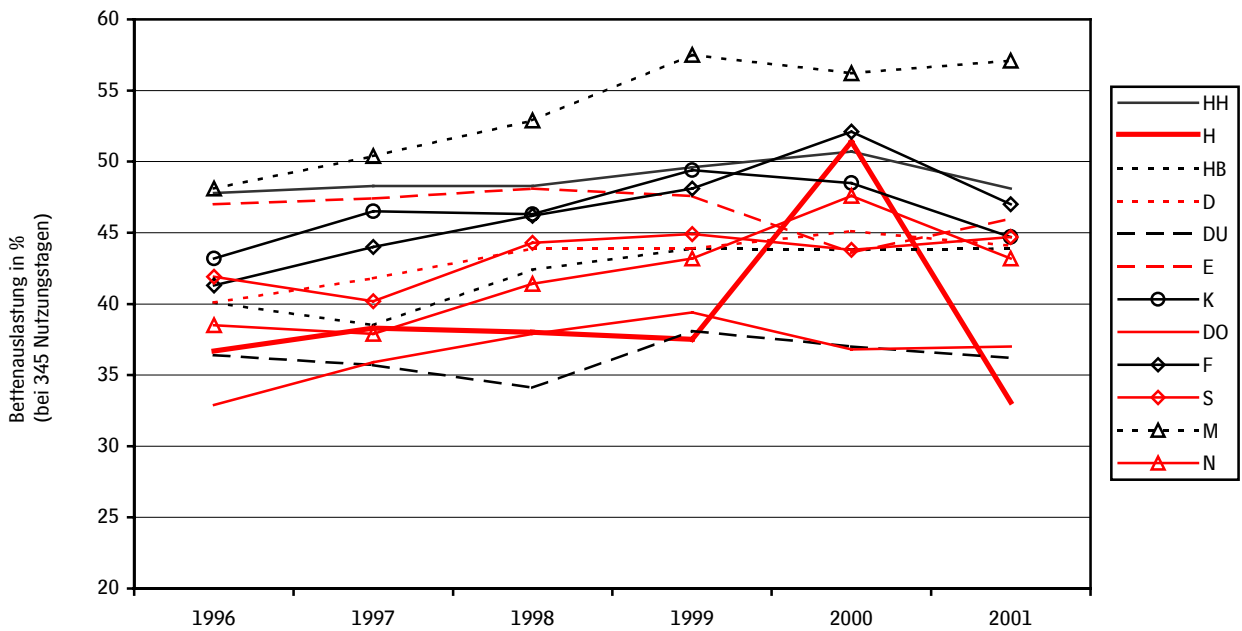
Übernachtungen je 1.000 Einwohner in westdeutschen Großstädten 1996 bis 2001



Quelle: Statistische Landesämter

Abbildung 28

Bettenauslastung in Übernachtungseinrichtungen in westdeutschen Großstädten 1996 bis 2001



Quelle: Statistische Landesämter

2.11 Öffentliche Sicherheit/Kriminalität

Zahl der Straftaten in Hannover fast unverändert

Die Zahl der gemeldeten Straftaten betrug im Jahre 2001 in Hannover 72.760. Sie lag damit um 1,4 % unter dem Wert des Jahres 2000 und hat sich damit kaum verändert. Im Vergleich der Großstädte ist die aktuelle Trendentwicklung unterschiedlich. Während einige Städte wie Essen und Stuttgart ebenfalls leichte Rückgänge bei der Zahl der Straftaten verzeichneten, blieb sie in anderen Städten nahezu konstant oder stieg geringfügig an. Ausnahmen bilden Hamburg, wo ein spürbarer Anstieg der Straftaten um 12,1 % registriert wurde, der allerdings auf einen umfangreichen Ermittlungskomplex im Deliktsbereich Anlage- und Beteiligungsbruch zurückzuführen ist, sowie Frankfurt, wo insbesondere in den letzten Jahren ein deutlicher Rückgang der Zahl der Straftaten zu verzeichnen war. Hier haben offenbar eine Reihe von Programmen zur gezielten Kriminalitätsbekämpfung Wirkung gezeigt, zum Beispiel die Intensivierung der Verfolgung von Intensivstraftätern.

Unterschiedliche Entwicklung bei den Tatverdächtigen

Die Zahl der Tatverdächtigen hat sich in den letzten Jahren in einigen Städten nur wenig verändert, in Frankfurt war sie rückläufig, in Essen, Hamburg, München und Nürnberg ist sie gestiegen. In Hannover erhöhte sich die Zahl der Tatverdächtigen im Jahr 2000 gegenüber dem Vorjahr um deutliche 17,6 % auf 28.993 Tatverdächtige. (Infolge eines deutlich erhöhten Kontrolldrucks im Zusammenhang mit der Weltausstellung EXPO 2000 waren die deutlichsten Zuwächse an Tatverdächtigen in den Deliktsbereichen Erschleichen von Leistungen und Rauschgiftdelikte zu verzeichnen). Im Jahr 2001 verringerte sich die Zahl ermittelter Tatverdächtiger um 2,5 % auf 28.271 Tatverdächtige.

Einfache Diebstahlskriminalität rückläufig

Seit einigen Jahren ist die einfache Diebstahlskriminalität (Diebstahl ohne erschwerende Umstände) in Hannover insgesamt rückläufig. Sie sank seit 1997 um 15 %. Nach einer Zunahme im Jahr 2000 ist sie im Jahre 2001 gegenüber dem Vorjahr wieder um 6 % zurückgegangen. Im Vergleich mit den anderen Städten wiesen Frankfurt, Düsseldorf, Hamburg und Köln eine größere Deliktshäufigkeit als Hannover auf. Die niedrigsten Werte liegen für Duisburg und Stuttgart vor.

Raubkriminalität wieder gesunken

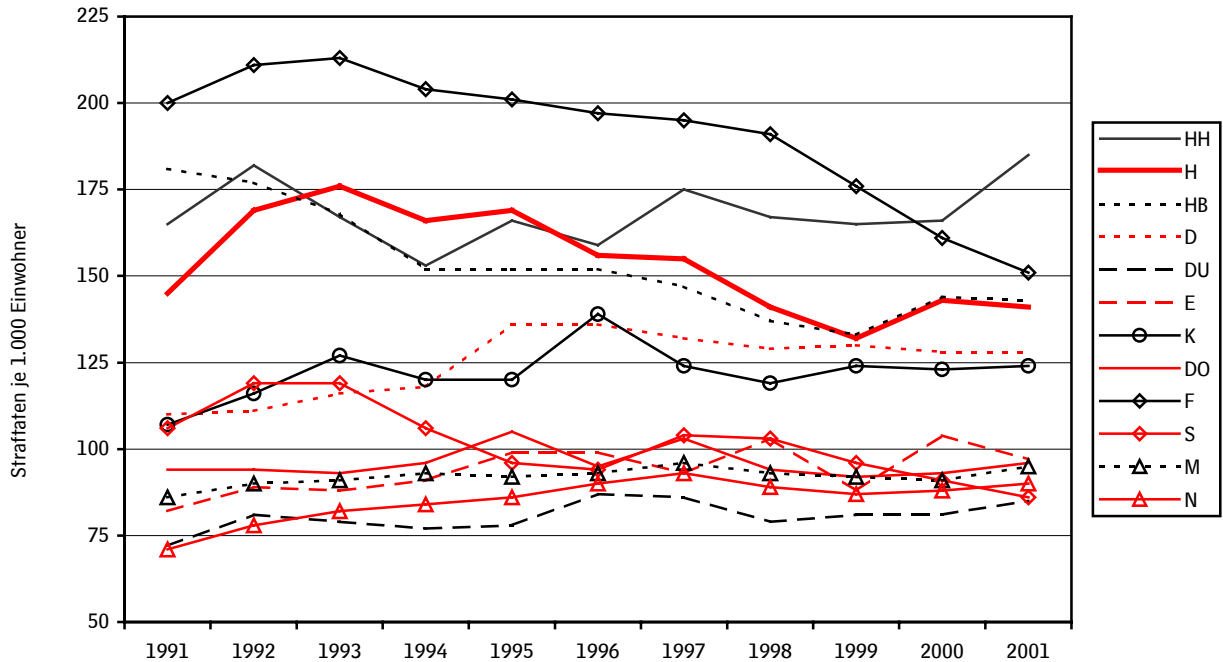
Die Gewaltkriminalität ist deshalb von besonderer Bedeutung, da sie in erheblichem Maße auch das subjektive Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung mit prägt. Raubdelikte (Überfälle auf Straßen, Wegen, Plätzen) sind in Hannover nach einem Anstieg im Jahre 2000 in 2001 wieder gesunken (10 %). Höhere Deliktzahlen weisen die Städte Hamburg und Bremen auf; in anderen Städten sind sie zum Teil deutlich niedriger, vor allem in München, Nürnberg, Stuttgart und Duisburg.

Die Zahl der Körperverletzungen weiterhin auf hohem Niveau

Nach einem beinahe kontinuierlichen Anstieg der Zahl der Körperverletzungen in Hannover in den vergangenen Jahren ist sie auf hohem Niveau praktisch konstant geblieben (plus 1 % gegenüber dem Jahre 2000). Dennoch erreicht sie mit 780 Fällen pro 100.000 Einwohner den höchsten Wert seit über zehn Jahren. Ähnliche Entwicklungen zeigen sich auch in den meisten anderen Großstädten mit Ausnahme der Stadt Frankfurt; hier sind die Deliktzahlen gegenüber dem Vorjahr leicht zurückgegangen. Nach den Städten Nürnberg und Hamburg weist Hannover die drittgrößte Belastung mit Fällen von Körperverletzung im Großstadtvergleich auf. Die Daten zeigen wie wichtig es weiterhin ist, beharrlich gemeinsame Maßnahmen gegen die Gewaltkriminalität zu ergreifen und zu stärken. Dabei ist zu berücksichtigen, dass präventive Maßnahmen auch zu einer Aufhellung des Dunkelfeldes und damit zu einem Anstieg polizeilich bekannt werdender Taten beitragen können.

Abbildung 29

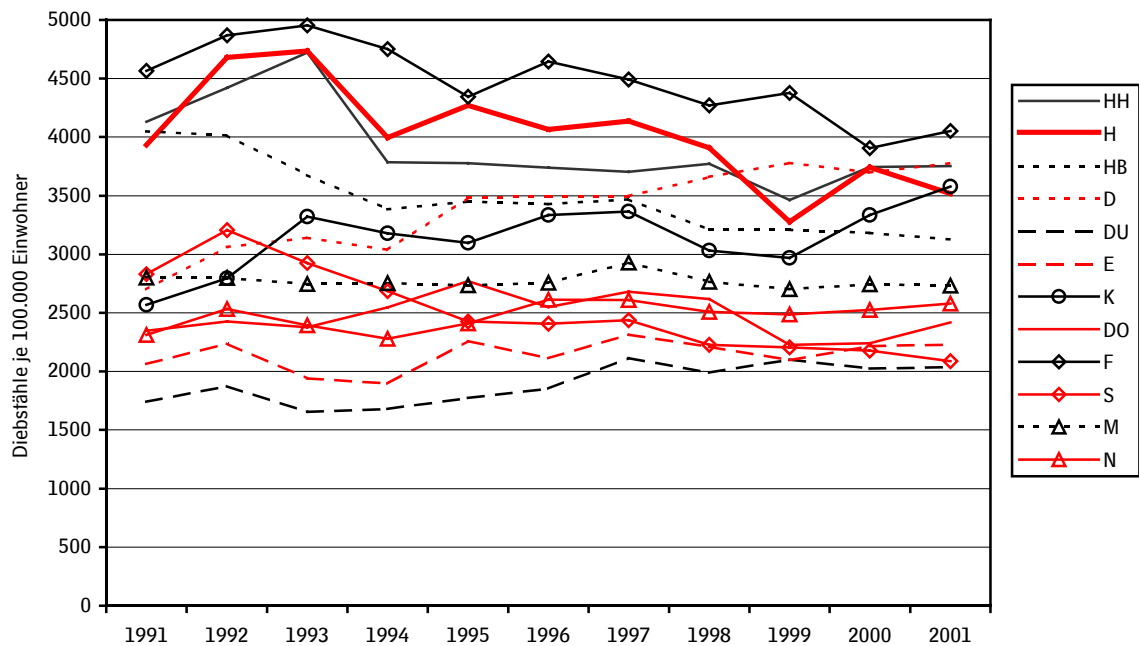
Straftaten je 1.000 Einwohner in westdeutschen Großstädten 1991 bis 2001



Quelle: Bundeskriminalamt

Abbildung 30

Einfache Diebstähle in westdeutschen Großstädten 1991 bis 2001



Quelle: Bundeskriminalamt

2.12 Finanzen

Den Städten brechen jetzt die Einnahmen weg

In den letzten Monaten häufen sich die Meldungen über katastrophale finanzielle Entwicklungen in den Städten. Während in früheren Jahren insbesondere steigende Ausgaben die Städte in Bedrängnis brachten, zum Beispiel der Anstieg der Sozialkosten oder auch die Verlagerung von Aufgaben und Ausgaben von Bund und Ländern auf die Kommunen, ist dieses Mal überwiegend von einem „Wegbrechen“ der Einnahmen die Rede. Selbst eine der einnahmestärksten deutschen Großstädte, München, sah sich zu einer deutlichen öffentlichen Reaktion genötigt.

Bisherige Entwicklung und auch die weiteren Perspektiven insbesondere bei der Gewerbesteuer sehr unbefriedigend

Im Jahr 2001 sind die Einnahmen der 12 Großstädte aus den wichtigsten Einnahmequellen (Grund- und Gewerbesteuer, Gemeindeanteil an der Einkommen- und an der Umsatzsteuer) von 22,6 auf 20,2 Mrd. DM gesunken, das ist ein Rückgang um gut 10 % innerhalb eines Jahres, bei den Gewerbesteuern sogar um rund 20 %. Für das laufende Jahr zeichnet sich eine Fortsetzung dieser Entwicklung ab, in den ersten drei Quartalen sind die Gewerbesteuereinnahmen bundesweit noch einmal um mehr als 10 % zurück gegangen. Die Perspektiven für 2003 lassen bisher keine Besserung erwarten.

Einnahmespielräume kommunaler Steuern in den Großstädten weitgehend ausgeschöpft

Diese Einnahmeeinbrüche treffen die Städte besonders hart. Es zeigt sich deutlich, dass in den kommunalen Steuern die Einnahmespielräume weitgehend erschöpft sind, zumindest in den Großstädten. Noch in der ersten Hälfte der 90er Jahre standen in den Großstädte den steigenden Ausgabenbelastungen - neben den entsprechenden Konsolidierungsprogrammen – noch wachsende Einnahmen aus der Einkommensteuer und insbesondere auch steigende Grundsteuereinnahmen durch kräftige Anhebungen der Hebesätze gegenüber. Mitte der 90er Jahre waren die Spielräume bei den Grundsteuer-Hebesätzen, wie vorher schon bei der Gewerbesteuer, weitgehend ausgeschöpft, gleichzeitig verlor die Einkommensteuer durch die verschiedenen Entlastungsschritte ihre Dynamik als Einnahmequelle.

Ungeahnte Dynamik in den Gewerbesteuereinnahmen zwischen 1995 und 2000 verdeckt strukturelle Schwächen

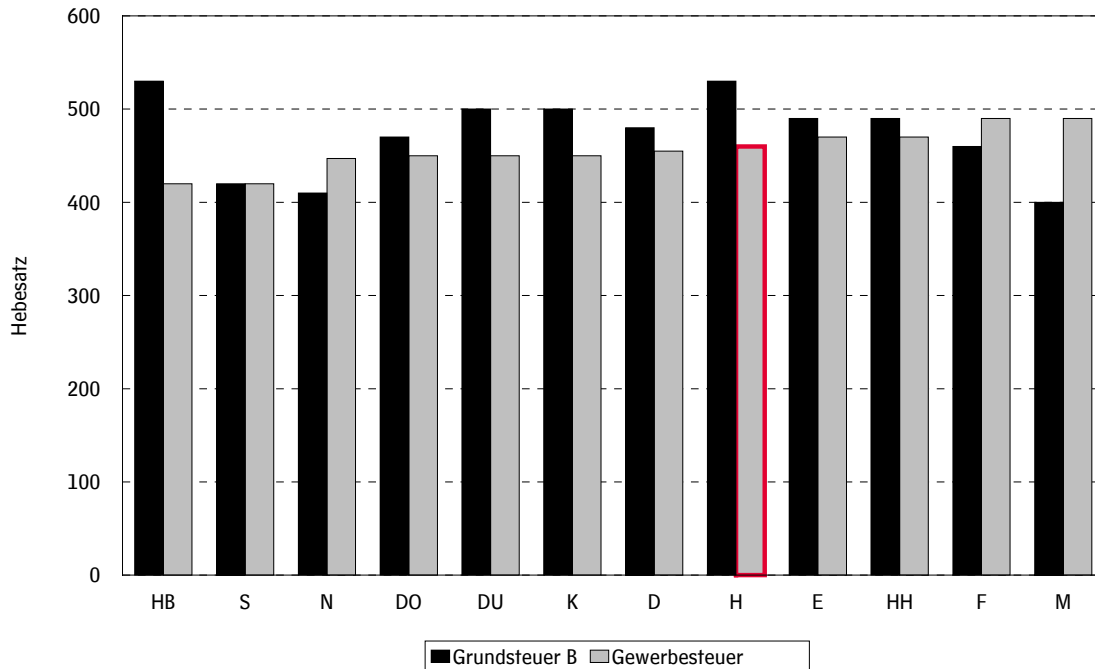
Zur gleichen Zeit konnte jedoch der Tiefpunkt bei der Entwicklung der Gewerbesteuer überwunden werden. Trotz der kommunalen Klagen über die mehr und mehr ausgehöhlt Gewerbesteuer erhielt diese durch die konjunkturelle Entwicklung und die Entwicklung des „Neuen Marktes“ eine nicht mehr erwartete Dynamik. So stiegen die Netto-Einnahmen der 12 Großstädte von insgesamt bis zu 9,5 Mrd. DM pro Jahr in der ersten Hälfte der 90er Jahre auf mehr als 12 Mrd. DM in den Jahren 1998 bis 2000 an (einschließlich der Einnahmen aus der Umsatzsteuer, die die Kommunen als Ersatz für den Wegfall der Gewerkekapitalsteuer erhielten). Diese Sonderentwicklung verdeckte die strukturellen Schwächen der derzeitigen Konstruktion der Gewerbesteuer, eine zusätzliche Aushöhlung erfolgte durch die immer mehr genutzte Möglichkeit, Gewinne und Verluste zwischen Mutter- und Tochterunternehmen zu verrechnen, was insbesondere wieder die Großstädte trifft. Zusammen mit der konjunkturellen Entwicklung haben diese strukturellen Schwächen zu den massiven Einnahmerückgängen geführt.

Abhängigkeit von der Gewerbesteuer gerade in den Großstädten weiter gewachsen

Statt über die immer wieder geforderte Gemeindefinanzreform den Kommunen die erforderliche Einnahmesicherheit zu verschaffen, führte diese Entwicklung in eine wachsende Abhängigkeit von der Gewerbesteuer, deren Unzulänglichkeiten in der jetzigen Ausgestaltung eine Zeitlang durch die konjunkturelle Entwicklung überdeckt wurde. Wie wenig verlässlich die Einnahmen aus dieser Steuer sind, hat die jüngste konjunkturelle Entwicklung und auch die gesetzgeberischen Maßnahmen

Abbildung 31

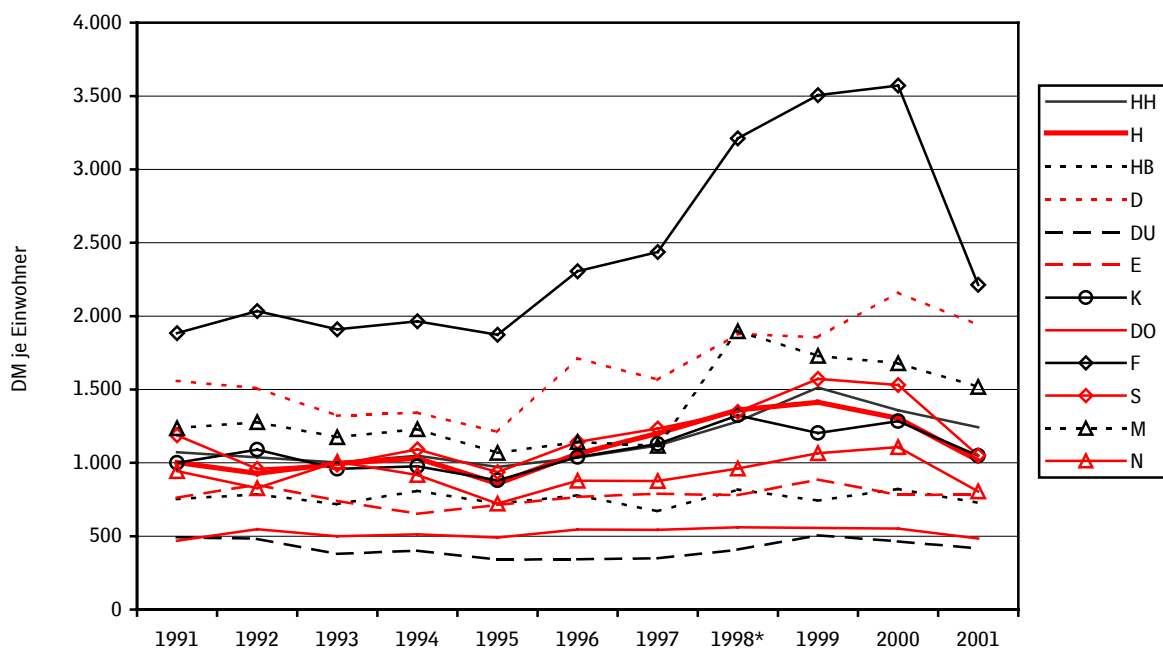
Hebesätze in westdeutschen Großstädten im Jahr 2001



Quelle: Statistische Landesämter

Abbildung 32

Einnahmen aus Gewerbesteuer (netto) je Einwohner in westdeutschen Großstädten 1991 bis 2001



* seit 1998 einschließlich Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer

Quelle: Statistisches Bundesamt

gezeigt, was zusammen mit der fehlenden Dynamik der anderen kommunalen Steuern in die derzeitige Situation geführt hat. Aufgrund ihrer Wirtschafts- und Bevölkerungsstrukturen sind die Großstädte von diesen Entwicklungen in besonderer Weise betroffen.

Hannover bei der Gewerbesteuer bisher überwiegend von Sonderentwicklungen betroffen

Hannover ist von dieser Entwicklung noch nicht so stark betroffen wie manche andere Großstadt. So sind in Frankfurt die Gewerbesteuereinnahmen im Jahr 2001 um 40 % zum Vorjahr gesunken, in Stuttgart um 35 %. In Hannover war ein Rückgang um 25 % zu verzeichnen, allerdings ist dabei eine größere Gewerbesteuer-Rückzahlung berücksichtigt. Ohne diesen Sondereffekt wäre der Rückgang noch relativ moderat ausgefallen. Da Hannover aufgrund einer ausgeprägten Schwäche bei der Einkommensteuer in besonderem Maße von der Gewerbesteuer abhängig ist, wäre die Stadt von einer solchen Entwicklung auch besonders betroffen.

Grundsteuereinnahmen in Hannover in den letzten Jahren ohne Dynamik

Auch die Einnahmen aus den Grundsteuern können in Hannover keine zusätzlichen Spielräume schaffen, in den letzten zwei Jahren hat es hier nur noch ein geringes Wachstum gegeben. Hannover hat zusammen mit Bremen bereits den höchsten Hebesatz auf die Grundsteuer B mit 530 % (Frankfurt hat seinen Hebesatz von 570 % in 1999 auf 460 % gesenkt). In dieser Ausgangslage verbietet sich eine weitere Anhebung der Hebesätze, zumal Hannover hier auch in Konkurrenz zu den Städten und Gemeinden im Umland steht, deren Hebesätze bisher unter 400 % liegen.

Einkommensteuerschwäche Hannovers setzt sich fort

Die Einnahmeschwäche Hannovers bei den Einkommensteuereinnahmen hat sich auch in letzter Zeit fortgesetzt. Neben Duisburg hat Hannover die niedrigsten Pro-Kopf-Einnahmen aller Großstädte aus der Einkommensteuer. Mit Einnahmen von 516 DM/Einwohner liegt Hannover bereits deutlich unter dem Durchschnitt aller Großstädte von 731 DM/Einwohner und auch unter den Pro-Kopf-Einnahmen im Umland mit 551 DM. Allein mit dem Erreichen des Durchschnitts der Großstädte würden in Hannover die jährlichen Einnahmen um mehr als 100 Mio. DM höher liegen. Diese Schwäche hat mehrere Ursachen. Von den Einwohnern der Stadt wird insgesamt ein relativ niedriges zu versteuerndes Einkommen erzielt, da in der Stadt relativ viele Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Studierende und ältere Menschen leben, andererseits wohnen viele der in der Stadt Beschäftigten im Umland und versteuern dort ihre Einkommen. Hinzu kommt, dass der Stadt regelmäßig Steuereinnahmen entzogen werden, weil die Höchstbeträge, bis zu denen die Steuerleistungen ihrer Einwohner den Städten auch zugerechnet werden, seit Jahrzehnten nur unzureichend an die tatsächliche Einkommensentwicklung angepasst werden.

Gemeindefinanzreform zur Sicherung der Erfüllung der städtischen Aufgaben unerlässlich

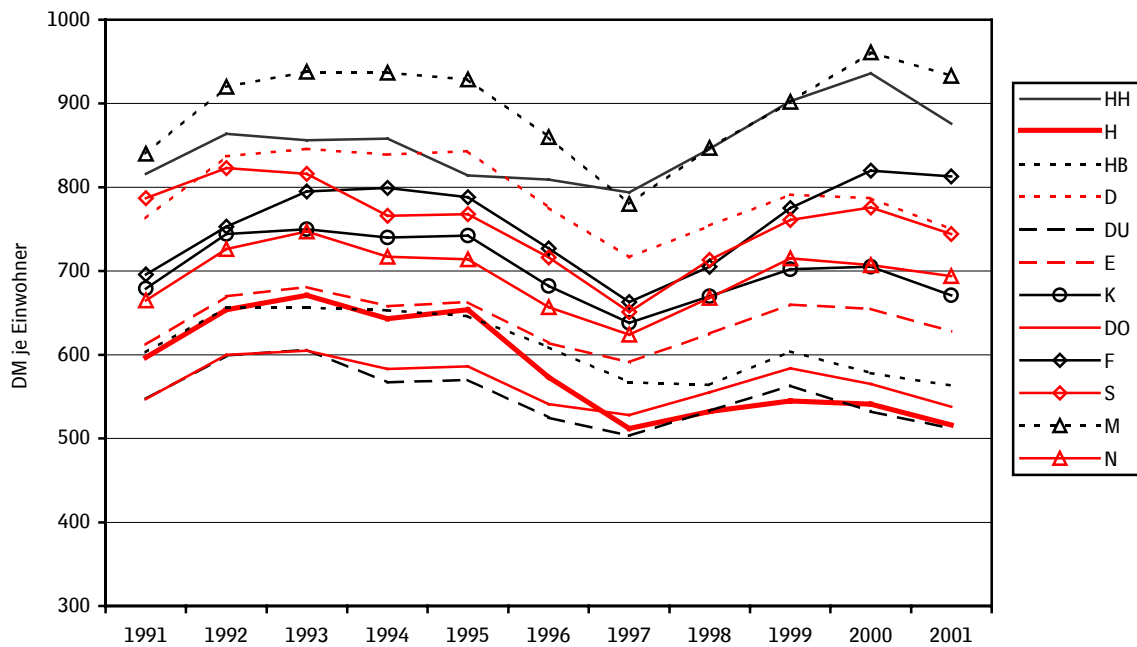
Vor diesem Hintergrund ist die fortgesetzte Aushöhlung der Gewerbesteuer nicht mehr zu verkraften, eine ausreichende und verlässliche Einnahmebasis zur Erfüllung der städtischen Aufgaben nicht mehr gegeben. Umso dringlicher ist gerade auch aus der Sicht Hannovers die Schaffung eines auskömmlichen und verlässlichen Gemeindefinanzsystems.

Im Gefolge der Einnahmerückgänge ist die Verschuldung wieder angestiegen

Die oben beschriebene Entwicklung der Einnahmen hat mit dazu beigetragen, dass die über eine Reihe von Jahren durchgehaltene Netto-Neuverschuldung Null in den letzten Jahren nicht mehr durchgehalten werden konnte. Die Pro-Kopf-Verschuldung stieg von 4.500 DM auf knapp 5.000 DM an (einschließlich der Schulden der Krankenhäuser und Eigenbetriebe). In anderen Städten ist die Entwicklung ähnlich verlaufen, so dass Hannover weiter auf Rang vier unter den Großstädten liegt (ohne die Stadtstaaten und ohne Angaben für München und Nürnberg).

Abbildung 33

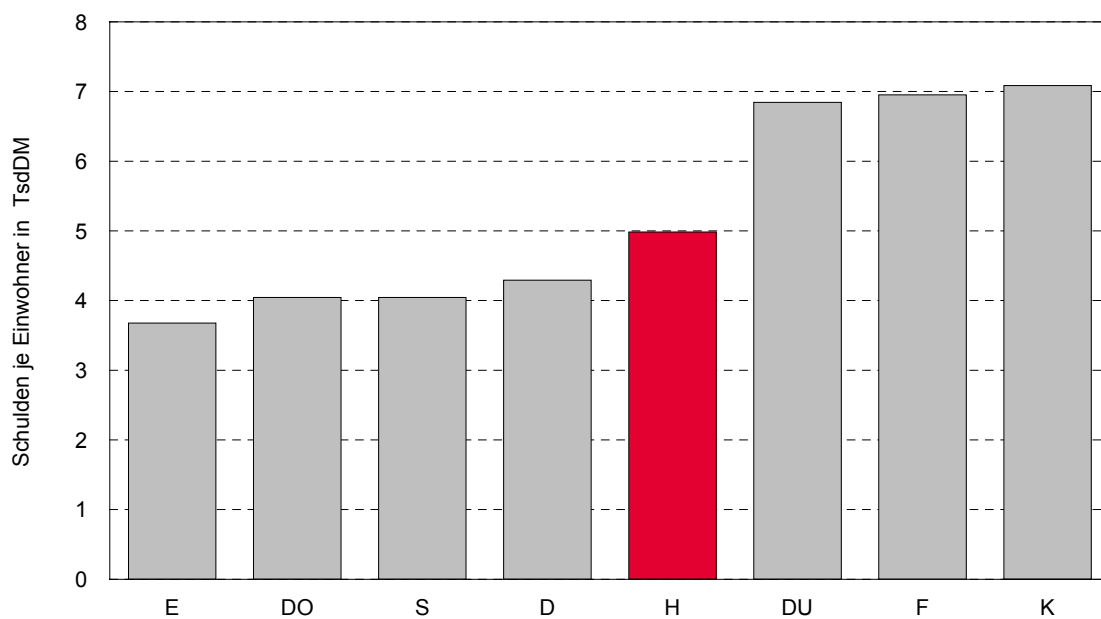
Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer je Einwohner in westdeutschen Großstädten 1991 bis 2001



Quelle: Statistisches Bundesamt

Abbildung 34

Schulden je Einwohner in westdeutschen Großstädten im Jahr 2001*



* Städtische Schulden plus Schulden der Eigenbetriebe

Quelle: Statistische Landesämter

3. SCHWERPUNKTTHEMEN

3.1 Das Hannover-Projekt als wirtschaftlicher Motor für die Landeshauptstadt und die Region Hannover

Impulse der EXPO konnten für den Wirtschaftsraum nicht nachhaltig genutzt werden

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt und die Entwicklung der Wirtschaft waren in Hannover in den letzten Jahren besonders geprägt durch den positiven EXPO-Effekt. Im zweiten EXPO-Folgejahr zeigt sich aber mittlerweile deutlich, dass dieser Effekt weder für die Beschäftigungszahlen noch für die wirtschaftliche Entwicklung des Standortes Hannover nachhaltig genutzt und weiter entwickelt werden konnte (siehe Kap.2.3). In der Stadt Hannover ist eine Wirkung der EXPO mit den vorhandenen Daten nicht mehr nachweisbar.

Richtiger Zeitpunkt für das Hannover-Projekt als Strategie der Wirtschaftsförderung

Es ist daher von besonderer Bedeutung, dass das Land Niedersachsen, die Region Hannover und die Landeshauptstadt Hannover sich entschieden haben, gemeinsam eine Strategie zur Entwicklung und Stabilisierung des Wirtschaftsstandortes Hannover auszuarbeiten und umzusetzen. Unter Einbindung der Fachkompetenzen der Unternehmensberatung McKinsey wird seit Juni dieses Jahres ein umfassendes Wirtschafts-Förderungs-Konzept entwickelt, das Grundlage dafür sein soll, den Wirtschaftsraum Hannover zielgerichtet zu stärken und die bestehende Situation bezogen auf Wirtschaftskraft und Arbeitsmarkt dauerhaft zu verbessern.

Entwicklung der Beschäftigung in innovativen Branchen bislang eher verhalten

Die Region Hannover mit der Landeshauptstadt Hannover im Zentrum konnte in den vergangenen Jahren nur ein mäßiges wirtschaftliches Wachstum erzielen. Beim Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf der Bevölkerung liegt die Region Hannover zum Teil erheblich hinter vergleichbaren Zentren in Deutschland zurück. Eine geringere Steuerkraft und eine nur leicht überdurchschnittliche (im bundesweiten Durchschnitt) Kaufkraft sind die Folge dieses geringen BIPs. Die Entwicklung der Beschäftigung in den sogenannten „innovativen“ Branchen, von denen sich viele Experten in den kommenden Jahren die maßgeblichen Impulse am Arbeitsmarkt versprechen, fällt in der Region Hannover bisher relativ gering aus.

Positive Entwicklung der Beschäftigung im Dienstleistungssektor

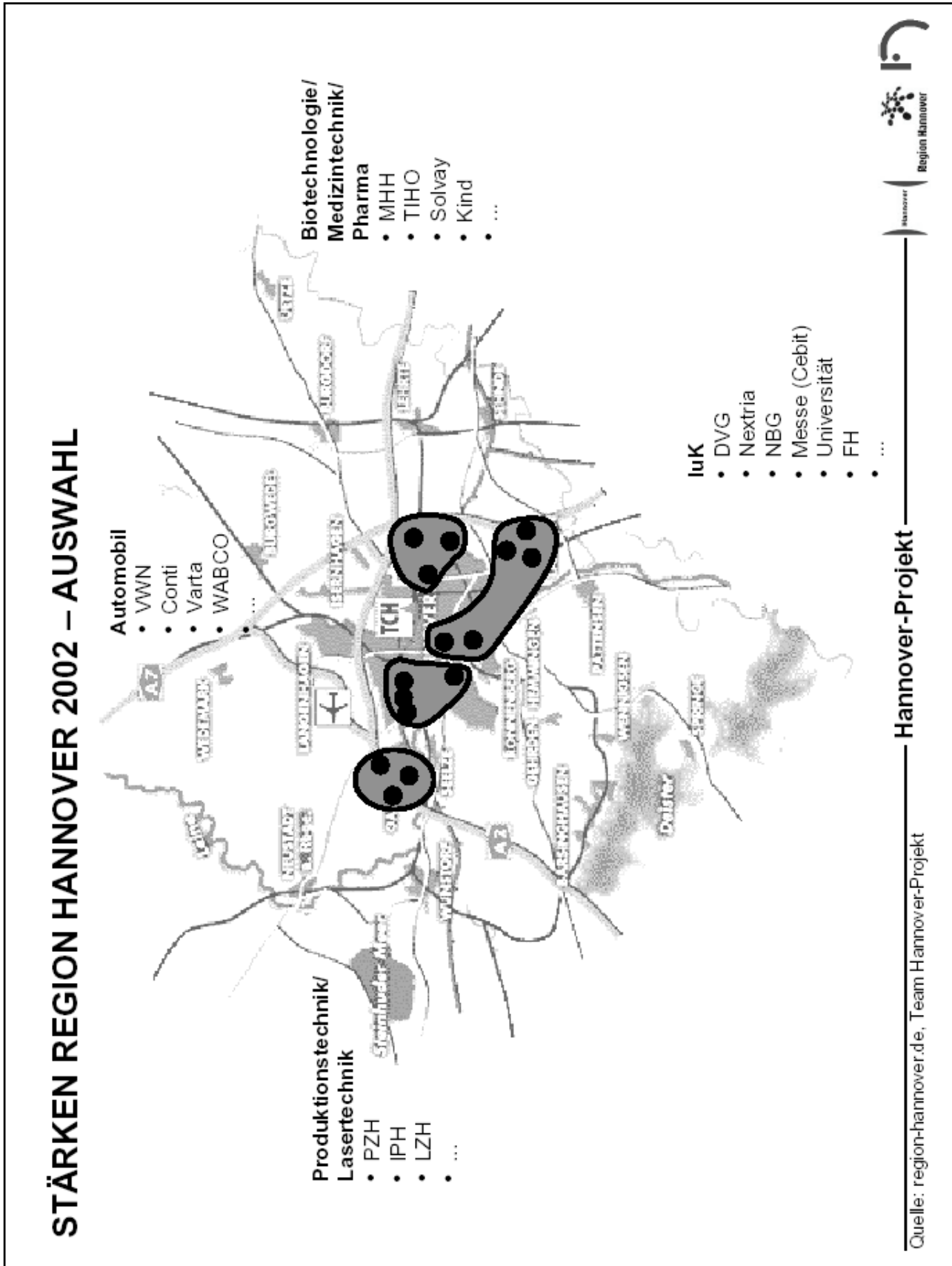
Die insgesamt – wenn auch im Vergleich zu den anderen westdeutschen Großstädten verhalten – wachsenden Zahlen der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten resultieren in Hannover in erster Linie aus dem Dienstleistungsbereich, der in den vergangenen Jahren am Standort für ein insgesamt positives Ergebnis gesorgt hat, obwohl die Bilanz im produzierenden Sektor wie anderen Orts auch durch den anhaltenden wirtschaftlichen Strukturwandel negativ ausgefallen ist und es weiterhin bleiben wird.

Vergleichsweise hohe Gründungsdynamik aber bislang kein Spitzenplatz

Die Region Hannover ist (siehe Kap. 3.2) der maßgebliche Wirtschaftsstandort in Niedersachsen. Auch bei der Gründungsdynamik liegt die Region Hannover im nationalen Vergleich im oberen Bereich, nimmt jedoch bislang noch keinen Spitzenplatz ein. Gleichzeitig müssen aber eine vergleichsweise hohe Sozialhilfeempfängerquote und eine nur schwache bis durchschnittliche Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt verkraftet werden, ohne dass Großprojekte wie die EXPO hier einen nachhaltig positiven Einfluss hinterlassen hätten.

Vor diesem Hintergrund versteht sich das Hannover-Projekt als umfassender wirtschafts- und beschäftigungspolitischer Ansatz, mit dem die momentan zu verzeichnende wirtschaftliche Situation in der Region Hannover deutlich verbessert und der Wirtschaftsräum insbesondere in bezug auf die innovativen Sektoren weiter entwickelt werden wird.

Abbildung 35



Identifizierung und Förderung innovativer Wirtschaftsbereiche

Zur Identifizierung dieser innovativen, regional wachstumsstarken und mit Zukunftspotenzial ausgestatteten Branchen wurden im mittlerweile abgeschlossenen Analyseschritt zur Vorbereitung des Hannover-Projektes von einem fast 30-köpfigen Projektteam, bestehend aus VertreterInnen der eingangs erwähnten Institutionen sowie der Wirtschaft, die regionalen Märkte in ihrer Struktur und Entwicklung analysiert.

Zielsetzung: Schaffung von 45.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen bis 2012

Zielsetzung des Hannover-Projektes ist es, über die Umsetzung hieraus initiiert Projekte bis zum Jahr 2012 insgesamt 45.000 zusätzliche Arbeitsplätze im Wirtschaftsraum Hannover zu schaffen. Die aktiv anzusetzenden Hebel, die zur Entwicklung der relevanten Cluster in der Region Hannover genutzt werden können, lassen sich unter den folgenden drei Stichpunkten zusammenfassen:

1. Gründungen
2. Ansiedlungen
3. Wachstum bestehender Märkte

Neben diesen vier Hebeln, die in Form von konkreten Projekten in den relevanten Clustern angesetzt werden sollen, wurden das Qualifikationsniveau der regionalen Arbeitskräfte und die Attraktivität des Standortes als Wohn- und Lebensraum als wichtige Rahmenbedingungen identifiziert, so dass auch hierfür übergreifende Projekte geplant sind.

Vier identifizierte Cluster

Als für den Wirtschaftsstandort Hannover relevante Basisbranchen zeigen sich als Ergebnis der Analyse auf der Grundlage des vorliegenden Datenmaterials und einer Vielzahl von durchgeführten Expertengesprächen vor allem die Bereiche Informations- und Kommunikationstechnologie, Biotechnologie / Medizintechnik, Produktionstechnik, Lasertechnik sowie Automobil / Logistik.

Umsetzung von ca. 30 Projekten

Diese Bereiche werden – so die Strategie des Hannover-Projektes - als Entwicklungssektoren genutzt, in denen die oben genannten Hebel angesetzt werden können. Mittlerweile wurde ein Bündel von ca. 30 Projekten entwickelt, das als Gesamtpaket gezielte Wachstumsdynamik in diese regional relevanten Cluster bringen soll.

Alle Projekte wurden dabei durch das Projektteam des Hannover-Projektes im Detail ausgearbeitet und mit Business-, Zeit- und Finanzierungsplanungen versehen.

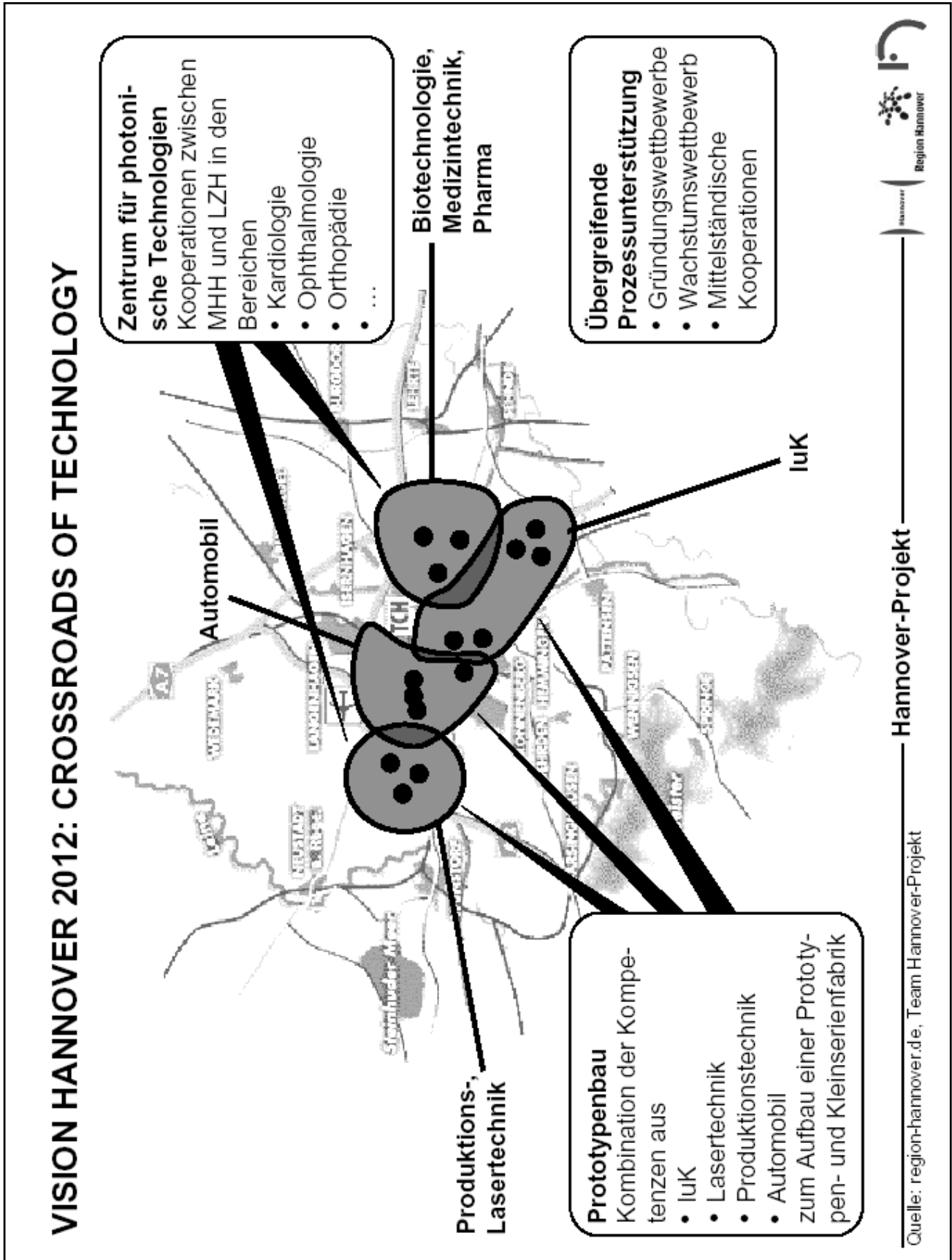
Schwerpunkt auf Hebel „Gründungen“

Der Schwerpunkt liegt – so die Planung des Hannover-Projektes - beim Hebel „Gründungen“ und hier insbesondere in der Schaffung von gründerfreundlicher Infrastruktur im Bereich Biotechnologie / Medizintechnik, Laser- und Produktionstechnik sowie bei der gezielten Förderung von Neu- und Ausgründungen im Bereich der Hochschulen und über Gründungswettbewerbe.

Hebel „Ansiedlungen“

Der Hebel „Ansiedlungen“ wird neben einer geplanten Ansiedlungsoffensive über die Umsetzung konkreter Projekte befördert, welche die vorhandene Infrastruktur deutlich verbessern, z.B. sind eine „Prototypenfabrik Produktionstechnik“ und ein neues Zentrum für photonische Technik im Lasersektor vorgesehen.

Abbildung 36



Hebel „Wachstum“

Der Hebel „Wachstum bestehender Märkte“ schließlich wird neben Wachstumswettbewerben und Mittelstandskooperationen vor allem über Projekte wie z.B. ein Zentrum für klinische Studien im Bereich der Biotechnologie sowie ein Fertigungs- und Montagezentrum bei der Produktionstechnik weiter entwickelt werden.

Ausbau des Humankapitals

Der Ausbau des Humankapitals im Wirtschaftsraum Hannover über Qualifizierungs-Initiativen auf dem bestehenden Arbeitsmarkt und weitere Ausbildungsmaßnahmen wird als eine der Grundvoraussetzungen für eine positive Weiterentwicklung des Standortes eingeschätzt. Daher sollen die branchenspezifischen Projekte durch gezielte Ausbildungsmaßnahmen von neuen Fachkräften in den Fokusbranchen abgerundet werden.

Steigerung der Attraktivität des Standortes Hannover

Ebenfalls als ein wichtiger Standortfaktor wird die Attraktivität des Wirtschafts- und Lebensraumes angesehen. Neben den branchenspezifischen Projekten wurden daher weitere Projekte ausgearbeitet, die entweder jeweils Querschnittsthemen als Inhalt haben oder die Steigerung der regionalen Attraktivität voran treiben werden.

Weiteres Vorgehen

Mit der Beteiligung an der Ausarbeitung dieses wirtschaftspolitischen Ansatzes zur Steigerung der Wirtschaftskraft und Verbesserung der Situation auf dem Arbeitsmarkt hat die Landeshauptstadt Hannover gemeinsam mit den anderen Partnern einen wichtigen Schritt zur positiven Weiterentwicklung der Stadt und der Region getan. In den folgenden Jahren wird es für den gemeinsamen Erfolg darauf ankommen, dass es den Beteiligten gelingt, diesen Ansatz als Schwerpunkt in die weiteren Aktivitäten und Programme zur Stadt- und Regionalentwicklung einzubinden und umzusetzen.

Eine Beschlussfassung in den Gremien der beteiligten Institutionen über Fortführung und Umsetzung des Hannover-Projektes wird im Dezember erfolgen. Zur Zeit werden die Ideen des Hannover-Projektes in einer zweiten Projektphase soweit ausgearbeitet und vorbereitet, dass Anfang des nächsten Jahres mit der Umsetzung der Projekte begonnen werden kann. Zahlreiche Partner aus der Wirtschaft und den regionalen Institutionen haben hierbei bereits ihren Kooperationswillen bekundet (zum Teil liegen bereits klare Finanzierungszusagen vor), so dass zu hoffen ist, dass das ehrgeizige wirtschaftspolitische Ziel von 45.000 neuen Arbeitsplätzen im nächsten Jahr angegangen und bis zum Jahr 2012 umgesetzt werden kann.

3.2 Die Landeshauptstadt Hannover als Wissenschaftsstandort

Hochschulstandort mit 40.000 Studierenden: Motor der Wissenschaft in Niedersachsen

Die Landeshauptstadt Hannover ist mit ca. 40.000 Studierenden Motor der Wissenschaft in Niedersachsen und einer der bedeutenden Universitätsstandorte in der Bundesrepublik insgesamt. Führend ist hier im Bereich der öffentlichen Hochschulen in erster Linie die Universität Hannover mit über 26.000 Studierenden im Jahr 2001, in deutlichem Abstand gefolgt von der Fachhochschule mit 4.700 Studierenden, der Medizinischen Hochschule mit 3.400 Studierenden, der Tierärztlichen Hochschule mit über 2.000 Studierenden sowie der Hochschule für Musik und Theater mit gut 1.000 Studierenden.

Ergänzt wird das Angebot der öffentlichen Hochschulen durch den Bereich der privaten Hochschulen, hier insbesondere zu nennen die evangelische Fachhochschule (1.300 Studierende), die Fachhochschule für die Wirtschaft (300 Studierende) sowie die Gisma Business School (40 Studierende). Abgerundet wird das Ausbildungsangebot durch die 17 Berufsfachschulen sowie die 21 Berufsbildenden Schulen und die Berufsakademien in der Landeshauptstadt und der Region Hannover.

Landeshauptstadt einer der bedeutenden Universitätsstandorte in Deutschland

Im nationalen Vergleich liegt der Hochschulstandort Hannover bezogen auf die Studierendenzahlen im Jahr 2000 (ohne Promotionen) an der Universität auf Platz 14, knapp hinter der TH Aachen, der Uni Mainz und der TU Berlin, aber deutlich vor der Uni Leipzig, der Uni Heidelberg oder der TU München. Die Schwerpunkte der universitären Ausbildung in Hannover liegen vor allem in den Sektoren der Wirtschafts- (2.839 Studierende), Rechts- (2.500 Studierende) und Sozialwissenschaften (1.389 Studierende). Aber auch die Fachbereiche Architektur, Bauingenieurwesen, Maschinenbau, Chemie, Mathematik sowie Elektrotechnik sind stark ausgeprägt, ebenso wie die Bereiche Germanistik, Sonderpädagogik und Erziehungswissenschaften.

Wissenschaftsstandort Hannover für den Wettbewerb gut aufgestellt

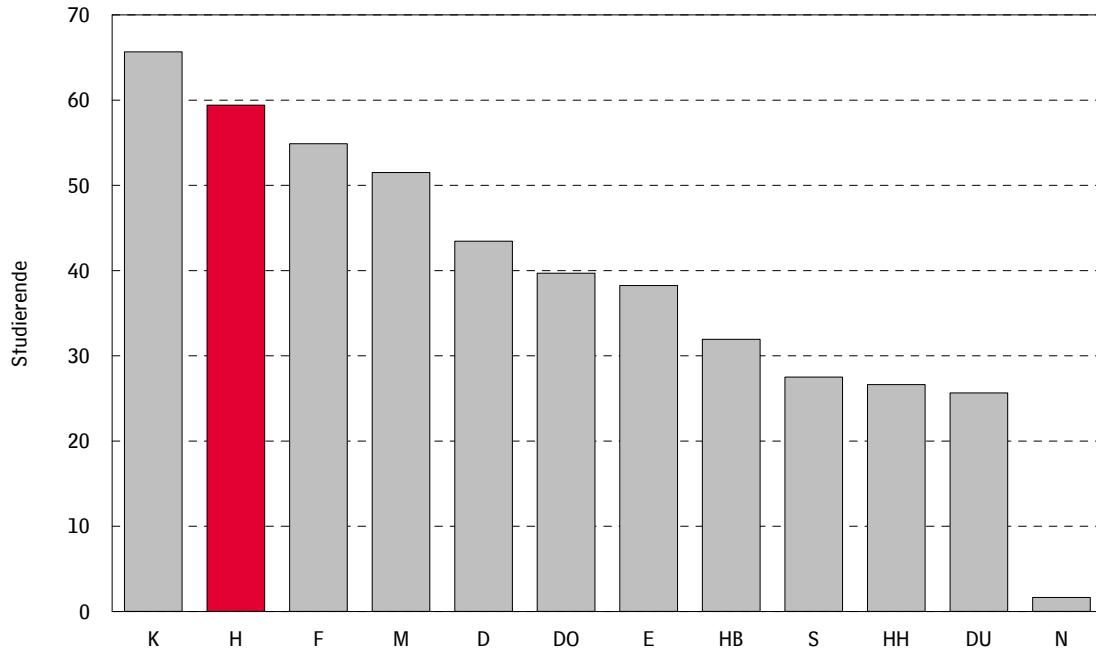
Quantitativ wie qualitativ ist die Landeshauptstadt Hannover mit dem breitgefächerten Angebot an Studienmöglichkeiten und Studienplätzen sehr gut aufgestellt und braucht den nationalen Vergleich mit anderen Standorten in keiner Weise zu scheuen. Der Wirtschaftsstandort Hannover profitiert hiervon in erster Linie durch die Verfügbarkeit über hoch qualifizierte Arbeitskräfte und durch die Impulse für Innovationen, die sich aus der Forschung und aus der Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Hochschulen sowie anderen Forschungseinrichtungen ergeben. Allerdings kann in Hannover das Potenzial, dass der Ausbildungsstandort hervorbringt, nicht voll ausgeschöpft werden, auch nicht im Bereich Forschung und Entwicklung.

Schwerpunktsetzung in der wissenschaftlichen Forschung für Wirtschaftsstandort zukunftsrelevant

Von besonderer Relevanz für die weitere Entwicklung des Standortes Hannover ist die Frage, in welchen Sektoren die wissenschaftliche Forschung in der Landeshauptstadt ihre Schwerpunkte setzt und in welchen Bereichen aus der Wissenschaft besondere Impulse, vor allem für die Wirtschaft, zu erwarten sind. Auf diese Segmente, in denen Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung und Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft auch in messbare wirtschaftliche Erfolge und damit auch in Arbeitsplätze münden, sollte zukünftig ein besonderer Fokus gelegt werden.

Abbildung 38

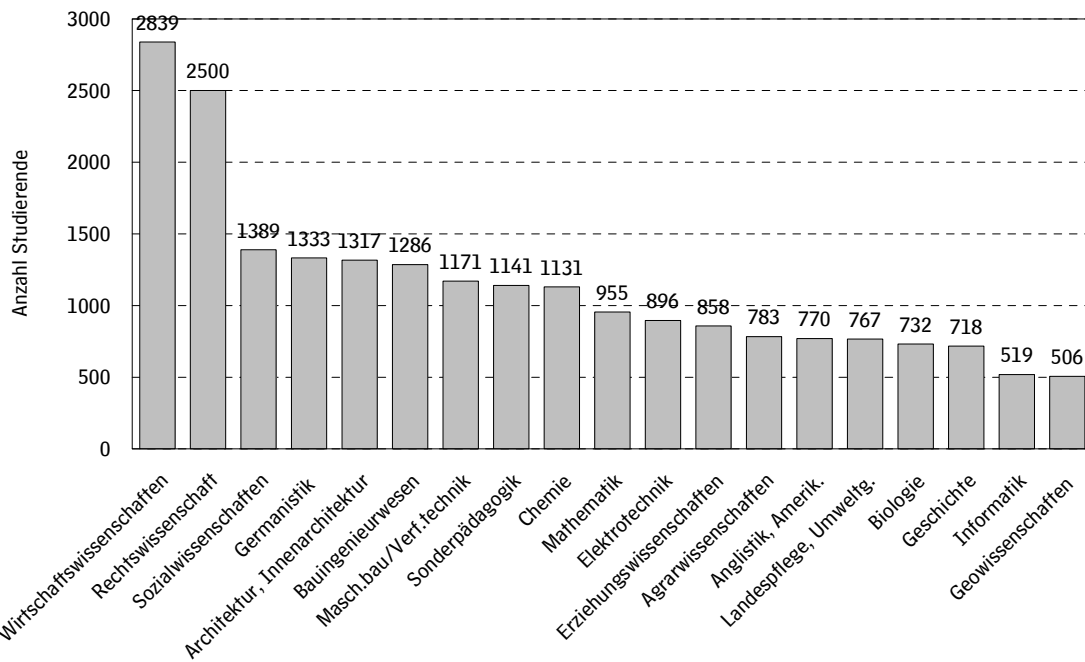
Studierende je 1000 Einwohner in westdeutschen Großstädten im Jahr 2000



Quelle: Hannover-Projekt

Abbildung 39

Studierende an der Universität Hannover im Jahr 2000 nach Studienbereichen (ohne Promotionen)



Quelle: Hannover-Projekt

***Förderung der Wissenschaft
in wachstumsstarken
Marktsegmenten:
Zukunftsorientierte
Wirtschaftsförderung***

Aus dem Fokus sind wissenschaftliche Innovationen in wachstumsstarken Wirtschaftssegmenten zu erwarten, mit der die zur Zeit noch vorhandenen Defizite im Bereich der Arbeitslosigkeit in der Landeshauptstadt Hannover abgebaut werden können. Förderung der Wissenschaft in diesen wachstumsstarken Marktsegmenten ist daher zukunftsorientierte Wirtschaftsförderung. Hannover besitzt in einigen Bereichen bereits positive Ansätze und Initiativen, um wissenschaftliche Innovation in zukünftige Arbeitsplätze umzusetzen. Gleichzeitig besitzt die Forschung in Hannover in diesen besonderen Wachstumsnischen einen Stand, der in der nationalen wie internationalen Forschungslandschaft von Bedeutung ist.

***Forschungsstärken in
Fünf Clustern***

Vergleicht man die wirtschaftlichen Stärken der Landeshauptstadt Hannover mit den Schwerpunkten der Ausbildungsmöglichkeiten in den hannoverschen Hochschulen, so bilden sich deutliche Cluster heraus, in denen die Landeshauptstadt auch im globalen Vergleich Forschungsstärken basierend auf einer ausgeprägten unternehmerischen Nachfrage-, Kooperations- und Unterstützungsleistung besitzt. Kurz: Die Wirtschaft inspiriert –letztendlich auch über Forschungsaufträge – die Wissenschaft zu besonderen Leistungen und schafft somit die Grundlagen der qualifizierten Arbeitsplätze von morgen. Zu nennen sind insbesondere die folgenden Forschungsbereiche, auf die es sich im einzelnen einzugehen lohnt:

1. Biotechnologie und Medizintechnik rund um die MHH und TiHo
2. IT/IuK mit dem neuen Fachbereich Informatik an der Universität
3. Produktionstechnik
4. Lasertechnik
5. Automobil und Logistik

Forschungsbereich Biotechnologie

Zunächst zur Definition, mit der die Forschung im Bereich der Biotechnologie gegenüber den vielen anderen medizinischen Verfahren abgegrenzt werden kann. Biotechnologie umfasst „alle Methoden, Verfahren oder Produkte, die die Nutzung von lebenden Organismen oder ihre zellulären und subzellulären Bestandteile beinhalten und von Erkenntnissen der Forschung auf den Gebieten Biochemie, Molekularbiologie, Immunologie, Virologie, Mikrobiologie, Zellbiologie oder Umwelt- und Verfahrenstechnik Gebrauch machen“.¹ Zur Biotechnologie im engeren Sinne werden nicht die traditionellen biologischen Verfahren zur Herstellung von Lebensmitteln (z.B. Käse oder Bier) und Pharmaka (Antibiotika) gezählt.

Die Biotechnologie als solche kann wiederum in drei Teilbereiche unterteilt werden:

- I. Die Grüne Biotechnologie (Lebensmittel), dazu gehören etwa die Pflanzenbiotechnologie, die Biotechnologie bei der Zucht von Nutztieren sowie die Lebensmittelbiotechnologie bei der Veredelung von Nahrungsmitteln.
- II. Die Rote Biotechnologie, dazu gehören Elemente wie Gentherapie, Xenotransplantation und biotechnisch produzierte Wirkstoffe.
- III. Die Graue Biotechnologie (Industrie und Umweltschutz), dazu gehören Elemente wie Enzymnutzung in der Papierindustrie, Biochemische Reaktionen und Prozesse, Bodensanierung und Abwasserreinigung.

¹ Ernst and Young Biotechnologiereport 2000 + statistisches Bundesamt

Zu diesen Teilbereichen gibt es weitere Querschnittsgebiete, deren Ergebnisse jeweils in mehreren der genannten Bereiche eine Rolle spielen (Bioinformatik, Meeresbiotechnologie).

Zwar schwanken die Angaben je nach Datenquelle, dennoch ist die Struktur der Biotechnologie in Deutschland eindeutig zu mehr als zwei Dritteln zu Gunsten der Roten Biotechnologie ausgerichtet (Stat. Bundesamt 2000 = 66%, Ernst & Young 2001 = 83%). In der Landeshauptstadt gibt es zur Zeit 16 Unternehmen, die sich mit der Biotechnologie beschäftigen, Schwerpunkt ist hier – wie im Bundestrend – die rote Biotechnologie.

Zentrum und Motor der Forschung im Bereich Biotechnologie sind die Aktivitäten rund um die Medizinische Hochschule, die zu großen Teilen aufgrund ihres Forschungsstandes und ihres KnowHows Deutschland- oder sogar weltweite Bedeutung erlangt hat. Hier an der MHH wurden in den letzten Jahren weitere Kooperationen zur privaten Forschung sowie zur TiHo und zur Universität ausgebaut. Zu nennen sind im Detail folgende erfolgreiche Forschungsschwerpunkte von überregionaler Bedeutung:

- I. **Schwerpunkt Immuntherapie:** Hier geht es vor allem um die Vermeidung von Abwehrreaktionen bei Transplantationen, um Autoimmunkrankheiten wie MS sowie um immunbasierte Therapien z.B. gegen Asthma und Krebs. Basis dieses Forschungsschwerpunktes bilden z.B. das Transplantationszentrum, die Klinik für Immunologie und das Institut für Pharmakologie in der MHH. Ergänzt wird diese Basis um Aktivitäten bei der TiHo sowie durch das Institut für Mikrobiologie der Universität. Aus dem nichtöffentlichen Forschungsbereich ist vor allem das Fraunhofer ITA zu nennen.
- II. **Schwerpunkt Tissue Engineering:** Hier geht es um alle Arten des Einsatzes von körperfremden Gewebe, z.B. um den Einsatz von tierischen Organen oder um die Transplantation von (tierischen) Leberzellen. Auch hier ist die MHH mit dem Leibnizinstitut, der Gastro-Enterologie sowie der Pädiatrischen Hämatologie/Onkologie Motor der Forschung. Ist der Bereich der Immuntherapie bereits als globaler Milliardenmarkt erkannt, so gibt es im Bereich des Tissue Engineering bisher nur erste Anwendungen und Ansätze. Es ist aber durchaus möglich, dass sich auch aus diesem Spezialgebiet ein großer globaler Markt entwickeln kann.
- III. **Schwerpunkt Gentherapie:** Hier geht es vor allem um die genmodulierte Therapie z.B. zur Bekämpfung von Leukämie. Die Motoren der Forschung liegen hier sowohl bei der MHH (Kinderhämatomontologie) als auch bei der gentechnischen Abteilung des Fraunhofer Instituts für Grenzflächen- und Bioverfahrensforschung.
- IV. **Schwerpunkt Diagnostik:** Dieses Forschungsthema, bei dem es vor allem um die effiziente und eindeutige Diagnose von Krankheiten und Veranlagungen geht, wird vor allem von der Firma Biovision (Gegründet 1997, identifiziert Peptide, das sind kleine Proteine. Anwendung Diabetes, Alzheimer und Krebs) sowie dem Fraunhofer Institut für Toxikologie und Aerosolforschung voran getrieben.

Forschungsbereich IT / IuK

Besonderes Augenmerk wird für die Zukunft dem rasant wachsenden Forschungsbereich IT und IuK zukommen. Zwar gab es in den letzten zwei Jahren deutliche Rückschläge innerhalb dieser Branche, dennoch gehen alle Experten davon aus, dass spätestens ab dem nächsten Jahr wieder deutliche Wachstumsbewegungen in Bezug auf Unternehmen, Beschäftigung und Innovation aus der IT-Wirtschaft einsetzen wird. Zur Zeit gibt es in der Region gut 1.000 größtenteils kleinere und mittelständische Unternehmen in diesem Bereich. Die überregional bekanntesten Namen sind hierbei Höft & Wessel und DVG.

Der Forschungsbereich IT liegt bisher nach wie vor im Bereich der universitären Forschung, private Institute mit Schwerpunkt im Bereich der IT-Forschung gibt es nicht. Bislang war die universitäre Forschung über die Fachbereiche gefächert. Durch die Neugründung des Fachbereichs für Informatik wurde sie gebündelt und besser strukturiert.

Auch die Landeshauptstadt Hannover bringt sich bei der Setzung dieses neuen Forschungsschwerpunktes mit einer Stiftungsprofessur ein, die sehr bald ausschließlich über die Drittmittelakquise finanziert werden soll. Der neue Fachbereich besteht zum Start aus insgesamt 13 Professuren und hat seinen besonderen Schwerpunkt im Bereich der Softwareproduktion. In diesem Kontext ist auch das Learning Lab of Lower Saxonie sowie die neu gegründete Multimedia-BBS auf dem ehemaligen Weltausstellungsgelände zu nennen, die das Forschungs- und Ausbildungsangebot im IT-Sektor abrunden. Es ist zu erwarten, dass der Output an Innovation aus der IT-Forschung durch die Neugründungen und die damit gleichsam gestiegene Zahl an Studierenden bzw. auch Forschenden in den nächsten Jahren deutlich zunehmen wird.

Forschungsbereich Produktionstechnik

Der Forschungsbereich Produktionstechnik lässt sich bei einer Branchenbetrachtung in fünf größere Segmente unterteilen:

1. elektronische Bauelemente und Ausrüstungen
2. Oberflächenveredelung, Wärmebehandlung, Mechanik
3. Werkzeugmaschinen und sonstiger Maschinenbau
4. Mess-, Kontrollinstrumente und Prozesssteuerungsanlagen
5. Technische Dienstleistungen

In der Landeshauptstadt Hannover gibt es über 500 kleinere und mittelständische Betriebe mit ca. 10.000 Beschäftigten, die sich mit der Produktionstechnik, vor allem mit dem Teilsegment der technischen Dienstleistungen befassen. Hauptabnehmer der Arbeiten ist vor allem die Automobilbranche. Forschung wird in diesem Segment vor allem durch die Universität, insbesondere durch den Fachbereich Maschinenbau vorangetrieben. Gemeinsam mit der Industrie ist für das Jahr 2004 das Produktionstechnische Zentrum Hannover (PZH) in Garbsen initiiert worden, das die Schnittstelle zwischen Forschung und Markt füllen und die gemeinsamen Interessen von universitärer Forschung und Unternehmen bündeln soll.

Ziel ist es, die Forschung näher an den Markt zu bringen und die Innovationseffizienz bis zur Marktreife von Produkten zu erhöhen. Schwerpunkt der Forschung ist hier die Materialforschung für die Automobilindustrie und die Luft- und Raumfahrt. Spatenstich dieses Projektes war im September 2002, der erste Bauabschnitt soll 2004 fertig gestellt sein.

Forschungsbereich Lasertechnik

Lasertechnik kann nicht als „neues“ Forschungsgebiet betrachtet werden, Lasertechnik gibt es bereits seit vielen Jahren als Querschnittstechnologie mit vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten (z.B. Medizin, Biowissenschaften, IuK-Technologie, Fertigungstechnik, Umwelt und Mobilität). Der Begriff LASER steht dabei für Light Amplification by Stimulated Emission of Radiation, also Lichtverstärkung durch induzierte Strahlungsemission. Gleichzeitig werden auch optische Geräte, die nach diesem physikalischen Prinzip arbeiten, so bezeichnet. Der Weltmarkt für Lasertechnik betrug im Jahr 2000 gut 8,8 Mrd. US\$, davon entfielen auf die Informationstechnologie 71,5%, die Materialverarbeitung 14,6% und die Medizintechnik 5,4%. Hauptanwendungsgebiete in der Bundesrepublik sind die Materialverarbeitung (ca. 38%) und die Medizintechnik (ca. 25%).

Die Top-Forschungseinrichtungen in Deutschland sind die RWTH Aachen sowie die Universitäten Berlin, München und Hannover. Der Standort Hannover liegt mit ca. 10 Unternehmen in diesem Bereich nach Jena, Berlin, Göttingen und Nürnberg auf dem fünften Platz. Die hannoverschen Unternehmen sind überwiegend in der Materialbearbeitung tätig.

Der Forschungserfolg in der Landeshauptstadt Hannover beruht vor allem auf Unternehmens- und Forschungsnetzwerk über die Universität, das PhotonicNet und das Laserzentrum Hannover. Insbesondere letzteres hat bisher durch zahlreiche Innovationen auf sich aufmerksam gemacht. Mit ca. 120 wissenschaftlichen Mitarbeitern und einem Umsatz von über 11 Millionen Euro ist es die herausragende regionale Laserforschungseinrichtung mit bundesweit anerkanntem Standard.

Forschungsbereich Automobil und Logistik

Der Forschungsbereich Automobil und Logistik hat entsprechend der Unternehmensstruktur in der Landeshauptstadt eine zentrale und interdisziplinäre Bedeutung. Große Unternehmen wie VW Nutzfahrzeuge oder die Conti ziehen zwangsläufig auch immer Forschungseinrichtungen in ihre Nähe bzw. beeinflussen vorhandene Einrichtungen bei ihren Forschungsarbeiten. VW Nutzfahrzeuge kommt dabei mit seinen ca. 15.000 Beschäftigten die zentrale wirtschaftliche Bedeutung zu. Zusätzlich zu diesem „Zentrum VW“ gibt es weitere 28 Zuliefer-Betriebe mit nochmals 15.000 Beschäftigten in der Landeshauptstadt und der Region. 70% dieser Beschäftigten arbeiten dabei in den drei größten Betrieben: Continental, WABCO und Varta.

Der Forschungsbereich Automobile und Logistik hat entsprechend seiner wirtschaftlichen Bedeutung neben den universitären Fachbereichen auch eine ausgeprägte private Forschungslandschaft zu bieten. Zu nennen sind hier im Sektor Automobile insbesondere:

- das Institut für integrierte Produktion mit ca. 35 wissenschaftlichen Mitarbeitern
- das Laserzentrum Hannover mit ca. 90 wissenschaftlichen Mitarbeitern
- das geplante Produktionstechnische Zentrum mit ca. 200 Mitarbeitern
- das Deutsche Institut für Kautschuktechnologie mit ca. 40 wissenschaftlichen Mitarbeitern

Im Sektor Logistik sind als weitere Einrichtungen zu nennen:

- das Institut für Verkehrswesen, Eisenbahnbau und Betrieb (IVE) mit ca. 20 wissenschaftlichen Mitarbeitern
- das Institut für Transport- und Automatisierungstechnik mit 7 wissenschaftlichen Mitarbeitern
- das Franzius Institut für Wasserbau und Küsteningenieurwesen mit 18 wissenschaftlichen Mitarbeitern.

Insbesondere die privatwirtschaftlich geführten Institute haben in den letzten Jahren durch die Entwicklung zahlreicher Produkte von sich reden gemacht, nicht zuletzt aufgrund der Vorgaben und Problemstellungen, die über Forschungsaufträge aus der Wirtschaft direkt vermittelt wurden. Gerade der Sektor Automobil und Logistik zeigt, wie förderlich und wichtig privatwirtschaftliche Kooperation und Unterstützung für einen Wissenschaftsstandort ist.

Zukunftsperspektiven

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich der Wissenschaftsstandort Hannover bisher in allen für die Wirtschaft relevanten Sektoren hervorragend zu positionieren gewusst hat. Neben stark ausgeprägten wirtschafts- rechts- und sozialwissenschaftlichen Ausbildungs- und Forschungsschwerpunkten, die vor allem zur Versorgung des Unternehmensmanagements und des Dienstleistungsbereichs mit qualifizierten Arbeitskräften dienen, sind auch die sogenannten Innovativen Forschungsbereiche zukunftsorientiert aufgestellt.

Insbesondere an den Schnittstellen und Verzahnungen der jungen Branchen IuK, Biotechnik, Medizintechnik, Produktionstechnik sowie der Lasertechnik haben sich zahlreiche Forschungsinstitute zu positionieren gewusst, unter anderem auch, weil sie auf starke bereits vorhandene Partner und Strukturen aus den Hochschulen zurück greifen konnten. Um so wichtiger ist es, gerade diese technologischen Schnittstellen auszubauen und zu stärken, so dass sich hier neue wirtschaftliche Impulse entwickeln können. Diese Stärkung erwächst vor allem aus engen Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, weil nur so zum einen bedarfsorientierte Forschung ermöglicht wird und zum anderen die notwendigen finanziellen Ressourcen akquiriert werden können.

Die Weichen für entsprechende Kooperationsschnittstellen wurden – zukünftig auch über die Aktivitäten des Hannover-Projektes – zwischen Forschung und Wirtschaft durch die Gründung von Einrichtungen wie dem Laserzentrum (LZH), dem Produktionstechnischen Zentrum (PZH) und nicht zuletzt auch dem Technologiezentrum Hannover gelegt. Aufgabe der öffentlichen Hand, insbesondere von Landeshauptstadt und Region Hannover muss es sein, diesen Prozess durch Moderation, Vernetzung und das Ausräumen verwaltungstechnischer Hürden bestmöglich zu unterstützen.

3.3 Wohnen in Hannover

Hohe Wohnqualität als herausragender Standortfaktor

Zu den herausragenden Qualitäten Hannovers zählen ohne Zweifel die vielfältigen Möglichkeiten des Wohnens. Dies zeigen nicht nur die überdurchschnittliche Wohnflächenversorgung bei vergleichsweise sehr niedrigen Wohnkosten (siehe 2.2 Räumliche Entwicklung – Wohnungsversorgung) und insbesondere die hohen Anteile von Grünflächen im Stadtgebiet, sondern auch die hohen Zufriedenheitswerte bei den regelmäßigen Befragungen zu diesem Thema im Rahmen der Repräsentativerhebungen.

Hannover als grüne Stadt der kurzen Wege

Bei der letzten Repräsentativerhebung im Frühjahr 2002 haben 83 % der Befragten angegeben, dass sie „gern“ oder „sehr gern“ in Hannover leben, fast drei Viertel der Befragten bewerteten die Lebensqualität in ihrem Stadtteil mit „gut“ oder „sehr gut“. Zu den Vorteilen des eigenen Stadtteils wurden insbesondere genannt die „Nähe von Grün- und Erholungsflächen“, „gute Verkehrsanbindung“, „zentrale Lage“, „gute Einkaufsmöglichkeiten“ und „ruhige Wohnlage“. Dies sind eindeutige Hinweise darauf, dass in der Bevölkerung das Bild von Hannover als der „grünen Stadt der kurzen Wege“ fest verankert ist.

Belastungen der Wohnqualität durch Lärm und fehlende Sauberkeit

Gefährdet wird in den Augen der Bevölkerung diese hohe Wohnqualität vor allem durch „Lärm, Verkehr, Baustellen“, auch wenn deren Bedeutung nach der EXPO deutlich gesunken ist, durch „fehlende Sauberkeit“, „wenig Parkplätze“, „schlechte Infrastruktur“ und „schlechte Einkaufsmöglichkeiten“. Gerade in den letzten Jahren wird insbesondere die fehlende Sauberkeit immer stärker beklagt, aber auch Infrastrukturausstattung und Einkaufsmöglichkeiten werden von der Bevölkerung zunehmend kritisch gesehen.

Suche nach ruhigen und grünen Wohnlagen zentrale Umzugsgründe – in Stadt und Umland

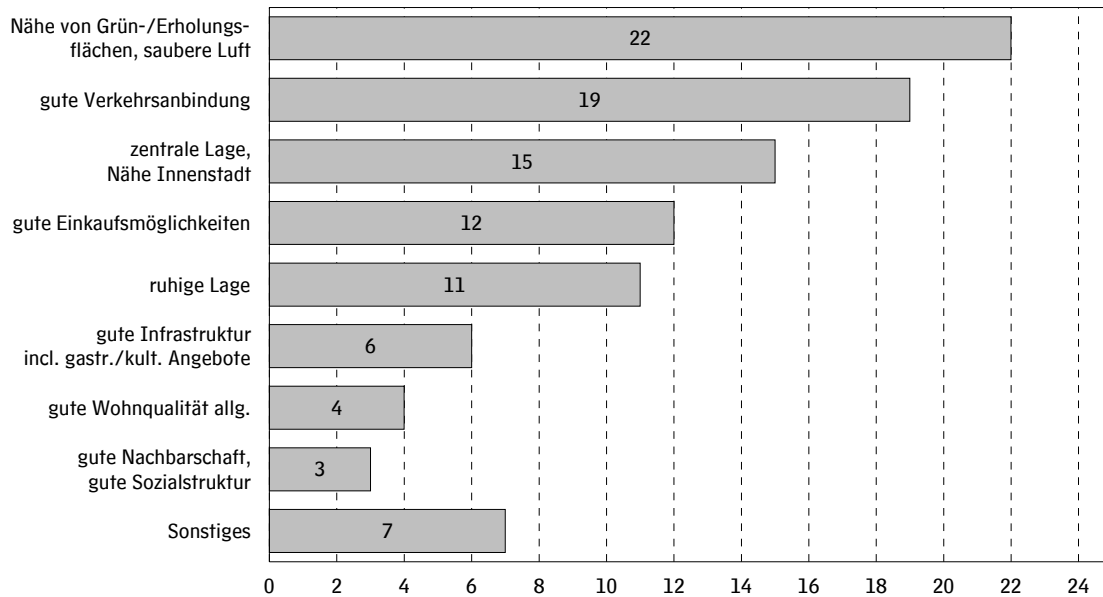
Wie groß die Bedeutung von ruhigen und grünen Wohnlagen für die Wohnbedürfnisse der Bevölkerung sind, zeigen wieder die jüngsten Untersuchungen zu um- und fortgezogenen Einwohnerinnen und Einwohnern. Für innerhalb der Stadt Umgezogene zählen nach den unmittelbar wohnungsbezogenen Umzugsgründen (größere Wohnung, besser ausgestattet), die ruhigere und grünere Wohnlage zu den wichtigsten Umzugsgründen, noch vor dem Erwerb eines eigenen Hauses (Ergebnisse der Repräsentativerhebung 2002). Noch stärkere Bedeutung besitzen eine ruhige und grüne Wohnlage für die in das Umland gezogene ehemalige Stadtbevölkerung. Diese beiden Umzugsgründe werden am häufigsten genannt, und zwar nicht nur von den fortgezogenen Familien mit Kindern, sondern auch von Paaren und von jungen Erwachsenen (noch) ohne Kinder (Wanderungsbefragung 2001 – Wanderungen zwischen Stadt und Landkreis Hannover).

Verluste aus der Umlandwanderung können in den Großstädten nicht mehr kompensiert werden

Hohe und kontinuierliche Abwanderungen in das Umland schwächen das Potenzial der Stadt. Im Gegensatz zu früheren Jahrzehnten kann auf Dauer nicht mehr damit gerechnet werden, dass Bevölkerungsverluste durch Abwanderung in das Umland und durch den Überschuss der Sterbefälle auf Dauer durch Zuwanderungen von außen kompensiert werden können. Dabei ist diese Entwicklung nicht auf Hannover beschränkt, für die gesamte Bundesrepublik ist langfristig ein deutlicher Bevölkerungsrückgang zu erwarten, in den Großstädten, und zwar nicht nur in den ostdeutschen Großstädten, wird diese Entwicklung noch früher eintreten. So erwarten etwa Bremen und Hamburg für die nächsten 10 bis 15 Jahre einen Bevölkerungsrückgang um 3 bis 4 %, Stuttgart sogar um 8 % und Essen um knapp 12 %.

Abbildung 40

Nennungen von Vorteilen des eigenen Stadtteils 2002*

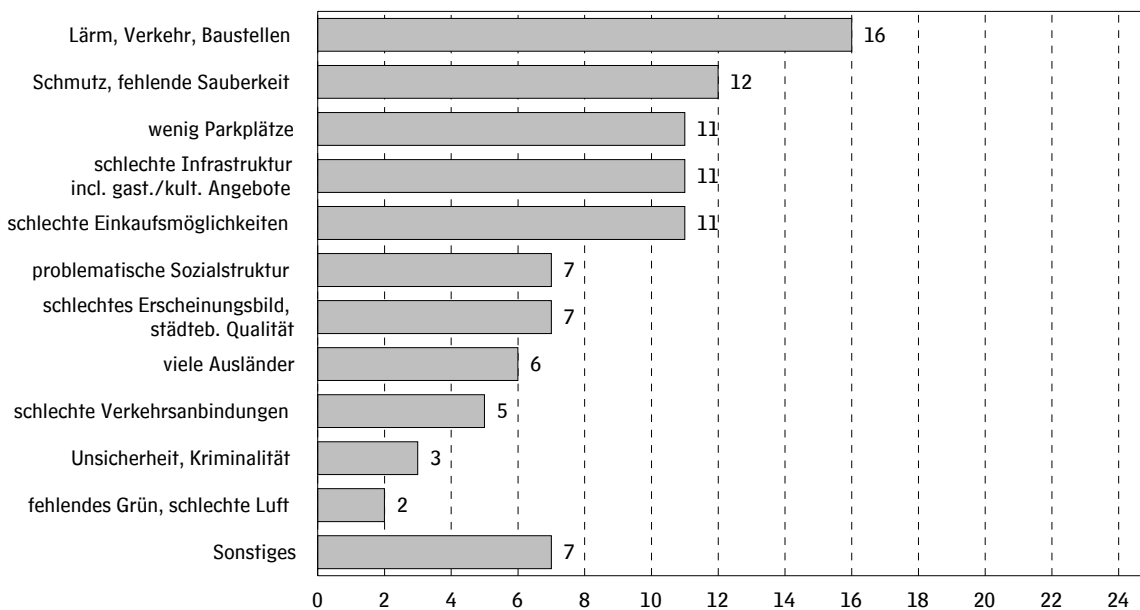


* Angaben in Prozent, Basis: 100%

Quelle: Repräsentativerhebung 2002

Abbildung 41

Nennungen von Nachteilen des eigenen Stadtteils 2002*



* Angaben in Prozent, Basis: 100%

Quelle: Repräsentativerhebung 2002

***Abwanderung in das Umland und
Geburtendefizit lassen
Bevölkerungsrückgang auch für
Hannover erwarten***

Die aus heutiger Sicht für die Stadt Hannover zu erwartende Entwicklung entspricht mit einem Bevölkerungsrückgang um 3 % in den nächsten 10 Jahren einer moderaten Perspektive für Großstädte. Dabei wird davon ausgegangen, dass massive Einwanderungsschübe aus dem Ausland wie zum Beispiel nach den Grenzöffnungen Anfang der 90er Jahre nicht zu erwarten sind. Auch aus der EU-Erweiterung ist aus heutiger Sicht fraglich, ob in solchem Umfang dauerhafte Zuwanderungen zu erwarten sind. Die Annahme eines Bevölkerungsrückganges für Hannover resultiert deshalb aus einem – moderaten, aber anhaltenden Abwanderungsverlust gegenüber dem Umland sowie dem Geburtendefizit durch den Überschuss der Sterbefälle über die Geburten.

***Stärkung des Ausbildungs- und
Arbeitsmarktes fördert Zuwande-
rung und reduziert Abwanderung
aus der Region***

Auch in Kenntnis dieser Entwicklungsperspektiven sind die Möglichkeiten einer Stadt, solchen Entwicklungen entgegen zu wirken, sehr begrenzt. Bei den Wanderungsbeziehungen mit dem Ausland ist der städtische Einfluss gleich Null, Wanderungen mit entfernteren Gebieten des Bundesgebietes sind nur sehr begrenzt beeinflussbar. Hier gilt es, die Attraktivität des Ausbildungsstandortes Hannover, der in hohem Maße junge Menschen aus anderen Teilen des Bundesgebietes anzieht, weiter zu stärken (siehe 3.2 Hannover als Wissenschaftsstandort). Darüber hinaus ist gerade vor dem Hintergrund der hohen Ausbildungsraten in der Stadt Hannover eine Stärkung des Arbeitsmarktes anzustreben, um mehr junge Menschen nach Abschluss ihrer Ausbildung in der Region Hannover zu halten (siehe dazu 3.1 Das Hannover-Projekt als wirtschaftlicher Motor für die Landeshauptstadt und die Region Hannover).

***Umlandwanderungen noch am
ehesten durch städtische
Maßnahmen zu beeinflussen***

Geburten und Sterbefälle entziehen sich ebenfalls weitgehend einer Beeinflussung durch die Stadt, sie werden insbesondere durch die Altersstruktur der Stadtbevölkerung geprägt. Eine indirekte Beeinflussung der Zahl der Geburten kann die Stadt durch Maßnahmen zur Veränderung der Wanderungen mit dem Umland erzielen, z.B. dadurch, dass insbesondere Angebote geschaffen und vermarktet werden, die junge Menschen, also potenzielle Familiengründer, ansprechen und durch die Verbesserung der Rahmenbedingungen für das Leben dieser Zielgruppen in der Stadt. Dies ist der Bereich, wo die Stadt am ehesten ansetzen kann, wenn sie Einfluss auf die zukünftige Bevölkerungsentwicklung nehmen will, auch hier allerdings nur mit begrenzten Möglichkeiten.

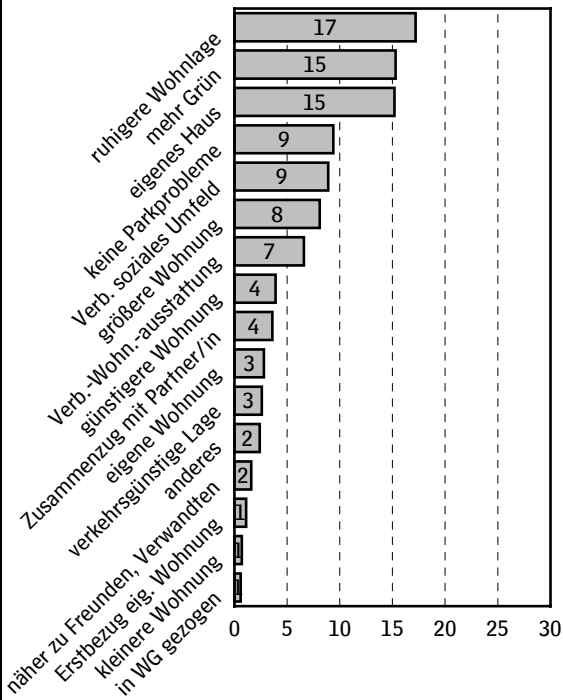
***Wohnbedürfnisse vieler
Menschen lassen sich in
Hannover erfüllen***

Wohnentscheidungen zwischen Stadt und Umland werden getroffen von Menschen, die in dieser Region Hannover wohnen wollen und hier einen Wohnstandort suchen, der ihren Bedürfnissen am besten entspricht. Dabei ist klar, dass das Wohnen in der Stadt nicht den Vorstellungen aller Menschen in der Region entspricht. Allerdings zeigen die Ergebnisse der oben genannten Befragungen deutlich, dass einerseits Anforderungen wie ruhige Wohnlage und Wohnen im Grünen auch in der Stadt Hannover mit hoher Zufriedenheit erfüllt werden können und dass andererseits ein großer Teil der ins Umland Abwandernden dort durchaus städtische Wohnformen wie zum Beispiel Wohnen in einem Mehrfamilienhaus wählt. Befragungen an anderer Stelle (stern /Schwäbisch Hall, 2001) zeigen zudem, dass ein Großteil der „Stadtflüchtigen“ in der Bundesrepublik liebend gerne wieder in die Städte zurückziehen würde, weil der urbane Lebensstil ihren gesellschaftlichen und kulturellen Bedürfnissen eher entspricht als das „Häuschen im Grünen“. Hier besteht also grundsätzlich ein Potenzial, das für das Wohnen in der Stadt gewonnen bzw. wieder zurück gewonnen werden kann.

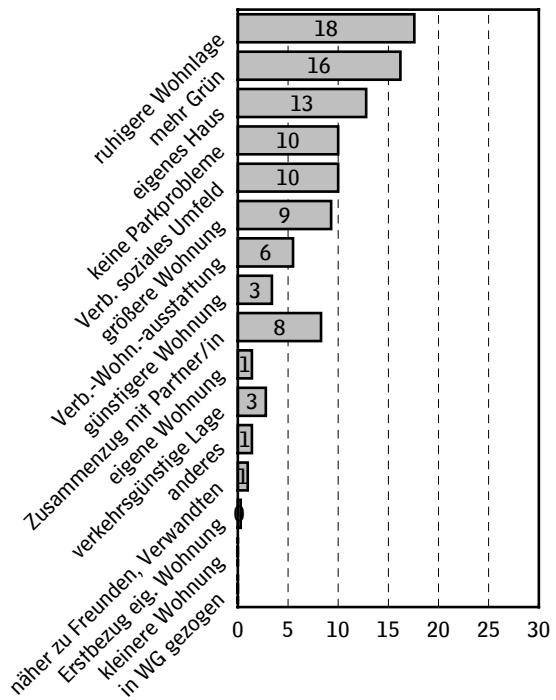
Umzugsgründe insgesamt sowie nach Zielgruppen (Angaben in Prozent)

Abbildung 42

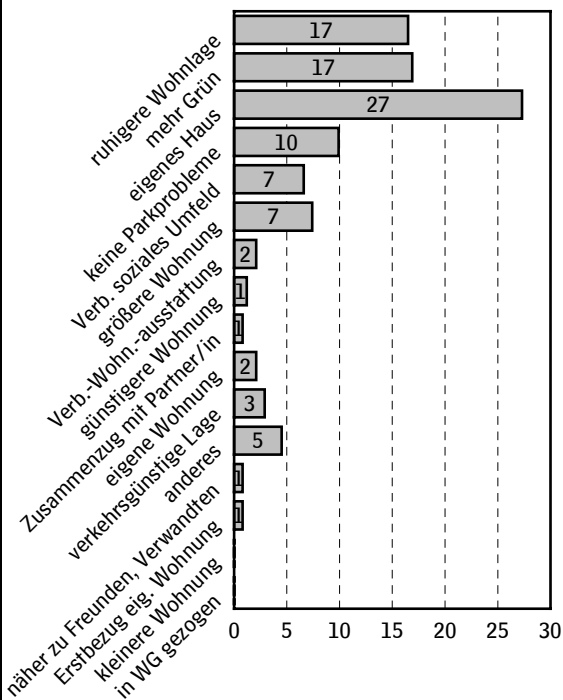
Alle Fortgezogenen



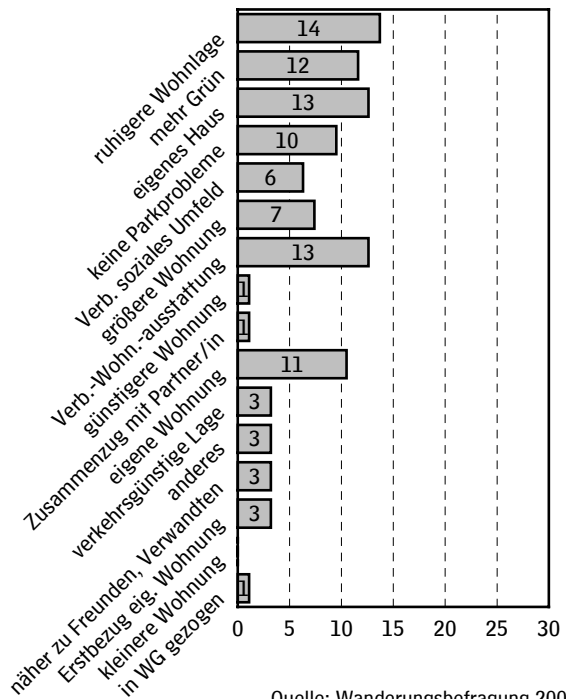
2 Personen, bis 35 Jahre, ohne Kinder



2 Personen, 30 bis 45 Jahre, mit Kindern



Alleinlebende und Paare, 46 Jahre und älter, ohne Kinder



Quelle: Wanderungsbefragung 2001

Auch innerhalb der Region Hannover behält die Bevölkerungsverteilung große Bedeutung für die Stadt Hannover

Anstrengungen zur Beeinflussung der Bevölkerungsentwicklung sind notwendig, da Veränderungen in hohem Maße Einfluss auf das Leben in der Stadt und damit auch auf Stadtpolitik haben kann. Das gilt auch nach Bildung der Region Hannover, die aus 21 selbständigen Städten und Gemeinden besteht. So erhalten die Städte und Gemeinden und nicht die Region die Steuereinnahmen und einen großen Teil der Landeszuweisungen und damit weiterhin die wichtigsten Teile kommunaler Einnahmen. Über die Umlage an die Region wird ein Teil dieser Einnahmen umverteilt, für die Städte und Gemeinden bleiben diese Einnahmen aber trotzdem die Grundlage für ihre finanziellen Handlungsmöglichkeiten.

Abwanderung bestimmter Bevölkerungsgruppen hat Auswirkungen auf die Stadtgesellschaft

Aber nicht nur für die finanziellen Grundlagen auch für viele andere Bereiche städtischen Lebens spielt die Bevölkerungsverteilung eine wichtige Rolle. Gerade bei den in das Umland Abwandernden gibt es einen hohen Anteil von Menschen, die in gesicherten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen leben. Diese Bevölkerungsgruppen haben in vielerlei Hinsicht eine wichtige Funktion für die Stadtgesellschaft und stellen gerade in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebedürftigkeit sowie eines hohen Integrationsbedarfs einen wichtigen stabilisierenden Faktor dar. Hier findet sich ein relativ großer Anteil von Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren und auch sonst motiviert sind, sich am gesellschaftlichen und politischen Leben in der Stadt zu beteiligen. Die Kinder der Familien bilden auch ein Stück Zukunft der Stadt, das mit deren Fortzug zunächst einmal verloren geht. Weitere Bereiche, die von der Bevölkerungsverteilung beeinflusst werden sind zum Beispiel die Auslastung vorhandener Infrastruktureinrichtungen, das Kaufkraftvolumen in der Stadt, aber auch die Entstehung zusätzlichen – insbesondere PKW-Verkehrs.

Wohnqualitäten rücken bei der Wohnortentscheidung in den Vordergrund, Eigentumbildung allein reicht nicht aus

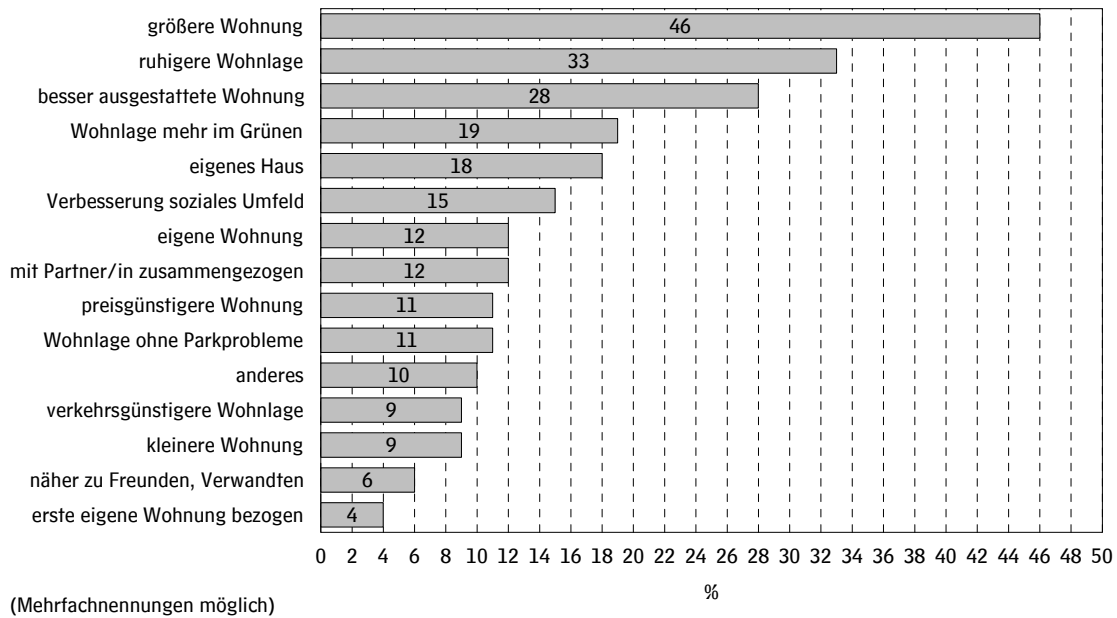
Die oben beschriebenen Befragungsergebnisse zeigen deutlich, dass die Menschen bei ihren Wohnstandortentscheidungen hohe Anforderungen an die Wohnqualität stellen. Auch Einfamilienhausgebiete werden inzwischen nur noch gut angenommen, wenn sie die Qualitätsansprüche der möglichen Bewohner erfüllen. Dass die Vermarktung dieser Gebiete deutlich schwieriger geworden ist, zeigen nicht nur die Erfahrungen in Stadt und Umland Hannover, sondern auch in den meisten anderen westdeutschen Großstadregionen.

Handlungsprogramm „Zukunft Hannover“ fördert Wohnungsneubau und Aufwertung vorhandener Wohngebiete

Im Handlungsprogramm zur Stadtentwicklung 2001 bis 2005 „Zukunft Hannover“ hat die Stadt einen besonderen Schwerpunkt auf die Verbesserung der Wohnqualitäten in der Stadt gelegt, auch um die Wanderungsbilanz mit dem Umland aus Sicht der Stadt zu verbessern. Dabei besteht dieser Teil des Programms aus zwei Schwerpunkten. Einerseits soll die Abwanderung aus der Stadt durch die Bereitstellung weiterer Neubaugebiete, insbesondere auch für den Einfamilienhausbau, gebremst bzw. die Zuwanderung in die Stadt gefördert werden, andererseits wird aber auch großer Wert auf die Verbesserung der Wohnqualitäten in den vorhandenen Wohngebieten gelegt. Hier besonders besteht für Hannover die Möglichkeit, die hier vorhandenen Qualitäten des Wohnens so zu erhalten, zu verbessern und auch zu vermarkten, dass sie als Besonderheiten, eben als Alleinstellungsmerkmale des städtischen Wohnens insbesondere die Menschen ansprechen und in der Stadt halten können, die die Stadt eigentlich dem Leben außerhalb der Stadt vorziehen, zum Teil aber eine Entscheidung zu Gunsten des Umlandes treffen, weil das richtige Angebot in der Stadt fehlt oder aber die Wohnqualität der momentanen Wohnung und des Wohnumfeldes den jeweiligen Ansprüchen nicht entspricht.

Abbildung 43

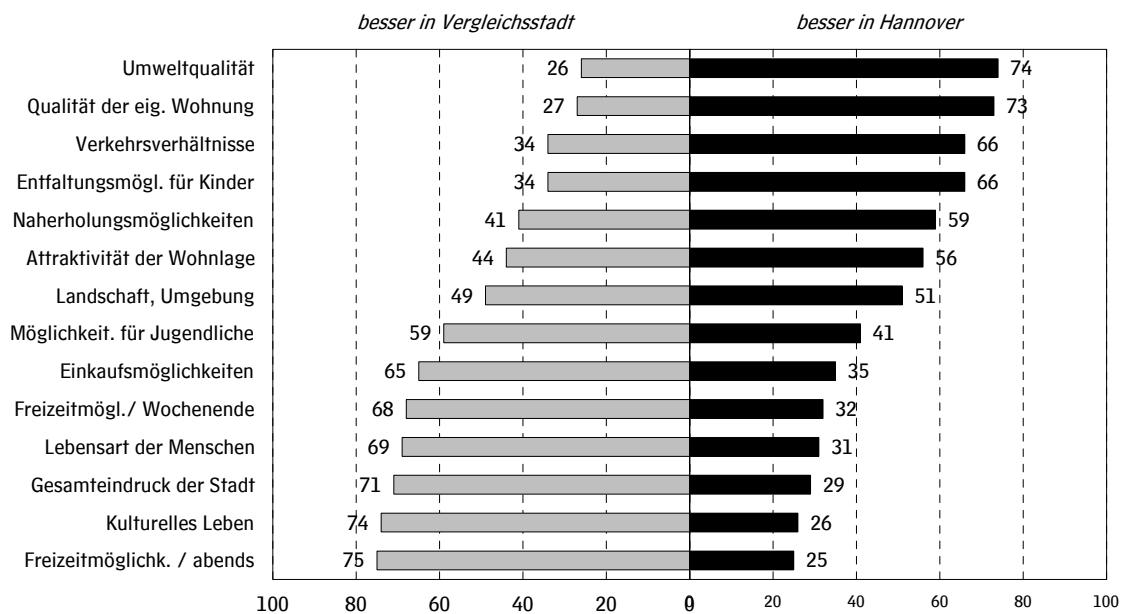
Wohnungsbezogene Umzugsgründe der innerhalb der letzten 12 Monate innerhalb der Stadt umgezogenen Einwohnerinnen und Einwohner



Quelle: Repräsentativerhebung 2002

Abbildung 44

Vergleichende Bewertungen zu Teilaspekten der Stadtqualität Hannovers sowie der Vergleichsstädte insgesamt, Basis: Zugezogene Personen



Quelle: Wanderungsbefragung 2001

Möglichkeiten zur Realisierung von Einfamilienhäusern im Stadtgebiet sollen ausgebaut werden

Die Stadt bereitet im Rahmen ihrer flächenmäßig begrenzten Möglichkeiten die Ausweisung weiterer Einfamilienhausgebiete vor, die auf die Bedürfnisse der potenziellen Bauherren Rücksicht nehmen. So ist die Stadt bemüht, Einfamilienhausgebiete in verschiedenen Teilen des Stadtgebietes auszuweisen, um dem Suchverhalten der meisten Bauwilligen Rechnung zu tragen: viele potenzielle Bauherren suchen einen möglichen Standort für ihr neues Eigenheim nicht im Stadtgebiet Hannover, sondern betrachten den Sektor der Region als Suchraum, in dem ihr derzeitiger Wohnort liegt. Momentan in Buchholz lebende Bauwillige suchen z.B. hauptsächlich im nordöstlichen an das Stadtgebiet grenzenden Umland. Darüber hinaus sollen Möglichkeiten zur Realisierung unterschiedlicher Bauformen geschaffen werden, der Hannover-Kinder-Bauland-Bonus wird weiter geführt. Die Aktivitäten zur Vermarktung der städtischen Angebote im Einfamilienhaus-Bereich wurden bereits intensiviert.

Qualitäten bestehender Wohngebiete stärken

Von großer Bedeutung im Handlungsprogramm ist der Erhalt und die Stärkung der Wohnqualität in den vorhandenen Wohngebieten. Gerade über die Qualitäten dieser Gebiete kann die Identifikation der Einwohnerinnen und Einwohner mit ihrem Stadtteil und der Stadt gestärkt werden, so dass bei Entscheidungen über zukünftige Wohnstandorte die Stadt zumindest erst einmal Vorrang erhalten sollte. Von besonderer Bedeutung werden dabei in Zukunft die älteren Einfamilienhausgebiete sein, in denen demnächst eine Umschichtung der Bewohnerstrukturen zu erwarten ist. Häufig handelt es sich hierbei um Gebiete, die auch den Wohnbedürfnissen jüngerer Menschen entsprechen und die damit auch eine besondere Rolle dabei haben können, jüngere Menschen in der Stadt zu halten. Sie entsprechen zum Beispiel oft den Qualitäten, die aus anderen Großstädten Zugezogene an Hannover schätzen wie die Umweltqualität und die Entfaltungsmöglichkeiten für Kinder.

Abbildungsverzeichnis

Nr		Seite
	Karte: Städte für den Großstädtevergleich	11
1	Bevölkerungsentwicklung in westdeutschen Großstädten 1990 bis 2001.....	13
2	Wanderungen zwischen Stadt Hannover und Landkreis Hannover 1991 bis 2001	13
3	Stadtfläche je 1.000 Einwohner in westdeutschen Großstädten im Jahr 2001.....	15
4	Veränderung der Flächen für Erholung, Wald und Wasser in westdeutschen Großstädten in den Jahren 1991 bis 2001.....	15
5	Verkaufspreise für Baugrundstücke in westdeutschen Großstädten im Jahr 2001 (freistehende Ein- und Zweifamilienhäuser in normaler Wohnlage).....	17
6	Monatliche Nettokaltmiete, bezogen auf 70 qm, Neubau, Erstbezug, mittlerer Wohnwert in westdeutschen Großstädten im Jahr 2001.....	17
7	Entwicklung der Arbeitslosenquoten in westdeutschen Großstädten 1991 bis 2002.....	19
8	Arbeitslose unter 25 Jahren in westdeutschen Großstädten 1994 bis 2002.....	19
9	Veränderung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in westdeutschen Großstädten 1998 bis 2001.....	21
10	Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts zu Marktpreisen in westdeutschen Großstädten 1992 bis 2000.....	21
11	Umsatzkennziffern in westdeutschen Großstädten im Jahr 2002.....	23
12	Zentralität im Einzelhandel in westdeutschen Großstädten 1999 bis 2002	23
13	Durchschnittliche Haushaltsgrößen in westdeutschen Großstädten im Jahr 2001	25
14	Anteile der Haushalte mit monatlichem Haushaltseinkommen in westdeutschen Großstädten im Jahr 2001	25
15	Sozialhilfedichte in westdeutschen Großstädten 1996 bis 2001.....	27
16	Ausgaben für einmalige Leistungen der Sozialhilfe pro Person in westdeutschen Großstädten im Jahr 2001 (Angaben in Euro).....	27
17	Zentralität westdeutscher Großstädte im Bildungswesen im Jahr 2000.....	29
18	Anteil weiblicher Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss bzw. Fachhochschul- /Hochschulreife in westdeutschen Großstädten 2000/2001	29
19	Anteil nichtdeutscher Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss bzw. mit Fachhochschul- /Hochschulreife in westdeutschen Großstädten 2000/2001	31
20	Kursstunden an Volkshochschulen je 1.000 Einwohner in westdeutschen Großstädten im Jahr 2001	31
21	Theaterbesucher je 1.000 Einwohner in westdeutschen Großstädten in der Spielzeit 2000/2001.....	33
22	Bibliotheksbenutzer in westdeutschen Großstädten im Jahr 2001	33
23	Angebote Platzkilometer je Einwohner und Personenkilometer je Einwohner in westdeutschen Großstädten im Jahr 2000.....	35
24	Verkehrsmittelwahl in westdeutschen Großstädten 1997	35
25	Als PKW-Nutzer, Fahrradfahrer und Fußgänger auf innerörtl. Straßen Getötete und Verletzte je 10.000 Einwohner in westdeutschen Großstädten im Jahr 2001.....	37
26	Auf innerörtl. Straßen getötete und verletzte Kinder bzw. Senioren in westdeutschen Großstädten im Jahr 2001	37
27	Übernachtungen je 1.000 Einwohner in westdeutschen Großstädten 1996 bis 2001	39
28	Bettenauslastung in Übernachtungseinrichtungen in westdeutschen Großstädten 1996 bis 2001.....	39
29	Straftaten je 1.000 Einwohner in westdeutschen Großstädten 1991 bis 2001	41
30	Einfache Diebstähle in westdeutschen Großstädten 1991 bis 2001.....	41
31	Hebesätze in westdeutschen Großstädten im Jahr 2001	43
32	Einnahmen aus Gewerbesteuer (netto) je Einwohner in westdeutschen Großstädten 1991 bis 2001	43
33	Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer je Einwohner in westdeutschen Großstädten 1991 bis 2001.....	45
34	Schulden je Einwohner in westdeutschen Großstädten im Jahr 2001	45

Nr		Seite
35	Stärken Region Hannover 2002 – Auswahl.....	49
36	Vision Hannover 2012: Crossroads of Technology	51
37	Struktur Hannover-Projekt.....	53
38	Studierende je 1.000 Einwohner in westdeutschen Großstädten im Jahr 2000.....	55
39	Studierende an der Universität Hannover im Jahr 2000 nach Studienbereichen (ohne Promotionen).....	55
40	Nennungen von Vorteilen des eigenen Stadtteils 2002	63
41	Nennungen von Nachteilen des eigenen Stadtteils 2002.....	63
42	Umzugsgründe insgesamt sowie nach Zielgruppen (Angaben in Prozent)	65
43	Wohnungsbezogene Umzugsgründe der innerhalb der letzten 12 Monate innerhalb der Stadt umgezogenen Einwohnerinnen und Einwohner	67
44	Vergleichende Bewertungen zu Teilaspekten der Stadtqualität Hannovers sowie der Vergleichsstädte insgesamt, Basis: Zugezogene Personen.....	67

Schriften zur Stadtentwicklung

- Band 1 bis 76 vergriffen
- Heft 77.1 Repräsentativerhebung 1996
Erste Ergebnisse mit Vergleichsdaten aus früheren Erhebungen
Hannover März 1997
- Heft 77.2 Repräsentativerhebung 1996
Blickpunkt Innenstadt
Hannover April 1997
- Heft 77.3 Repräsentativerhebung 1996
Kontakte und Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit städtischen Dienststellen
Hannover Juni 1997
- Heft 77.4 Repräsentativerhebung 1996
Persönliche Einschätzungen und objektive Merkmale zur
Lebenssituation der Bewohnerinnen und Bewohner
Hannover April 1998
- Band 78 Hannovers Innenstadt im Urteil der
Bürgerinnen und Bürger
Ergebnisse einer Sondererhebung im Sommer 1997
Hannover September 1997
- Band 79 Untersuchungsbericht:
Sicherheit und Prävention von Kriminalität und Gewalt in Hannover
Rahmenbedingungen, Handlungsansätze und –möglichkeiten kommunalen Handelns
Hannover Juli 1998 - **vergriffen** -
- Heft 80.1 Dialog zur Stadtentwicklung
Leitthema: Demokratische Teilhabe
Ergebnisse von Expertenworkshops und Bürgergesprächen
Hannover Juni 1999
- Heft 80.2 Dialog zur Stadtentwicklung
Leitthema: Demokratische Teilhabe
Vorstellung und Diskussion des Konzeptentwurfs
Hannover September 1999
- Heft 80.3 Dialog zur Stadtentwicklung
Leitthema: Ausgleich statt Spaltung
Hannover September 1999
- Heft 80.4 Dialog zur Stadtentwicklung
Leitthema: Nachhaltigkeit
Hannover September 1999
- Heft 80.5 Dialog zur Stadtentwicklung
Leitthema: Starker Standort
Hannover September 1999
- Heft 80.6 Dialog zur Stadtentwicklung
Leitthema: Urbane Lebensqualität
Ein Manifest für die Öffentlichen Räume in Hannover
Hannover September 1999
- Heft 80.7 Dialog zur Stadtentwicklung
Zukunft Hannover
Handlungsprogramm zur Stadtentwicklung 2001-2005 - Entwurf -
Hannover Mai 2000
- Heft 80.8 Dialog zur Stadtentwicklung
Leitthema: Ausgleich statt Spaltung
Konfliktschlichtung als Beitrag zur Gewaltprävention
Hannover Juni 2001

-
- Heft 80.9 Dialog zur Stadtentwicklung
Leitthema Demokratische Teilhabe – Kurzberichte 1
Lokale Demokratie und Schule
Planspiel Kommunalpolitik mit der Goetheschule und dem Stadtbezirksrat Herrenhausen/Stöcken
Hannover Januar 2001
- Heft 80.10 Dialog zur Stadtentwicklung
Leitthema Demokratische Teilhabe – Kurzberichte 2
Lokale Demokratie und Schule
Zukunftswerkstatt an der Integrierten Gesamtschule Vahrenheide/Sahlkamp
zum Thema: Schule als sozialer Lebensraum und als Ort demokratischen Lernens
Hannover Februar 2001
- Heft 80.11 Dialog zur Stadtentwicklung
Leitthema Demokratische Teilhabe – Kurzberichte 3
Lokale Demokratie und Schule
Erste Wahl mit 16 – Schülerinnen und Schüler fit machen für die Kommunalwahl
Hannover Januar 2002
- Band 81 Wohnungspolitischer Handlungsrahmen 2010
Dokumentation einer Fachtagung der LHH am 14.12.1998
Hannover Juli 1999
- Band 82 Lagebericht zur Stadtentwicklung 1999
Hannover November 1999
- Band 83 Die Landeshauptstadt Hannover
auf dem Weg in die Informationsgesellschaft
Hannover April 2000 – **vergriffen** -
- Band 84 Repräsentativerhebung 1999
Gesamtergebnis und Vergleichsdaten aus früheren Erhebungen
Hannover Mai 2000 - **vergriffen** -
- Heft 84.1 Repräsentativerhebung 1999
Sonderauswertung zum Thema Innenstadt
Hannover November 2000 - **vergriffen**
- Band 85 Lagebericht zur Stadtentwicklung 2001
Hannover November 2001
- Band 86 Wanderungsbefragung 2001
Wanderungen zwischen Stadt und Landkreis Hannover
Hannover Dezember 2001
- Band 87 Wohnungsmarkt 2001
- Eine Analyse der Wohnungsmarktsituation in der Landeshauptstadt Hannover
- Untersuchung im Rahmen der Entwicklung eines Wohnungsmarktbeobachtungssystems
Hannover Februar 2002
- Band 88 Dokumentation zu Fachtagung Fundraising
Hannover März 2002
- Band 89 Schriften zur Stadtentwicklung
Wanderungsbefragung 2001 -
Hannover und andere Großstädte aus der Sicht von Zu- und Fortgezogenen
Hannover August 2002
- Band 90 Schriften zur Stadtentwicklung
Repräsentativerhebung 2002
Erste Ergebnisse mit Vergleichsdaten aus früheren Erhebungen
Hannover November 2002
- Band 91 Lagebericht zur Stadtentwicklung 2002
Hannover Dezember 2002